

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 22. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus. Einzeln: Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Kolonisation über deren Raum 60 Pf. für wöchentliche und gemeinlichliche Beiträge und Veranlagungs-Stratzen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebuchte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Streifengebühren und Schließungsgebühren das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Ein kapitalistischer Klopffechter.

Dass die liberale Vulgäroökonomie des vorigen Jahrhunderts, mit der sich Lassalle auseinandergesetzt hatte, nur ein Versuch war, die harten Konsequenzen aus der Welt zu revidieren, die sich aus der klassischen Nationalökonomie der Smith und Ricardo für die Arbeiterklasse ergaben, ist eine alte Geschichte. Es ist daher nur eine folgerichtige Entwicklung, daß die Theorie des Scharfmachertums, die Herr Tille auf dieser Vulgäroökonomie aufbaut (siehe den Artikel „Die Theorie des Scharfmachertums“ in der gestrigen Nummer), eine Klopffechtereifschlimmster Art ist. Denn einmal muß Herr Tille vieles mehr beweisen, als die Bastiat, Schulze-Delitzsch usw., und zweitens haben sich seit den Zeiten Lassalles die Tatsachen geändert, die den kapitalistischen Schönfärbern das Handwerk erschweren. Die Verteidigung der kapitalistischen Ordnung ist schwieriger geworden, und wenn nun gar noch ein System verteidigt werden soll, das die Schäden dieser Ordnung gewaltig steigern würde, so brauchen uns die Verrenkungen an der Logik, zu denen der Verteidiger greift, nicht zu wundern.

Herr Tille hat, wie der oben erwähnte Artikel zeigte, den Unternehmerprofit aus dem Unternehmerrisiko „gerechtfertigt“. Er zog sich darauf zurück, weil er nicht leugnen konnte, daß nicht wenige Unternehmer — und gerade Großunternehmer, die ihm besonders am Herzen liegen — die Leistung ihrer Betriebe und Unternehmungen völlig an Angestellte abgegeben haben, so daß der Versuch, den Unternehmerprofit als das Produkt der geistigen Arbeit des Unternehmers hinzustellen, nicht angängig war. Aber um des besseren Eindrucks willen und um die Minderwertigkeit der Arbeiter im Vergleich zum Unternehmer zu beweisen, braucht Tille den Unternehmer als den Leiter der Produktion, als den Träger einer gigantischen geistigen Arbeitsleistung. Und unbekümmert um sein eigenes Jugeständnis, daß diese Funktionen des Osters von Nichtunternehmern, von Angestellten ausgeübt werden, präferiert er uns, mo es ihm für seine Zwecke gerade paßt, den (Groß-)Unternehmer als den genialen geistigen Arbeiter, dem der Profit als das Ergebnis seiner Leistung von Gott und Rechts wegen zukommt. Gegenüber dieser immensen geistigen Arbeitsleistung des Unternehmertums verschwindet die der Arbeiter vollständig, so vollständig, daß Tille allen Ernstes die Behauptung aufstellt, „die Handarbeit“ könne ohne den Unternehmer überhaupt keinen Wert schaffen.

Im Erwerbleben ist der Unternehmerville allein die Dynamis (die Kraft), welche zur Wertzeugung instand ist ... heißt es wörtlich auf Seite 138 des 1. Bandes (Die gewerbliche Ertragswirtschaft) des Tilleschen Werkes. Der Beweis für diese die Tatsachen geradezu auf den Kopf stellende „Werttheorie“ ist nach Herrn Tille äußerst einfach. Ohne den Willen des Unternehmers entsteht keine Unternehmung. In der Unternehmung aber werden Werte erzeugt, ergo können ohne den Willen des Unternehmers keine Werte erzeugt werden, ergo hat sein Wille allein wertbildende Kraft, ohne ihn vermögen die „Handkräfte“, wie Tille die Arbeiter nennt, keine Werte zu erzeugen. Man kann diesen famosen Beweis auch umdrehen, indem man sagt, ohne „Handkräfte“ können in der Unternehmung keine Werte geschaffen werden, folglich sind die „Handkräfte“ die alleinigen Wertzeuger. Womit freilich nichts bewiesen, sondern lediglich demonstriert ist, daß die Beweisführung Tilles nichts beweist.

Der Herr Generalsekretär hat noch mehr solcher famosen Beweise. Die Nebenfähigkeit der „Handkraft“ im Vergleich zur Unternehmerville im Vergleich demonstriert er z. B. folgendermaßen: „Im Bergbau steil zwar sicherlich die Zahl der Handkraftträger über die der ertragswirtschaftlich Geistesfähigen empor, aber bei ihr bedeutet wie beim Verkehr die Verfertigung ungeheurer Mengen von Kapital und Naturkraft die Hauptfrage und die Handkraft sinkt an Bedeutung unter die Naturkraft. Nicht überall, wo die Handkraft ein Loch in den Boden gräbt, finden sich verwertbare Erdbestandteile. Das Auffinden ausbeutbarer Lager, die Verfertigung von Bar-Kapital zu ihrer Behebung, die Schaffung der technischen Mittel zu ihrer Erreichung und die Verfertigung von Naturkraft in ihr Anschließbringen bleibt vielmehr das wesentliche. Die Bergmannstätigkeit ist demgegenüber nur ein unbedeutender Faktor.“ (Band I, Seite 104.) Hier setzt Herr Tille die geistige Arbeit der Ingenieure, Techniker, Betriebsführer, Steiger usw. fröhlich den Unternehmern aufs Konto, den Aktionären, die die Brüche zumeist ihr ganzes Leben lang nicht zu sehen bekommen, aber den Profit einstecken.

Auf diese Weise, indem er alles, was nicht von den „Handkräften“ geleistet wird, einfach als Leistung der Unternehmer ausgibt, steigert Tille die Größen unter ihnen zu Genies, zu Uebermenschen, deren Fähigkeiten „nicht nur auf einer Stufe mit der Anlage des großen Feldherrn, Dichters, Philosophen und Erfinders, sondern an praktischer Bedeutung für die Menschheit weit über diesen“ stehen. (Band I, Seite 56.) Aber schon der gewöhnliche Durchschnittsunternehmer ist durch eine tiefe Klüft vom Arbeiter geschieden. Denn der Arbeiter repräsentiert die unterste Stufe wirtschaftlicher Unfähigkeit. Der Beweis ist wieder ein alter Tille. Er argumentiert nämlich: Hätten die Arbeiter wirtschaftliche Fähigkeiten, so würden sie eben nicht unselbständige Arbeiter bleiben, sondern selbständige Unternehmer werden. Kapitalmonopol läßt Tille nicht als Hindernis gelten. Denn wer wirtschaftliche Fähig-

keiten hat, der spart sich ein Kapital. Bringt er das Ersparene des Kapitals nicht fertig, so ist nicht etwa der niedrige Lohn daran schuld, den er bezieht, sondern lediglich seine wirtschaftliche Unfähigkeit. Man sieht, in der Gesellschaftsordnung, wie sie Tille malt, ist alles aufs beste geregelt. Jeder hat die wirtschaftliche Stellung, die er verdient. Es ist auch eine Ordnung, in der es Besitzlose so gut wie gar nicht gibt, in der jedermann Kapitalist ist. Denn Tille läßt auch die abge-standenen Weisheiten nationalökonomischer Rinderrüssel nicht unkommen. „Kapitalbesitzer“, so verichert Tille (Band I, Seite 67), „ist jeder, der irgendwas sein Eigen nennt, was er nicht unmittelbar zur Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht, ein Haus, ein Stück Land, eine Kuh, einen Hundertmarkschein, einen Anzug zum Wechseln, ein Bild, ein Schmuckstück“. Nun werden die Arbeiter wohl einsehen, wie unfinnig es von ihnen ist, den Kapitalismus zu bekämpfen. Sind sie doch selbst Kapitalisten — wenn sie dem Herrn General-

sekretär glauben wollen. Tille trägt sein Geldengedicht vom Unternehmer unter beständigem jämerlichen Stöhnen darüber vor, daß der Sozialismus den Unternehmer nur als Drohne und Ausbeuter betrachte, seine immense geistige Arbeit, seine genialen Leistungen unterdünne, leugne, nur die Handarbeit, die rohe Muskelkraft gelten lasse. Das ist nun freilich unwar. Der Sozialismus bestreitet gar nicht die geistige Arbeit derjenigen Unternehmer, die wirklich die Leiter ihrer Betriebe sind. Er bestreitet nur, daß der Effekt dieser Arbeit der Unternehmerprofit ist und beweist das an den zahlreichen Angestellten, die solche leitende Tätigkeit als Vertreter von Unternehmern ausüben und dafür stets nur einen Bruchteil dessen erhalten, was der Unternehmer einsteckt, bezw. was das Unternehmen abwirft. Im übrigen mögen die Unternehmer, die die Leiter ihrer Unternehmen sind, die genialen und hart arbeitenden Leute sein, als die Tille sie hinstellt — gegen den Sozialismus ist damit nichts bewiesen. Denn wenn es heute auf Gehalt gestellte Geschäftsführer und Betriebsleiter gibt, die die Aufgaben des Unternehmers bewältigen, weshalb sollten sie nicht in der sozialistischen Gesellschaft dazu fähig sein, wo ihnen überdem der Kampf mit der Konkurrenz erspart bleibt!

Neuerlich bezeichnend für diesen Theoretiker des Scharfmachertums ist die Tatsache, daß er die neuere wirtschaftliche Entwicklung, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzog, fast völlig ignoriert. Von der Rolle der Kartelle, der Trusts, von der Funktion, die das Finanzkapital in der Produktion ausübt, vom stetig wachsenden Einfluß der Banken auf die Industrie erfährt der Leser des Tilleschen Buches so gut wie gar nichts. Kartelle und Trusts werden knapp erwähnt als besondere Formen der Unternehmung, wie die Aktiengesellschaft; von ihrer Bedeutung für das wirtschaftliche Leben der Gegenwart ist nicht die Rede. Wer seine ganze Kenntnis unseres Wirtschaftslebens aus Tilles Buch schöpfen würde, der müßte zu der Vorstellung kommen, daß nicht die Aktiengesellschaft und das Kartell bezw. der Trust die vorherrschenden Formen der großen Industrie sind, sondern die vereinselte, von einem oder mehreren Unternehmern betriebene Unternehmung. Herr Tille ist eben so abhängig von der Vulgäroökonomie des Manchesterismus, daß er auch nur mit ihrem Wirtschaftsmodell zu operieren vermag. Zudem vassen zu seiner Lehre vom genialen Unternehmer nicht so recht die modernen Institutionen, die die Initiative und das Risiko des Unternehmers beschränken. Wo ignoriert er sie gewissenhaft.

Geradezu ein Musterbeispiel für die Skrupellosigkeit, mit der Tille bei Bedarf zwei verschiedene, einander gegenständig ausschließende Darstellungen von derselben Sache gibt, sind die Ausführungen, die er über die Krise macht. Von einer Behauptung oder gar Erklärung dieser für die kapitalistische Ordnung etwas kompromittierenden Erscheinung ist freilich nicht die Rede. Sie wird nur gelegentlich kurz erwähnt, wenn Tille sie z. B. nötig hat, um das Unternehmerrisiko recht frag zu machen. Da spricht Tille einmal vom Wechsel der Konjunktur, von Aufschwungs- und Niedergangszeit. Und wo er zeigen will, daß die „Handkräfte“ ihren Lebensunterhalt nicht gewinnen können, wenn ihnen der Unternehmer nicht Arbeitsgelegenheit schafft, da erinnert er daran, daß in der Niedergangszeit, wenn die Unternehmungen nicht voll beschäftigt sind, die Beschäftigungsmöglichkeit für Tausende und Hunderttausende entfällt, und die Feiernden entstehen, deren Arbeitslosigkeit unabhängig von ihrem Willen ist“. Auf der nächsten Seite aber empfiehlt Tille als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit die Stärkung des Unternehmertums, damit es die Arbeitsgelegenheit vermehren könne. Er kann und darf als Scharfmacheranwalt nicht zugeben, daß die Arbeitslosigkeit und die Krise ein organisches Gebroden der kapitalistischen Ordnung sind und so fährt er nicht davor zurück, sich selbst ins Gesicht zu schlagen und zu tun, als habe er vergessen, was er knapp vorher selbst gesagt. Denn ist einmal der Wechsel der Konjunktur zugegeben, so ergibt sich daraus logisch, daß alle Stärkung der Unternehmung, alle Vermehrung und Vergrößerung der Betriebe nichts daran ändern können, daß in Zeiten des Niedergangs weniger Bedarf nach Arbeitern als zur Zeit des Aufschwungs ist, und also Arbeitslosigkeit eintreten muß. Uebrigens bringt Tille es an anderer Stelle auch wieder fertig, alle Arbeitslosigkeit als Folge der Tätigkeit der bösen Gewerkschaften hinzustellen, die die Unternehmer zwingen, stets eine Reservearmee bereitzuhalten. Der geduldige Leser, so nimmt Herr Tille offenbar an, wird über die Widersprüche schon hinweglesen.

Diese Proben mögen genügen, um die Wissenschaft des Herrn Tille zu charakterisieren. Es ist die skrupelloseste Klopffechtere, die jemals der Welt geboten wurde. In sich nicht wert, daß sich ernsthafte Leute mit ihr befassen, hat sie doch ihre Bedeutung als ein eklatanter Beweis der verzweifeltsten Unmöglichkeit, der Scharfmacherei eine wissenschaftliche Stütze zu geben. Diese Theorie des Scharfmachertums ist ein geistiger Bankrott. Aber in voller Lebenskraft besteht die Praxis der Scharfmacher und ihre Forderungen und was sich darüber aus Tilles Buch ergibt, das ist nicht minder wichtig, als der Nachweis ihres Bankbruchs auf dem Gebiet der Theorie.

## Agrarische Wahllügen.

Im Verlag der „Deutschen Tageszeitung“ ist ein Büchlein erschienen: „Mißzeug zur Reichstagswahl.“ Auf 105 Seiten liefert es das, was man billigerweise an Entstellungen, Verdrehungen, Erfindungen und an — Verschweigen verlangen kann. Schon im Vorwort auf der ersten Seite findet sich eine grobe, die Lüge: „das Buch ist nicht im Dienste einer politischen Partei geschrieben“, und doch wird tatsächlich auf jeder Seite, in jeder Zeile die konservative Partei und der Bund der Landwirte über die Nahen gelobt. Selbst das der agrarischen Reaktion eng verbundene Zentrum wird als — nicht immer „ganz zuverlässig“ getabelt; uneingeschränktes Lob erhält nur die Partei der Rechten. Gleich demagogisch wie das Vorwort ist der Inhalt, der aus kurzen nach Stichworten alphabetisch geordneten Artikeln besteht. Aber nur politische AVE-Schägen werden die demagogischen Künste nicht durchschauen.

#### Liebesgaben

sind nach dem Mißzeug „nicht weiter als eine vom Staate zu viel erhobene und deswegen wieder zurückgezählte Steuer“. Weshalb erhebt der Staat denn nicht von vornherein die niedrigere „richtigere“ Steuer? Weshalb nimmt er verächtliche Höhe Abgaben, 105 M. für das Kontingent, 125 M. für allen nicht kontingentierten Branntwein? Auf diese bei jedem geistig gesunden Leser selbstverständlich auftretenden Fragen gibt das „Mißzeug“ keine Antwort. Sie könnte nur lauten: damit den Schnapsbrennern, die an der Branntweinzeugung mit niedrigeren Abgaben interessiert sind, ein jährlicher Extraprofit von 45 Millionen Mark gewährleistet wird! Damit der Branntwein auf Kosten der Konsumenten verteuert wird! Denn der Preis des Branntweins mit der höheren Abgabe bestimmt den Preis des Branntweins überhaupt. Aber das Büchlein bekommt es nicht nur fertig, von einer zuviel erhobenen und zurückgezählten Steuer zu lägen, es behauptet weiter dreist, es handele sich bei der Liebesgabe „gar nicht um eine Gabe“ an die Agrarier, „sondern vielmehr um einen Zuschlag“ zur Steuer! Weshalb treten denn die Agrarier nicht für eine gleiche Höhe der Steuer ein, damit allen Schnapsbrennern nicht zu viel abgenommen und nur einzelnen ein Teil zurückgezahlt wird; weshalb gehören sie gerade zu den Befürwortern der ihnen einen Extraprofit sichernden Trennung in der Abgabenhöhe? Und hat nicht das Wort Liebesgabe — das der Mißzeugler ein „unheimliches Gerede“ nennt — ein konservativer selbst in seiner ersten Freude über die damals neue Ausbeutungsmethode erlunden?

Insame Henschlei ist weiter die Behauptung, „die Liebesgabe liege nicht sowohl im Interesse der Großbrenner, als vielmehr in dem der Kleinen landwirtschaftlichen Brennereien des Südens und Westens“. Gerade die großen Brenner profitieren am meisten durch sie, und der Anteil einiger weniger von ihnen, darunter gefürchtete Häupter, überrufen mit ihrem Kontingent das von Tausenden kleinerer Brenner zusammen!

In dem jetzigen Wahlkampf gehen die Agrarier mit ihrem angeblichen Kampf gegen den Großkapitalismus kreiben. So wendet sich das „Mißzeug“ gegen die Kartelle-Syndikate und Trusts, weil sie Mittel seien, die „Tyrannei des Rammons“ vorzubereiten und zu besiegeln. Im selben Atemzug muß das „Mißzeug“ aber einschränken, Kartelle könnten auch nötig und nützlich sein, um die Spirituszentrale vor dem eigenen Verdammungsurteil gegen Preisverabredungen zu schützen! Gerade die Spirituszentrale ist fast schärfer noch als sonst industrielle Kartelle gegen die Konsumenten und außerhalb der Zentrale stehende Produzenten vorgegangen, und noch in letzter Zeit sind einige Außensteller mit Hilfe des von der Spirituszentrale diktierten Branntweingeleges zum Anschluß gezwungen worden. Die agrarischen Großkapitalisten unterzeichnen sich in nichts vorteilhaft von ihren industriellen Verbündeten. Nur noch verlogener sind sie, als die Schlotjunker, die offen freien Raum für ihre Raub- und Expreserpolitik fordern.

Eitel Spiegelfechtere ist es weiter, daß die Spirituszentrale sich dadurch ein Verdienst erworben habe, „daß sie für den Kleinhandel die Verkaufspreise festgesetzt und dadurch eine Verteuerung durch den Kleinhandel hintangehalten hat“. Der ganze Vorteil der Kleinhandelspreise zeigt sich allein den Schnapsbrennern, die nicht nur die Branntweinspreise hoch trieben, sondern auch noch sich ganz allein unter möglichstem Ausschluß des Kleinhandels den Profit sicherten.

## Lohn- und Preissteigerungen!

Der Troß der Profitpolitiker arbeitet in der Wahl-agitation mit sensationell aufgepumpten Zahlen über Lohn-erhöhungen und Preissteigerungen. Die Vandalen suchen die

Nelken Bauern und Landarbeiter zu blaffen mit der Behauptung, die Löhne der Vergarbeiter seien in 25 Jahren um 85 Proz. gestiegen, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte aber nur um 12-33 Proz. Wie sich die Verhältnisse tatsächlich entwickelt haben, illustriert die folgende Zusammenstellung. Wir stellen die Löhne der am höchsten entlohnten Vergarbeiter, die der Löhne im Oberbergamtsbezirk Dortmund und die amtlichen Preisnotierungen nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich in Vergleich. Hier die Resultate:

Zugelohn nach dem Jahresdurchschnitt	Durchschnitt		Steigerung in Proz.
	1898/1900	1907/1909	
Tagelohn pro Tonne	4,85	5,72	17,9
Stoggen	143,9	185,4	28,8
Weizen	164,2	217,1	32,2
Hafer II	116,1	139,1	19,8
Schweine II	105,0	119,9	14,1
Kühe II	128,9	164,7	29,8
Hammel II	110,2	143,8	30,4
Waggenmehl 0/1	19,6	23,8	21,9
Waggenmehl 00	28,2	29,1	25,4

Also nur die Preise für Schweine sind etwas weniger gestiegen als die der Löhne, sonst ergibt sich für die aufgeführten wichtigsten Nahrungsmittel eine die Löhnerhöhung weit hinter sich lassende Wertenerkung.

Da gleichzeitig auch die Wohnungsmieten und Steuern höher geworden sind, haben sich in der angegebenen Periode die Aussichten für die Arbeiter zweifellos wesentlich verschlechtert. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich für die allermeisten Arbeiter die Löhne noch weniger gehoben haben als für die Vergarbeiter.

## Tit das deutsche Volk unterernährt?

Die Wissenschaft fordert für den erwachsenen gesunden Menschen, der täglich 9-10 Stunden körperliche Arbeit leistet, eine Eiweißzufuhr von 100 Gramm pro Tag, und zwar soll davon etwas über ein Drittel Fleischfleisch sein. Die Physiologen Rubner und v. Voit halten einen täglichen Fleischkonsum von 170 Gramm, das kaiserliche Gesundheitsamt einen solchen von 150 Gramm für notwendig. Versanden wird darunter mageres Rindfleisch mit einem Eiweißgehalt von 20,5 Proz. Der Jahresbedarf an Fleisch stellte sich demnach für einen normalen Menschen auf 62 bzw. 55 Kilogramm. Wird dieser Betrag in Deutschland wirklich erreicht, und vor allem, gilt er für die breite Masse des Volkes?

In den letzten Jahren müssen wir in Deutschland ein Sinken des Fleischkonsums feststellen. So ist bei uns, nach Henriette Fürth, der Fleischverbrauch von 49 und 50 Kilogramm pro Kopf in den Jahren 1905-1907 (ohne Berücksichtigung der Hauschlachtung) auf 40,41 Kilogramm 1908, 40,20 Kilogramm 1909 und 39,78 Kilogramm 1910 zurückgegangen. In England dagegen, dessen Bevölkerung man nicht durch eine agrarische Schutzpolitik die wichtigsten Lebensmittel verteuert, entfällt 1910 ein Fleischverbrauch von 56 Kilogramm pro Kopf und Jahr (und zwar Rindfleisch 55 Pfund, Schweinefleisch 27 Pfund, Hammelfleisch 30 Pfund), wozu noch der enorme Fischverbrauch von 140 Pfund kommt. Dabei ist zu beachten, daß in England das hochwertige Rindfleisch überwiegt, während bei uns diese Stelle vom Schweinefleisch eingenommen wird, dessen Nährwert bedeutend geringer ist.

Nun muß man aber annehmen, daß der wirkliche Fleischverbrauch bei der arbeitenden Bevölkerung sehr viel niedriger ist. Auch hierfür finden wir in der Statistik Anhaltspunkte. Vom Reiche wie auch von verschiedenen Gewerkschaften sind Wirtschaftsberechnungen von Arbeiterfamilien veröffentlicht worden. In der vom Deutschen Metallarbeiterverband bearbeiteten Erhebung, die 320 Haushaltungsberechnungen von Metallarbeitern aus dem Jahre 1907 — also noch vor der letzten Teuerungperiode, die eine Steigerung der Lebensmittel um etwa 20 Proz. brachte — umfaßt, kommen auf den Kopf der betreffenden Familie im Jahre 25,108 Kilogramm Fleisch. Nach der amtlichen Erhebung auf den Kopf der Arbeiterfamilie sogar nur 21,2 Kilogramm. In einer Erhebung, die vom Gewerkschaftsbund zu Frankfurt a. M. veranstaltet wurde und sich auf 10 Haushaltungen erstreckte, kommt in einem Jahre ein Fleischjahresverbrauch von 58,5 Kilogramm auf eine 8köpfige Familie, das heißt pro Kopf und Jahr (auf den Erwachsenen berechnet) 11,7 Kilogramm, während es nach der Ernährungslehre 62 Kilogramm sein sollten. Und wohl gemerkt handelt es sich hier noch immer um besser bezahlte gelernte Arbeiter.

Aber da auch alle anderen Lebensmittel in Deutschland, dank der agrarischen Schutzpolitik, enorm gestiegen sind, und zwar viel mehr wie im Auslande, zum Beispiel England — wo in London im Oktober dieses Jahres das Kilogramm Roggenbrot im Kleinhandel 15 Pf. (nach unserem Gelde umgerechnet), in Berlin 20 Pf., und das Kilogramm Weizenbrot 19 Pf. (London), in Berlin 40 Pf. kostete — so mußte sich die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung noch verschlechtern. Doch wie ist das zahlenmäßige Verhältnis?

Stellt man für eine vierköpfige Arbeiterfamilie auf der Grundlage der Speiserolle eines Seefeldaten eine Berechnung des Kostenaufwandes nur für Lebensmittel auf, so macht das in Mark:

	für die Woche	fürs Jahr
1900	20,44	1062,88
1905	21,98	1142,06
1907	22,83	1176,76
1910	27,14	1411,28

Nach der Reichsstatistik beträgt in einer solchen Arbeiterfamilie die Ausgabe für Lebensmittel 52 Proz. der Gesamtausgaben; rechnen wir dafür auch nur einen Anteil von 60 Proz., so erhalten wir eine Summe, die wohl kaum je ein Arbeiter verdient! Henriette Fürth berechnet die Summe, die heute eine vierköpfige Arbeiterfamilie zur Befriedigung des allernotwendigsten zur Verfügung haben muß, (300 Arbeitstage angenommen) pro Arbeitstag auf 5,55 M., pro Woche auf 33,30 M., das Jahr also 1094,50 M., und für eine sechs-köpfige Familie ein Einkommen auf den Arbeitstag von 7,40 M., die Woche von 44,40 M., das Jahr von 2210 M. Es ist das ein Einkommen, das von der großen Masse der Arbeiter, aber auch der kleinen Beamten bei weitem nicht erreicht wird. Da müssen dann die Ausgaben für Nahrung und Wohnung noch mehr herabgesetzt werden, zum Schaden der Volksgesundheit! Die hohen Wohnungsmieten belasten die städtische Bevölkerung noch besonders und drücken die Ausgaben für Ernährungszwecke noch mehr herab.

Was sind nun die Folgen jener barbarischen Politik?  
I. Eine außerordentlich hohe Kindersterblichkeit, in der Deutschland in der Kulturwelt vorangeht. Von je 1000 Knaben und Mädchen starben nach Dr. v. Frick vor Beendigung des ersten Lebensjahres in England 161,0 Knaben und 131,1 Mädchen, in Deutschland aber 232,7 Knaben und 217,4 Mädchen (Sachsen gar 303,1 Knaben und 239,1 Mädchen). Um

ein ganzes Jahrzehnt (25 Proz.) übertrifft nach Prof. Karl Oldenberg das Lebensmittelfreie Dänemark die deutsche Lebenserwartung. Der eben geborene Knabe hat in

Schweden 1891-1900	50,9 Lebensjahre zu warten
Den-Schweden 1891-1900	49,6
England und Wales	44,1
Deutsches Reich 1891-1900	40,6
Sachsen 1890, 1895, 1900	37,8

Ein ungeheurer, kaum berechenbarer Schaden erwächst jährlich dem deutschen Volke in dem zu frühen Hinstorben seiner Jugend!

II. Die Geburtenziffer des deutschen Volkes fällt rapide, was wohl sicher der durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse enorm gesteigerten Erwerbstätigkeit der Frauen (und der besonders der Ehefrauen) zuzuschreiben ist, die einer Schwangerschaft nicht günstig sind. Die zurzeit noch vorhandene Bevölkerungszunahme verdanken wir nur einer durch bessere hygienische Verhältnisse bedingten, nach oben gerückten Sterblichkeitsziffer, die aber sehr bald ihre natürliche Grenze finden wird. Und dann wird die Zeit kommen, wo Deutschland nicht mehr zukunftsfröh aufzutreten kann, wo der Bevölkerungstillstand mit seinen argen Schäden für die Arbeiterklasse, für die Volkswirtschaft uns paden wird, wo uns andere Völker kulturell und wirtschaftlich überflügeln werden. Wohl ist der Geburtenrückgang eine Allgemeinercheinung ungezügelter kapitalistischer Kultur, aber ein allgemeiner hoher Wohlstand und eine billige Lebenshaltung der Arbeiterklasse wirkt ihm entgegen.

Diesem Selbstmord des deutschen Volkes muß durch eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik Einhalt getan werden!

Darum kann es am 12. Januar für alle wahren Patrioten nur eine Losung geben: Nieder mit der bisherigen vaterlandsfeindlichen schwarzblauen Regierungspolitik und ein Eintreten für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

## Zur Reichstagswahl.

### Konservative Wahlmacht.

Rachstehende „vertrauliche Anweisungen“ an die konservativen Vertrauensmänner und Redner hat ein günstiger Wind der Wred-lauer „Volkswacht“ auf den Schreibtisch geweht. Sie scheinen aus der Feder des konservativen Generalsekretärs Runge zu stammen und stellen ziemlich das Ordinarste und Beste dar, was bisher an Zäuhung der Wähler in Deutschland verübt worden ist.

Es heißt in der Anweisung über „Organisation und Versammlungstechnik“ über

### Konservative Versammlungen.

In unserer konservativen Versammlungstechnik muß der kaufmännische Geist mehr einzziehen, der kaufmännische Geist, der auf das Publikum Rücksicht nimmt, an das er sich wendet, unglücklicherweise, man muß mit der Wurst nach der Speckseite werfen und Reklame machen. Die Einfindigung der Versammlung darf nicht klein gehalten sein. Dafür gibt es kein Stück Papier, das groß genug ist. Nehmen Sie das größte Format, das Sie am Orte aufstreichen können. Auf die paar Groschen kommt es wirklich nicht an. Schreiben Sie auch nicht bloß: „Öffentliche Versammlung, dann den Redner und dann vielleicht: „Die Konservativen und die Reichstagswahl“ oder etwas ähnliches, einen so nichtsagenden Titel, der wirklich keine Werbekraft hat. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Vorträge schlagwortartig zu bezeichnen, daß schon durch den ungewöhnlichen Ausdruck die Aufmerksamkeit darauf gelenkt wird. Solche prägnanten Thesen sind: „Die Totengräber des deutschen Mittelstandes“, „Die Völler sterben“ (Das Thema des Herrn Runge) usw.

Wie nun die Leute zur Versammlung bringen? Annoncen in den Zeitungen genügen nicht. Schon Wochen vorher muß man durch einen kleinen Artikel in der Presse dafür Stimmung machen, etwa in der Weise, daß man bringt: In der nächsten Zeit werden die Wähler einen hervorragenden Redner der Konservativen zu hören bekommen, der auf dem Gebiete der Mittelstandsfragen ganz besonders beschlagen ist. Dann muß nach ungefähr vier oder fünf Tagen wieder eine Mitteilung kommen, daß in der Stadt eine außerordentliche Stimmung schon für diesen Vortrag vorhanden ist, daß wahrscheinlich der Saal zu klein sein wird, daß man schon Vorvorfrage, einen größeren Saal in Aussicht zu nehmen. Auf diese Weise muß für einen Vortrag Stimmung gemacht werden, so daß alle Welt denkt: Was wird da los sein!

Der größte Fehler bisher war, die gegnerischen Versammlungen nicht zu besuchen. Dadurch haben wir der Sozialdemokratie ermöglicht, die Arbeiter und alle kleinen Leute und abendlich zu machen. Wir mußten ja die Millionen von Arbeitern verlieren, denn wer ist denn aus konservativen Kreisen ins Volk, unter die Arbeiter gegangen, um sie aufzuklären? Niemand! Wenn wir als Partei nicht zugrunde gehen wollen, müssen wir auch in Zukunft wieder ins Volk hineinziehen, weil wir eine Volkspartei sind. Wir dürfen die sozialdemokratischen Versammlungen nicht unbeachtet lassen. Natürlich muß man da mächtig sprechen (!) und alle provozierenden Gedanken vermeiden.

In der gegnerischen Versammlung müssen immer zwölf bis fünfzehn handfeste Leute sein, die vorher instruiert worden sind, die genau im Saale verteilt sitzen und für den eigenen Redner und gegen den fremden Redner in der Versammlung Stimmung machen.

Die Presse, auch die, die sich konservativ nennt, hat bisher immer selbst liberale Scheinerfolge als große Dinge gebracht und von unseren bedeutenden Erfolgen mitunter gar nichts. Berichte von uns sind nicht einmal aufgenommen worden. In der Beziehung muß auf die Presse in den einzelnen Wahlkreisen eingewirkt werden. Für die Ortspresse ist es gut, wenn wir ihr selbst den Bericht anfertigen und übergeben; sonst kommen nebenläufige Dinge in die Presse und nicht die Punkte, auf die es uns gerade ankommt. Vielleicht ist es gut, schon vorher einen Bericht über den Vortrag zu Papier zu bringen und dem Redakteur gleich zu übergeben. Dann ist auch der Bericht gleich am anderen Tage in der Zeitung. Das wirkt verblüffend. Mit den Redakteuren muß die Ortsleitung sich in lebenswärtiger Weise in Verbindung setzen, damit alles gut in die Zeitungen kommt. Die gegnerische Presse in den Wahlkreisen muß scharf überwacht werden, da sonst Entstellungen durch die ganze liberale Presse gehen. Kommen häufige Entstellungen auf der Gegenseite vor, muß man sie in einem Flugblatte zusammenfassen unter der Überschrift: „15 liberale Unwahrheiten“, und dann: 1., 2., 3. usw., links die Unwahrheiten und rechts: so ist es gewesen. Das wirkt dann draußen bei den Wählern.

Der Vorsitzende muß es dann so einrichten, daß die Redner immer abwechselnd folgen, daß immer auf einen gegnerischen Redner ein eigener Redner eingeschoben wird.

Für die Redner selbst rote ich, sich immer einen möglichst guten Abgang zu verschaffen. Sind diese Gegner vorhanden, so schließt man mit einem allgemein verständlichen Satz (!), indem man vielleicht die nationalen Gefühle anregt, damit auch diejenigen zum Beifall angeregt werden, die sonst vielleicht den Beifall unterlassen hätten, damit so zum Schluß noch ein allgemeiner Schwung in die Versammlung kommt.

In Hotels und Lokalen auf dem Lande, in denen die Gutbesitzer besetzen und unter Umständen auch eine recht beträchtliche Menge machen, liegt nichts weiter als das „Berliner Tageblatt“.

Die Herren sollten doch ein einziges Mal mit dem Birke ein vernünftiges Wort sprechen, damit neben dem „Berliner Tageblatt“ mindestens ein Blatt unserer Richtung ausgelegt wird. Für die Arbeiter auf den Gütern sollte das „Berliner Blatt“ abonniert werden. Auch Kalender sollten an die Arbeiter verteilt werden, gerade jetzt vor den Wahlen. Den lesen die Arbeiter abends. Die Handwerker auf dem Lande fügen: wir sind konfessionell, aber die Herren gehen uns keine Aufträge, die Herren lassen sich ihre Sachen aus Berlin kommen.

Die Störungen in den Versammlungen machen es zur Notwendigkeit, daß überall, wo wir die Öffentlichkeit zulassen, wir für ein Duzend handfester Leute als Ordner sorgen, die durch eine weiße Binde kenntlich sind. Der Vorsitzende hat am Anfang der Versammlung dann kundzugeben: Durch Vorgänge mancherlei Art im Reiche sind wir veranlaßt worden, etwas vorfristig zu sein für den Fall, daß wir gestört werden sollten. Ich habe mit das Hausrecht schriftlich vom Bier übertragen lassen für die ganze Nacht — das Beste ist immer gleich bis zum frühen Morgen —, ich habe das Hausrecht gleichzeitig allen durch weiße Binde kenntlich gemachten Ordnern übertragen; jeder, der einer Anweisung dieser Ordner nicht nachkommt, macht sich des Hausfriedensbruchs schuldig und wird so und so bestraft. Dann hat der Ordner es in der Gewalt, jeden, der brüllt, sofort festzusetzen und hinauszuweisen. Und wenn zwei, drei Schreier hinausgeschoben sind, tritt die Ruhe dann schon ein.

### Endlich gefunden!

Im sächsischen Wahlkreis Stollberg-Schneeberg, in dem Genosse Schöpflin wieder kandidiert, war es den bürgerlichen Parteien trotz Bemühungen bisher nicht möglich gewesen, einen Kandidaten aufzutreiben. Nun haben sich die Nationalliberalen des 21. sächsischen Wahlkreises dazu bereit erklärt, den bürgerlichen Parteien im ersignannten Kreise einen Kandidaten zur Verfügung zu stellen in der Person des evangelischen Arbeitersekretärs Fleischer-Annaberg.

### Ein laubfrüher Wind mit dem Jaunpfaß!

Der königliche Landrat des Kreises Oels in Schlesien erläßt in der letzten Nummer des amtlichen Kreisblattes folgende Bekanntmachung:

„Ich erwarte, daß alle mir direkt oder indirekt unterstellten besoldeten Beamten, soweit sie im wahlfähigen Alter stehen, sich davon überzeugen, ob sie in die seit gestern ausliegenden Wählerlisten eingetragen sind, und daß sie gegebenenfalls im Wege des Einspruchs, der bis zum 21. d. Mts. angebracht sein muß, ihre Eintragung bewirken. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß die Ausübung des Wahlrechts am 12. künftigen Monats die Erfüllung einer Ehrenpflicht für jeden Reichs-, Staats- oder Kommunalbeamten bedeutet.“

Noch deutlicher kann ja der königliche Landrat nicht werden!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 21. Dezember 1911.

### Der Kampf des Bundes der Landwirte für den Schutz der „nationalen“ Arbeit.

Vor dem Berliner Gewerbegericht wurde gestern ein Prozeß verhandelt, der, obgleich es sich um eine einfache Lohnklage handelte, das höchste Interesse beansprucht, denn nicht nur wurde dort der Bund der Landwirte als Lohnrücker entlarvt, sondern zu gleicher Zeit recht anschaulich an einem praktischen Beispiel nachgewiesen, was dieser „vaterländische“ Bund unter dem „Schutz der nationalen Arbeit“ versteht.

Sechs Arbeiterinnen, die auf Anruf der Firma Döring u. Hünig, Graphische Kunstanstalt, Friedrichstr. 18, vom paritätischen Arbeitsnachweis vermittelt und in einem Partererraum des genannten Hauses einen halben Tag beschäftigt worden sind, klagten gegen die genannte Firma, weil sie nach einigen Stunden ohne weiteres fristlos entlassen wurden, auf eine 14tägige Lohnentschädigung. Anstatt der beklagten Firma erschien ein Herr Ott, der seinen Wohnsitz und sein Hauptgeschäft in Würzburg haben will, und erklärte, daß nicht die beklagte Firma, sondern er der Arbeitgeber der Klägerinnen gewesen sei und deshalb die Firma Döring u. Hünig zu Unrecht verklagt worden sei. Die Beklagte wärs nur Auftragnehmerin von ihm. Die Klägerinnen richteten daraufhin ihre Klage gegen diesen Herrn, der nun den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit erhob, ein Einwand, der vom Gericht jedoch als völlig unbegründet zurückgewiesen wurde.

Bei der Verhandlung zur Sache machte der Beklagte geltend, daß ein Unberufener die Klägerinnen vom Arbeitsnachweis gefordert habe. Bei der Beweisaufnahme entpuppte sich dieser Unberufene als ein beim Beklagten beschäftigter Hausdiener, dessen Aufgabe es war, die vom Bunde der Landwirte herausgegebenen bekannten illustrierten Postkarten nebst den dazu gehörigen Begleitföhrchen zu konvertieren und postfertig machen zu lassen. Dieser Hausdiener hatte, da der Betrieb des Herrn Ott hier unbekannt ist, beim Arbeitsnachweis die Adresse der Firma Döring u. Hünig angegeben, die von der Bestellung nichts wußte und die Arbeiterinnen bei ihrer Meldung an den Betrieb des Herrn Ott verwies. Der Beklagte machte nun geltend, daß er den Hausdiener wohl ermächtigt habe, Leute einzustellen, wenn solche benötigt wurden, aber daß er ihm ausdrücklich unterlagt habe, den Arbeitsnachweis zu benutzen. Ein anderer Aufpaffer und zwar jener, der die Klägerinnen wieder entlassen hat, gab dazu als Grund für die Entlassung die Unzufriedenheit der Arbeiterinnen mit den ihnen gewährten Löhnen an.

Da die Klägerinnen für ihre halbtägige Arbeitsleistung nur 1,50 M. erhalten haben und der Beklagte sich auf die tarifliche Kündigungsfrist nicht beziehen kann, da er weder den Tarif anerkennt, noch nach ihm entlohnt hat, wurde der Beklagte verurteilt, an jede der Klägerinnen eine 14tägige Lohnentschädigung von 30 M. zu zahlen.

Soweit bietet der Bericht kaum ein besonderes Interesse, höchst interessant ist aber, daß die illustrierten Wahlrechtspostkarten, die der Bund der Landwirte in riesigen Massen (60 Stück für 3 Mark) in alle Welt hinausendet, der Willigkeit wegen, wie sich aus der Verhandlung vor dem Gewerbegericht ergab, im Auslande gedruckt worden sind, und zwar, wie es heißt, in Amerika — demselben Amerika, über dessen Geschäftssinn, Gewinnsucht und rohen Materialismus die Bändlerpresse, voran die „Deutsche Tageszeitung“, nicht genug zu rasonieren weiß. Obwohl der Bund der Landwirte in seinen Wahlpublikationen den Schutz der sog. „nationalen“ Arbeit verheißt und zu diesem Zweck einen lächerlichen Zoll- und Grenzschutz fordert, läßt er seine Wahlagitationspostkarten im Auslande herstellen — entzieht also der deutsch-

Industrie und der deutschen Arbeiterschaft die Arbeit. Deshalb ist auch vorsorglichweise weder der Hersteller noch der Herkunftsart auf den Karten angegeben worden. Die Karten sind in großen Vogen nach Deutschland eingeführt und bei der Firma Julius Sittenfeld, Buchdruckerei, zurechtgeschritten worden. Die Arbeiterinnen dieser Firma sollten diese Karten auch kopieren und posieren; da aber die Firma Sittenfeld bei dem ihr gebotenen Preise nicht den Tarifpreis zahlen konnte, weigerten sich die Arbeiterinnen, die Arbeiten auszuführen. Infolge dessen ging die Arbeit an Herrn Wilhelm Ott, wie es scheint, einen Agenten des Bundes der Landwirte, der nun die Arbeit unter Tarif ausführen läßt.

Wie sich daraus ergibt, verlangt zwar der Bund der Landwirte für die landwirtschaftlichen Produkte möglichst hohe Preise — sie können nach seiner Ansicht gar nicht hoch genug werden — dagegen verwehrt er rundweg den Arbeitern einen einigermaßen anständigen Arbeitslohn und läßt sein Wahl- agitationsmaterial der Willkür wegen im Auslande herstellen. Der Arbeiter soll für Fleisch, Brot und Gemüse die höchsten Preise zahlen, verlangt er aber einen halbwegs angemessenen Lohn, dann verweigert man ihm diesen und pfeift auf die schöne Phrase von der „nationalen“ Arbeit! Und doch besitzt derselbe Bund der Landwirte, der auf diese Weise sein Wohlwollen für die deutschen Arbeiter und die deutsche Industrie betätigt, die Unverschämtheit, auf der illustrierten Wahl- agitations- larte Nr. 8 an die Arbeiter folgende Mahnung zu richten:

„Also wählet solche Volksvertreter, die den Arbeitern gute Röhre gönnen, aber auch die Notwendigkeit einer autökonomisch wirtschaftenden Landwirtschaft anerkennen.“

Offenlich befolgen die Arbeiter diesen Rat — und wählen in keinem Fall einen Konservativen und Landbändler, selbst wenn er das Blaue vom Himmel heruntergeschwindelt.

#### • Auch die Hamburger Scharfmacher fordern ein Zuchtgesetz.

In der Mittwochs- Sitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde von 71 Angehörigen der drei alten Fraktionen, dem Wahlrechts- draublock, ein Antrag zur Verhandlung in einer der nächsten Sitzungen gestellt, dahingehend: der Hamburger Senat möge im Bundesrat auf eine Unterabstimmung der von der sächsischen Regierung gestellten Entwürfe, betreffend den größeren Schutz der Arbeitswilligen, hinwirken.

Die Sozialdemokraten begrüßten die Verlesung des Antrages mit lebhaften Rufungen und sagten, daß gerade diese Leistung des Wahlrechtsdraublocks für den jetzigen Reichstagswahlkampf noch gefehlt hat.

Einen solchen Antrag stellen diese bürgerlichen Hochhelden zu einer Zeit, wo die Hamburger Gerichte fast täglich durch Urteile gegen Arbeiter, die sich am Holzarbeiterstreik beteiligt haben, die Schärfe der bestehenden Gesetze den Streikenden fühlbar machen! In der Bürgerschaft selbst wird es bei Beratung des Antrages ein Tänzchen geben, an dem die Scharfmacher keine Freude haben dürften. Uebrigens hat das unbesonnene Vorgehen der Arbeiter- feinde das Gute, daß noch genügend Zeit vorhanden ist, den neuen Anschlag gegen das Koalitionsrecht abzuwehren, und daß die Arbeitermassen auch dort, wo noch Indifferenz herrscht, die Gefahr erkennen, die ihnen von einem reaktionären Reichstag droht. Denn je nach dem Ausfall der Wahlen wird die Regierung mit einem Zuchtgesetz kommen oder nicht.

#### Staatssekretär Dr. Solf.

Der Kaiser hat den bisherigen Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, zum Staatssekretär des Reichs-Kolonialamtes ernannt. Anherdem soll demnächst in den meisten Gouvernementsstellen ein Personalwechsel vorgenommen werden. Die Ernennung des Dr. Solf wird in den Kreisen der Liebert und Arendt, die redlich bemüht gewesen sind, seine Tätigkeit als Gouverneur in möglichst schlechtem Lichte erscheinen zu lassen, recht gewöhnliche Gefühle auslösen.

#### Die Kampfesweise des Zentrums.

Das Zentrum überschüttet zur Wahl das Land mit einer Flut von Agitationschriften, die sich zum weitaus größeren Teil gegen die Sozialdemokratie richten. Unverständnis, Bosheit und Schmähsucht überdienen einander in der Wahl- literatur der Partei von „Wahrheit, Recht und Freiheit“, und allerlei Lügen, hundertmal als solche von uns nachgewiesen, lehren zum hundertsten Male wieder. Wie das Zentrum immer volksfeindlicher in seiner Politik und unehlicher in seiner Gesinnung, so ist es auch immer gemeiner in seiner Kampfesweise geworden. Das Vorbild und die Mahnungen seiner früheren Führer, anständig auch dem Gegner gegenüber zu sein, haben nicht gefruchtet. Im Jahre 1877 schrieb der damalige Kaplan Hise in seinem Buche über die soziale Frage:

„Der Sozialismus repräsentiert ein System, so konsequent und grobarig, daß wir es wohl beargwöhnen, wenn große Denker und edle Männer sich für ihn begeistern, und es ziemt daher einem ersten Manne recht wenig, ohne weiteres über ihn abzusprechen. Ihn aber lächerlich zu finden, das kann nur die Blindheit und Verlegenheit eines liberalen Bourgeois festhalten.“

Hise hat damals die Abie des Zentrums der erstarkenden Sozialdemokratie gegenüber nicht voraussehen können; er ahnte nicht, daß einst ein M. Gladbach entstehen und von hier aus jene Kampfesweise sich über die ultramontanen Gefilde ausbreiten würde, deren damals Herr Hise nur einen liberalen Bourgeois für fähig hielt. Die Kapläne, die heute im Dienste des Zentrums tätig sind, die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsführer, die, mit M. Gladbacher Geist gefähigt, als Zentrumsagitatoren das Land durchschwärmen, lassen alle „Blindheit und Verlegenheit“, die je ein liberaler Bourgeois bewiesen hat, weit hinter sich zurück.

Auch die „Königliche Volkszeitung“ hatte einst bessere Zeiten, wo sie es wagte, den Sozialistenführern ihrer Partei, die ihre Stärke im Schimpfen suchten, auf die Gebote des Anstandes hinzuweisen. Im Juni 1893 schrieb das rheinische Zentrumblatt:

„Wir versprechen uns nur bescheidene Erfolge von der Art, wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie meist geführt wird. Zeitungsartikel und Vorträge ohne Zahl und Ende, in denen die Führer der Sozialdemokratie auf das schärfste angegriffen werden oder mit vielen Zitaten die Verwerflichkeit der sozialdemokratischen Lehren nachgewiesen wird, nähern im Grunde recht wenig. Zumal wenn sie, wie es leider nur zu häufig der Fall, sich arge Blößen und den Sozialdemokraten Gelegenheiten geben, den Spieß umzudrehen, Schaden sie oft mehr als sie nützen.“

Heute, wo sich die Kampfesweise des Zentrumsagitators um das Vielfache verschlimmert hat, denkt auch die „Königliche Volkszeitung“ nicht mehr daran, die Heiser in geistlichem und weltlichem Gewande zu besseren Sitten zu ermahnen. Die M. Gladbacher hat die Oberhand! Und niemand im Zentrum hört mehr auf die Worte, die ein christlich- sozialer Vorkämpfer, der Kölner Kaplan Oberdörffer, in den 80er Jahren an seine Partei- und Glaubensgenossen gerichtet hat, 1894 wies er in der von ihm heraus-

gegebenen „Kölnischer Korrespondenz“ auf die Notwendigkeit hin, sich mit den Grundfäden der Sozialdemokratie vertraut zu machen, wenn man sie bekämpfen wolle. „Am besten — so schrieb er — hält man sich an dem offiziellen Programm der Sozialdemokratie. So ist es gerecht und so erspart man sich Verlegenheiten und Widersprüche.“ Und 1895 knüpft er an eine von ihm vorgenommene ausführliche Kritik des sozialdemokratischen Programms folgende Mahnung:

„Mit Schimpfereien über die gottlose Sozialdemokratie, deren politische Bestrebungen man dabei leider allzu oft nicht kennt; mit jaden Spottereien über den Zukunftsstaat, ohne zu ahnen, wie nahe wir einem ganzlichen Umsturz der bestehenden Verhältnisse sind; mit Verleumdungsgeschichten der gottgewollten Ordnung, die oft verraten, daß man nicht weiß, was gottgewollte Ordnung ist und wie weit sich die heutige Ordnung von der gottgewollten entfernt hat — mit alledem läßt sich der Sozialismus nicht bekämpfen und aus der Welt schaffen; damit läßt sich auch die noch christliche arbeitende Welt nicht von der Sozialdemokratie abhalten.“

Die Worte blieben in den Wind gesprochen. Damals begann der katholische Volksverein seine Tätigkeit, die christlichen Gewerkschaften entstanden, das katholische Arbeitervereinswesen geriet unter die M. Gladbacher Leitung, und die ultramontane Kampfesweise nahm damit immer schäbigeren Formen an. 1899 wandte sich Oberdörffer noch einmal mit der Mahnung zum Anstand an seine Partei- und Glaubensgenossen:

„Wiederholt haben wir betont, man möge kein unsinniges Schimpfen und Lästern auskommen lassen; damit würde man keinen Sozialdemokraten bekehren und keinen Arbeiter von der Sozialdemokratie fernhalten; im Gegenteil, man entfremdet sich die Arbeiterwelt nur noch mehr und mache sich selber verächtlich. Heute glauben wir noch entschiedener davor warnen zu müssen. Man möge doch nicht immer Worte einzelner als Grundfäden der Partei hinstellen. Man halte sich mehr an die wirklich offiziell ausgesprochenen Grundfäden der Partei.“

Seitdem sind derartige Mahnungen nicht mehr gehört worden. Die Leute im Zentrum, die anständig dachten, haben die Erfolglosigkeit ihrer Mahnungen erkannt und den Dingen, an denen nun doch einmal nichts zu ändern war, ihren Lauf gelassen. So ist es denn wie in der Politik, so in der Kampfesart des Zentrums immer mehr bergab gegangen und die Partei für „Wahrheit, Recht und Freiheit“ ist heute die in ihren Taten volksfeindlichste und in ihrer Kampfesweise schäblichste Partei.

#### Keine konfessionelle Partei.

In der 70000 Einwohner zählenden Industriestadt Oer in Westfalen sollte die Wahl des Ersten Bürgermeisters vorgenommen werden. Wie üblich, wurde eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zu erledigen hatte. Wie diese Kommission, die sich in der Mehrheit aus Zentrumsleuten zusammensetzte, gewirkt hat, darüber meldet das dortige Zentrumblatt, die „Quersche Zeitung“:

„Wie wir vernehmen, sind nach einer sorgfältigen Sichtung der 62 eingelaufenen Meldungen, wobei die nichtkatholischen Bewerber grundsätzlich ausgeschlossen wurden, vier Kandidaten ausgewählt, welche der Stadtverordnetenversammlung als die engere Wahl der Kommission für die definitive Wahl in Vorschlag gebracht werden sollen.“

Der Vorgang beweist aufs neue, wie wenig Gewicht den Behauptungen beizumessen ist, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei. Das interessanteste an der Sache ist aber, daß die Liberalen bei der letzten Stadtverordnetenwahl das Zentrum, dem bei der Stichwahl das Schicksal drohte, sämtliche Siege der dritten Abteilung an die Sozialdemokratie zu verlieren, unterläßt und zum Siege verholfen haben.

#### Prozentpatriotismus!

Angefaßt der stupelosen Hege der Panzerplattenblätter scheint es angezeigt, auf einen, den Prozentpatriotismus grell beleuchtenden Vorgang erneut hinzuweisen. In der Budgetkommission des Reichstages wurde im März 1903 festgestellt, daß das Reich für eine Lieferung Kanonen, für die es erst 44 Millionen Mark zahlen mußte, für die Folge nur noch 24 Millionen Mark bezahlte. Für Kanonenrohre, für die es früher 8000 M. zahlen mußte, zahlt es jetzt 1800 M. für ein Geschöß, das früher 80 resp. 12,50 M. kostete, zahlt es jetzt 20 resp. 5 M.; für Röhren früher 150 M., jetzt 70 M. Der Verband der Großblechwalzwerke in Essen setzte fest, daß bei Bestellungen für die Marine auf jede Tonne 30 M. Aufschlag genommen werden müsse. Derselbe Verband aber, die die Bestellung erhielt, mußte dann auf eine Lieferung von 410 Tonnen 12300 M. an die übrigen unbeteiligten Firmen bezahlen.

Die Preisermäßigung hatten Krupp und Stumm nicht freiwillig zugestanden. Eine vorausgegangene Enthüllung über ihre eigenartige Vaterlandsliebe war die Veranlasserin der Preisnachlässe. Es war nämlich festgestellt worden, daß die beiden Panzerplattenpatrioten dem Reich gelieferte Platten mit 2320 M. pro Tonne berechneten, dieselben Platten lieferte eine amerikanische Firma an Amerika für nur 1920 M. und dabei hatte diese Firma an Krupp und Stumm noch pro Tonne 105 M. an Patententschädigung zu entrichten. Unsere Patrioten ließen sich vom teuren Vaterlande 550 M. pro Tonne — fast 30 Proz. — mehr bezahlen als wie die amerikanische Firma erhielt. Solche Geschäftchen erklären den Rüstungsbesitzer der Kriegsmateriallieferanten.

#### Kulturaufgaben leiden nicht!

Der Regierungsbezirk Posen hat nicht weniger als 23 überfüllte Schulgemeinden. In diesen werden 3597 Kinder von 28 Lehrern unterrichtet. Auf den einzelnen Lehrern entfallen im Durchschnitt 128 Schüler. Es gibt aber Klassen, wo ein einziger Lehrer 220, 175, 168, 153, 150, 138 und 135 Schulkinder zu unterrichten hat. Die niedrigste Schülerzahl beträgt in einer Klasse 87. Wenn man im Durchschnitt auf jede Klasse 60 Schüler rechnet, so fehlen in den 23 Schulgemeinden nicht weniger als 33 Lehrer. Was soll bei so überfüllten Klassen den Kindern an Wissen beigebracht werden? Für die Germanisierung in der Provinz Posen werden die Millionen nur so zum Fenster hinausgeworfen, für wirkliche Kulturaufgaben hat der Staat aber nichts übrig. Die Förderung des Schulunterrichts liegt aber auch mit im Interesse der Junker.

#### Antimperialistische Demonstration im Hamburger Parlament.

Der Hamburger Senat hatte bei der Bürgerschaft die Bewilligung von 10000 M. für ein Denkmal des schon ganz vergessenen China- Weltmariniers Baldersee in Hannover beantragt, den Hamburg nach dem glücklichen Vorgeschießzug zum Ehrenbürger gleich Bismarck und Rolke ernannt hatte. Ohne Debatte wurde der Antrag gegen nur fünf Stimmen abgelehnt. So vergeht westpolitische Vegetation und es bleibt nur der Astenbaum. Aber man erinnert sich dabei, wie damals Hunderte Millionen ohne Befragung des Reichstages verpulvert wurden und wie die volksfremde Reichspolitik Deutschland blamierte.

#### Der neueste Reichsverbandsschwindel.

Der jetzt bei den Wahlen herausgeholt worden ist, liegt auf dem Gebiete der Statistik. Man verzichtet uns aus Halle a. S. dar-

Der Halle'sche Generalsekretär Michaelis vom Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie hat im Kreise Halle- Aischersleben in einer Rede über statistische Aufnahmen der Sozialdemokratie behauptet: „Wie eine solche Statistik zusammenkommt, zeigt die Stadt Halle, wo man, um die Zahl der Arbeitslosen festzustellen, alle Kranken, alle Durchreisenden, die öffentlichen Bienen und ihre Zubehälter mitgezählt hatte, um zu einer ganz falschen Zahl zu kommen.“

Dieser Schwindel, der das erstemal gelegentlich der letzten Arbeitslosenzählung im Januar 1900 auftrat, ist damals von öffentlichen Körperschaften und Behörden widerlegt worden. Die hiesigen Kollegien hatten dem Gewerkschaftsstatistik zur Arbeitslosenzählung 300 M. bewilligt und das Zählmaterial erhielt das hiesige Amt. Der Schwindel wurde damals dadurch im Keime erstickt, daß der Direktor Wolf vom Statistischen Amt öffentlich erklärte: Das Erhebungsmaterial ist und würde zu keinen anderen als statistischen Zwecken verwendet. Auch Oberbürgermeister Dr. Nise erklärte auf eine Interpellation unserer Genossen im Stadtverordnetenkollegium: Es sei unecht, den Zählern den Vorwurf zu machen, sie hätten falsch gezählt. Wie die Presse zu dem falschen Material gekommen ist, wisse er nicht.

Jetzt, nach ziemlich drei Jahren, geht der Schwindel von neuem los.

#### Die persische Krise.

Teheran, 21. Dezember. Das Kabinett, von dem man allgemein annimmt, daß es für ein Nachgeben gegenüber den russischen Forderungen ist, hat im Parlament einen großen Sieg über seine Gegner davongetragen. Die Sitzung des Medschlis währte von 8 Uhr abends bis Mitternacht. Endlich wurde der Vorschlag Bostuk ed Dowlehs, eine Kommission von fünf Deputierten zu wählen, die sich mit dem russischen Ultimatum befassen soll, mit 39 gegen 19 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Es scheint wenig zweifelhaft zu sein, daß die persische Regierung jetzt die russische Forderung, den Generalschahmeister Schuster zu entlassen, erfüllen wird, wenn sich nicht die öffentliche Meinung als zu stark erweist.

#### Kampf mit den Russen.

Teheran, 21. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine Depesche aus Tâbris meldet einen ersten Kampf zwischen Kämpfern der Konstitution und russischen Truppen.

Ueber diese Vorgänge meldet die Petersburger Telegraphen- Agentur: Heute wurde hier ein Angriff auf russische Schützen verübt, die mit der Reparatur eines Fernsprechers beschäftigt waren. Zwei Angreifer wurden dabei getötet. Das russische Konsulat hat Patronen in die Stadt entsandt und den Vorfall den lokalen Behörden mitgeteilt.

#### Frankreich.

##### Die Altersversicherung.

Paris, 21. Dezember. Die Kammer hat die Artikel eines Finanzgesetzes angenommen, welches das Arbeiter- Pensionsgesetz abändert, namentlich dahin, daß die Alterspension bereits vom 60. Lebensjahre an bezogen und die Staatszulage von 75 auf 100 Frank erhöht wird.

#### Spanien.

##### Ein wenig Schaumgefühl.

Madrid, 21. Dezember. Canales wird dem Könige die Ernennung des zu 9 Jahren Gefängnis verurteilten Delinquenten Sâgrisa vorgeschlagen. Dieser wurde bekanntlich wegen einer satirischen Zeichnung anlässlich des Herzerprozesses zu dieser hohen Strafe verurteilt. Die englischen Konsuln hatten zum Glück Sâgrissas vor kurzem eine Petition an die Regierung gerichtet.

#### England.

##### Eine liberale Niederlage.

London, 21. Dezember. Die durch die Ernennung des liberalen Deputierten Anderson zum Solicitor-General im nördlichen Teile der Grafschaft Ayr erforderlich gewordene Neuwahl zum Unterhaus endete mit dem Siege des Unionisten Campbell, dem Anderson mit einer Minderheit von 271 Stimmen unterlag.

#### Rußland.

##### Wiedereinführung der Folterungen in Riga.

Die Greuel des Rigaer „Museums“, einer polizeilichen Folterkammer, wo zahlreiche politische Gefangene gelidet oder zu Krüppeln geschlagen wurden, sind vor einigen Jahren der ganzen Welt bekannt geworden. Auch in der Duma wurden diese grauenhaften Zustände aufgedeckt, und die Regierung versprach daraufhin, den Folterungen Einhalt zu gebieten und den Oberherzog Gregus, der sich durch seine bestialische Grausamkeit herbeizog, zu verabschieden. Seitdem wurden in der Tat die Folterungen seltener vorgenommen — vollkommen haben sie nach unserer Kenntnis nicht aufgehört — aber in der letzten Zeit, mit dem Wiederaufleben der Massenbewegung, ist der Fester Gregus, jetzt Chef der Geheimpolizei, wieder in Aktion getreten. Wie unserem Parteiblatt „Pravda“ aus Riga geschrieben wird, ist eine Reihe von Arbeitern, die unter dem Verdacht der Ermordung eines Streikbrechers verhaftet wurden, von Gregus dem fürchterlichsten Folterungen ausgesetzt worden. Genau wie in den Jahren 1906 bis 1907 wurden die ohnmächtigen Gefangenen wieder ins Bewußtsein zurückgerufen und dann wieder gefoltert. Die Ausfagen, die auf diese Weise erprecht worden sind, dienen nun als Anlagematerial gegen die unglücklichen Gefangenen. Als wichtigstes Belastungsmaterial gegen sie dienen die Angaben, die sie über verborgene Waffen und illegale Schriften gemacht haben. In einem Falle fuhr Gregus mit dem halb bewußtlosen Gefangenen nach einer Wohnung, wo nach seinen Angaben eine Riste mit Revolvern und Patronen „entdeckt“ wurde. Es war — schreibt der Briefschreiber — ein grauenhafter Anblick, wie der Gefangene, der sich vor Schwäche kaum auf den Füßen halten konnte, von zwei Schulknerten geführt, mit fast unhörbarer Stimme dem Inhaber der Wohnung anwies, die verborgenen Waffen aus dem Versteck zu holen.

Soweit es sich bei diesen „Waffenfunden“ nicht um Provokationen gehandelt hat, werden es wohl nur Waffen sein, die seit dem Revolutionsjahre verstreut gehalten werden. Auf Grund dieser Funde und der durch Folterungen erprecht Selbstbezeugungen, die natürlich nicht wahr zu sein brauchen, werden nun eine ganze Anzahl von Arbeitern dem Gasen und der Katoga ausgeliefert werden.

#### Amerika.

##### Ein Vorkauf des Präsidenten Taft.

Washington, 21. Dezember. In einer neuen Vorkauf an den Kongress weist Präsident Taft auf die Notwendigkeit hin, für die amerikanischen Schiffe, die durch den Panama- Kanal fahren, Vorzugsrechte einzuführen. In einem anderen Teil derselben Vorkauf befürwortet der Präsident erneut die Vorschläge des Senators Aldrich für eine Währungsreform, die

dem Kongress in kurzer Zeit in Form eines Berichtes vorgelegt werden soll. Der hervorragendste Passus dieses Teiles der Volkstafel ist folgender: „Ich hege die Zuversicht, daß alle Banken im Lande auf der Grundlage vollständiger Gleichheit der Betätigungsmöglichkeit errichtet sein werden, und daß die Befehlsgebung sorgfältig und vollständig die Eigenheit und Unabhängigkeit jeder Bank soweit schützt, daß jede etwaige Absicht, die dem Gelde und den Banken zur Verfügung stehende Macht zusammenzuschließen, vereitelt werden wird.“

## Der Krieg.

### Das Gefecht bei Virobraco.

Tripolis, 21. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Neben dem Kampfe bei Virobraco am 10. Dezember sind folgende Einzelheiten zu berichten: Oberst Jara, der von dem Kommandanten der ersten Division, General Pecori Giraldi, beauftragt worden war, den Feind, der die Oase von Virobraco besetzt hatte, zu überraschen, brach früh morgens um 3 Uhr von Ainzara mit zwei Bataillonen Versaglieri, einem Bataillon Grenadiere, einer Abteilung Gebirgsartillerie sowie einer Schwadron Kavallerie auf und gelangte gegen 10 1/2 Uhr in die Nähe der Oase. Nach einem kurzen, vorbereiteten Artilleriefeuer ließ Oberst Jara die Grenadiere zum Angriff nach Osten vorgehen. Während die Grenadiere schnell und entschlossen die Keinen Mauern, Geden und Dünen der Umgebung der Oase angriffen, sahen sie sich plötzlich vor den besetzten Stellungen des Feindes, der auf die italienischen Truppen ein lebhaftes, anhaltendes Feuer eröffnete. Währenddessen führten Detachements der regulären türkischen Infanterie, begleitet und gedeckt von einer Eskadron Kavallerie, ein Manöver aus, um die Italiener auf der rechten Seite abzuschließen. Der Feind wurde auf eine Stärke von mindestens über 3000 Mann geschätzt, von denen ein Drittel reguläre türkische Soldaten waren. Der Feind machte einerseits wiederholte Angriffe auf die Italiener, wobei er sich den schnell aufgeworfenen Gräben bis auf 500 Meter näherte. Über alle Angriffe wurden mit schweren Verlusten des Feindes zurückgeschlagen, der sich unter dem Feuer der italienischen Artillerie und der Fußtruppen zurückzog. Nach Einbruch der Nacht blieben die italienischen Truppen in den Verschanzungen immer kampfbereit. Die Türken unternahmen noch während der Nacht mehrere Angriffe, einen 10 Uhr 30 Minuten, einen anderen 12 Uhr 45 Minuten und einen dritten kurze Zeit darauf. Alle drei wurden zurückgeschlagen. Gegen 4 Uhr früh konstatierte Oberst Jara, daß der Feind seine Stellungen in der Oase verlassen und sich zurückgezogen hatte. Nachdem die italienischen Truppen ihre Gefallenen bei Tagesanbruch an Ort und Stelle beerdigt und die Verwundeten nach Ainzara auf den Weg gebracht hatten, begann die Kolonne ihren Rückzug, der ungehindert verlief. Die Truppen langten gestern abend 10 1/2 Uhr gemeinsam mit den zu ihrer Verstärkung ausgerückten Abteilungen in Ainzara an. Der Verlust der Italiener betrug sechs Tote; zwei Offiziere und 78 Mann wurden verwundet, fast alle leicht. Die Verluste der Feinde, die ziffernmäßig nicht geschätzt worden sind, werden allgemein für sehr beträchtlich gehalten; sie sind zurückzuführen auf ihren entschiedenen Widerstand und auf die Kühnheit ihrer Angriffe.

### Von Krieg, Reaktion und anderen Plagen.

Rom, den 19. Dezember. (Sig. Ver.)

Im „Messaggero“ ruft der Abgeordnete De Felice die Intervention Europas an, um im Namen der Menschlichkeit den Krieg zu beendigen. Er meint, daß es Pflicht aller Kulturstaaten wäre, sich zugunsten des Friedensschlusses zu verwenden. Dieser verzweifelte und ernst gemeinte Aufruf eines der Menschen, der mit größter Begeisterung für den heutigen Krieg eingetreten ist, zeigt in gerader tragischer Weise, wie sehr die Dinge dem Willen der Menschen über den Kopf wachsen. Das menschliche Gefühl lehnt sich auf gegen das sinnlose Hinschlachten, aber der objektive Zwang des Krieges erlaubt kein Einhalten.

Nach privaten Nachrichten aus Rom soll dort die Lage der italienischen Truppen durchaus nicht günstig sein.

In Italien selbst läßt sich alles danach an, als ob der Krieg noch Monate dauern sollte. Wir haben stets darauf hingewiesen, daß der bevorstehende Guerillakrieg nicht Monate, sondern Jahre dauern wird. Und die Ereignisse werden uns recht geben. D. Red. d. „S.“ Durch verschiedene Maßnahmen wird der Truppenbestand immer mehr erhöht. So sind 1143 Reserveoffiziere einberufen worden, weiter fast alle zur Disposition gestellten Hauptleute des stehenden Heeres. Die Aushebung der Jahrgänge 1892 und 1893 wird um je ein Jahr verzögert werden, was also bedeutet, daß man im Laufe des nächsten Jahres 100 000 Mann Rekruten mehr zur Verfügung haben wird als in normalen Jahren; dieser neue Kontingent ermöglicht die Entsendung der bereits geschulten Truppen nach dem Kriegszustand.

Vielfach ist die Reaktion, die als ein untrennbarer Schatten den Krieg begleitet. Die sogenannte Justiz legt ihre Faust kräftig auf alle, die der heutigen Strömung Widerstand leisten. In allen Ecken und Enden werden Anarchisten verhaftet, und in Ferrara ist der Syndikalist Michele Bianchi wegen Beleidigung des Heeres zu zehn Monaten Gefängnis und 850 Lire Buße verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 20 Monate beantragt. Und dabei waren es nicht Verurteilte, sondern Gewährsmänner, die dieses Schandurteil fällten!

Allerdings fehlt der Reaktion auch ihre löcherliche Seite nicht. Sie hat sich unter anderem in dem Anläßeln derer spezialisiert, die sich beim Spiel der Nationalhymne in den Theatern nicht erheben. In Mailand hat es am 17. d. M. dem Russenbericht-erhalter des „Avanti“, Genossen Albini, geblüht, bei der Ausföhrung der Gluckens „Armida“ aus dem Opernhause der „Scala“ hinausgeworfen zu werden. Wie man sieht, ist auch das beste Publikum zu persönlichen Leistungen fürs Vaterland bereit: zu Tücheln über einen einzelnen herfallen, der den Mut seiner Heberzeugung hat, das ist eine Heldentat, der d'Annunzio eine eigene Himmelmelodie widmen sollte!

Durch Informationen von Zurückgekehrten erfahren wir, daß unter der Befahrung von Tripolis Geschlechtskrankheiten und namentlich Syphilis in erschreckendem Maße um sich greifen. Die Prostitution dieser Stadt ist natürlich, wie die aller nordafrikanischen Hafenstädte, in hohem Grade syphilitisch durchseucht. Von sanitären Maßregeln gegen diese Verhältnisse war bei den Türken nicht die Rede. Es liegt auf der Hand, daß die Zahl der Prostituierten in seinem Verhältnis zu ihrer jetzigen Anwesenheit steht. Und so läßt man die Soldaten ruhig, als ob man keinerlei Verantwortlichkeit für sie hätte, in ihr Unheil hineinfluten!

Man müßte zu den rosenwässrigen Schwärmern und Faselköpfen gehören, wenn man diese Sache einfach damit abtut, daß man sagte: „Ja, warum sind die Soldaten so unglücklich und setzen sich der Gefahr aus!“ Es liegt in der Natur der Sache, daß man nicht 40 000 junge Leute an einem kleinen Raum konzentrieren

kann, sie einem Leben von periodischer Heberanstrengung und periodischem Müdiggang auszuweichen, ohne in geschlechtlicher Beziehung die Folgen zu zeitigen, die unter diesen Verhältnissen überall in der ganzen Welt zeitigend werden. Dazu kommt die bekannte psychologische Tatsache, die sich sogar auf den tragischen Trümmern von Messina durchsetzte, daß ein Leben in beständiger Gefahr, wo einem auf jeder Wegante der Tod entgegengrinst, die Aktiven des geschlechtlichen Triebens aufrüttelt und mächtig werden läßt.

So schleppt der Krieg seine traurige Gefolgschaft hinter sich her: Noheit, Seuche und den Sieg der Dunkelmänner. Und dafür düngen Ströme proletarischen Blutes den fremden Boden.

### Ein Gefecht bei Derna.

Derna, 15. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani. Infolge schlechten Wetters verspätet eingetroffenes Funkentelegramm.) Heute früh wurde ein Bataillon Alpenjäger mit Maschinengewehren, das sich auf der Höhebene vor der Stadt zum Schutz der rings um den Ort ausgeführten Befestigungen befand, plötzlich mit lebhaftem Geschützfeuer angegriffen. Unterstützt von zwei Sektionen Gebirgsartillerie, die hinaufgeschickt waren, erwiderte das Bataillon das feindliche Feuer, das sich nach und nach abschwächte und um 10 Uhr 30 Minuten vollständig aufhörte. Nachdem die Arbeiten wieder aufgenommen waren, fand um 1 Uhr ein neuer, mit größerer Kraft ausgeführter Angriff auf die italienischen Truppen statt, an dem sich von Seiten des Feindes ungefähr 2000 Mann beteiligten. Um den Angriff abzuwehren, wurden die Alpenjäger auch durch die mit Befestigungsarbeiten beschäftigten Soldaten sowie durch fünf Kompanien, die von der Stadt herangezogen waren, ferner durch eine weitere Sektion Gebirgsartillerie und zwei Sektionen Feldartillerie verstärkt. Da der Kampf sich in die Länge zog, machte der italienische rechte Flügel einen entschlossenen Gegenangriff, durch den der Feind gezwungen wurde, sich zurückzuziehen. Als sieben andere Kompanien zur Verstärkung auf der Hochfläche ankamen, hatte der Feind sich bereits außer Schußweite zurückgezogen. Die italienischen Truppen hatten drei Tote und 24 Verwundete, darunter einen leichtverwundeten Offizier. Die Verluste des Feindes waren beträchtlich und übertrafen die italienischen zweifellos um das Dreifache.

## Die Revolution in China.

### Die Antwort der Revolutionäre an die Mächte.

Schanghai, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Büreaus.) Auf die Vorstellungen, die heute früh Vertreter mehrerer Mächte in unverbindlicher Form den Friedensunterhändlern Wujingfang und Tangkaohi gemacht haben, versprach Wujingfang in seiner Antwort, er werde sein möglichstes tun, um die Wünsche der Vertreter der Mächte zu erfüllen. Es müsse indessen bedacht werden, daß die Chinesen für ihre Freiheit, ihre Bürgerrechte und eine gerechte Regierung kämpfen und ein in aller Hast zustande gebrachte Friede ernste Folgen haben könnte. Wenn eine neue Revolution ausbräche, so würde sie schlimmer sein, als die gegenwärtige. Deshalb sei es dringend nötig, einen Frieden auf unbedingt fester Grundlage zu schließen.

## Aus der Partei.

### Letztliste der Partei.

Ein alter Parteibeteran Genosse August Goldbig in Krimmischau ist am Mittwoch früh nach kurzem Krankenlager im Alter von 78 Jahren verstorben. Der Verstorbene war bereits zu Lassalets Zeiten Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und hat sich somit vor, während und nach dem Sozialistengebiet große Verdienste um die Parteibewegung in Krimmischau erworben. Genosse Goldbig gehörte auch vor der Einführung des Dreiklassenwahlrechts der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages als sozialdemokratischer Vertreter an.

### Eine Hausführung

wurde am Mittwoch in den Räumen unserer Parteidruckerie in Görlitz vorgenommen. Drei Kriminalbeamte suchten nach dem Manuskript eines Artikels, der in dem von unserer Partei verbreiteten Volkskollektur gestanden hat. Ein Verdammte fühlte sich durch den Inhalt des Artikels beleidigt. Gefunden wurde natürlich nichts, denn das Manuskript zu dem Kalender, den der verstorbene Parteisekretär Stolpe zusammengestellt hat, war längst vernichtet.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Die angebliehen Mißstände in den „sozialdemokratischen“ Ortskrankenkassen.

Das bekannte Buch des Reichsverbandlers Dr. Möller über die „Mißstände in den sozialdemokratischen Krankenkassen“ war wieder einmal Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. In drei Artikeln hatte sich die „Schleswig-Volkskeimische Volks-Zeitung“ in Kiel mit dem Inhalt dieses Buches befaßt. Die Nr. 303 vom vorigen Jahre enthielt einen Artikel, der die Behauptung in dem Möllerschen Buche, ein Genosse habe als Angestellter der Schlächter-Krankenkasse in Berlin Veruntreuungen begangen, auf das richtige Maß zurückführte. In Nr. 305 vom vorigen Jahre wurde eine Erklärung des Gesamtverbandes der Ortskrankenkassen in Neumünster abgedruckt, in der die vorstehende der Ortskrankenkasse in Neumünster über Mißstände in dieser Kasse widerlegt und als Verleumdungen bezeichnet wurden. Die „Volks-Zeitung“ hatte darauf einige kritische Bemerkungen über das Möllersche Nachwerk gemittelt. Der dritte Artikel war in Nr. 2 von diesem Jahre entfallen. Es wurde darin nachgewiesen, daß die Mißstände, die in der Ortskrankenkasse in Neumünster a. S. bestehen sollten, gar nicht existieren. Die in dem Möllerschen Buche aufgestellten Behauptungen wurden als „Lüge“, „reichsverbandlerischer Schwindel“ usw. und das ganze Nachwerk als eine Subdelbroschüre bezeichnet. Durch diese Ausdrücke fühlte sich nun Möller beleidigt und strengte Privatklage gegen die Genossen Henschel und Salmirada als verantwortliche Redakteure an. Vor dem Schöffengericht erhob er sich die Beschuldigten, den Wahrheitsbeweis dafür zu führen, daß die in dem Möllerschen Buch aufgestellten Behauptungen nicht den Tatsachen entsprechen, sie benannten dafür eine Anzahl Zeugen. Diese Beweisanträge wurden aber abgelehnt. Der Vertreter des Privatklägers, Rechtsanwalt Goldschmidt II in München, bemühte sich nach Kräften, dem Gericht klar zu machen, wie sehr die Ehre des Privatklägers ramponiert sei und daß sie nur durch eine recht hohe Geldstrafe oder eine empfindliche Gefängnisstrafe wiederhergestellt werden könne. Mehr wie einmal betonte er, daß das Möllersche Werk eine reine wissenschaftliche Arbeit sei, der jede Tendenz fernliege. Das Gericht tat ihm auch den Gefallen und verurteilte Genossen Salmirada, der zwei Nummern gezeichnet hatte, zu 800 Mark; Genossen Henschel, der eine Nummer zeichnete, zu 200 Mark Geldstrafe. Außerdem wurde dem Privatkläger Publikationsbefugnis in der „Schleswig-Volkskeimischen Volks-Zeitung“, der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ und den „Münchener Neuesten Nachrichten“ zugesprochen.

Einen interessanten Beitrag zu dem Thema „Behandlung sozialdemokratischer Redakteure in Gefängnissen“ lieferte diese Verhandlung ebenfalls. Genosse Henschel

der gegenwärtig eine längere Gefängnisstrafe im Zentralgefängnis zu Neumünster verbüßt, beantragte die Verhandlung auszuweichen, weil ihm keine Gelegenheit gegeben wurde, sich auf seine Verteidigung vorzubereiten. Ihm wurden im Gefängnis die von seinem Kollegen überlieferten Zeitungsauschnitte über ähnliche Prozesse an anderen Orten und sogar auch der unter Anklage stehende Artikel vom Gefängnisvorsteher nicht ausgeliefert. Urlaub zur Wahrnehmung des Termins erhielt er auch nicht, sondern er wurde vorgeführt. Anfangs war vom Gericht sein persönliches Erscheinen angeordnet, dann hat man das widerrufen mit dem Vermerk, er hätte ja einen Anwalt.

## Soziales.

### Wie ein liberaler Kohlenfürst Landarbeiter lohnen und bedrohen läßt.

Herr v. Friedländer-Fuld ist Pächter des gräflich Redernsches Ritterguts bei Lanke. Die Verwaltung ist dem durch seine Veranlassung Sprengversuche bekantgewordenen Forstverwalter Finsterwalder anvertraut. Als Lohn erhalten die Arbeiter freie Wohnung im Forstarbeiterhause in Lanke, die Benutzung eines Stückes Gartenlands und eines Biesenflecks. So lange der Pächter dem Arbeiter Land zum Kartoffelbau gewährt, hat er den Dung auf das herrschaftliche Land zu bringen. Der Arbeiter ist verpflichtet, jederzeit von der Forstverwaltung bestimmte Arbeit zu einem Lohnsatz von 25 Pfennigen pro Stunde zu verrichten. Auch die Frau und die zum Haushalt des Arbeiters gehörigen erwachsenen weiblichen Personen haben auf Verlangen ländliche Arbeiten und zwar zu einem Stundenlohn von 13 Pf. auszuführen. Auf Verlangen haben sie auch — zu demselben Lohn — die landwirtschaftlichen Arbeiten der Forstbeamten zu verrichten oder Stellvertreter zu stellen. Unbedingte Gehorsamspflicht ist dem Arbeiter bei sofortiger Entlassungsandrohung vorgeschrieben. Der Vertrag des freisinnigen Millionärs unterlag auch „Beteiligung an Handlungen, welche die sozialdemokratische Sache fördern“ bei Strafe der Dienstentlassung und sofortiger Wohnungsdrückung. Ist auch diese Vorschrift ungenügend, weil sie in gröblicher Weise Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches und die guten Sitten verlegt, so ist sie doch für die Geringschätzung außerordentlich bezeichnend, die der Arbeitgeber gegenüber dem Menschenrecht und der Menschenwürde des Arbeiters hat.

Solche Verträge werden mit den Arbeitern formularmäßig abgeschlossen. Die Ermächtigung zum Abschluß solcher Verträge scheint der Rittergutsbesitzer v. Friedländer-Fuld allgemein dem Forstverwalter Finsterwalder übertragen zu haben.

### Betriebsunfall!

Der Brauer Sch. aus Weichensee erlitt am 2. Mai 1911 einen Unfall. Am genannten Tage, abends gegen 7 Uhr, befand sich Sch. auf dem Wege von der Arbeitstätte nach Hause. Lichterberger Straße Ecke Sedanstraße in Weichensee hatte sich ein schwer beladener Wagen der Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals Scheidemandel festgefahren, der trotz aller Bemühungen des Aufsehers und seines Mitfahrers nicht von der Stelle kam. Wie immer bei solchen Gelegenheiten bildete sich ein Auflauf. Sch. trat hinzu. Da erlöste die Aufforderung an die dem Wagen Umstehenden: „Kommt, wir wollen mal anfaßen.“ Sch. kam dieser Aufforderung nach und schob an der rechten Seite des Wagens. Die Pferde gaben an, Sch. rutschte aus, kam darauf unglücklich zu Fall, daß das Hinterrad des schwerbeladenen Wagens ihm über den linken Arm ging. Der Arm wurde demnach gequetscht, daß er amputiert werden mußte. Der Verunglückte erhob nun bei der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, zu der der Betrieb Scheidemandel gehört, Anspruch auf Gewährung einer Rente. Dieser Anspruch wurde von der Genossenschaft mit folgender Begründung abgelehnt:

Der Antragsteller hat der Unfall bei Ausübung einer Tätigkeit erlitten, zu welcher er einen Auftrag von der A.-G. für chemische Produkte vormals Scheidemandel nicht erhalten hat. Er hand deshalb nicht in einem versicherungspflichtigen Verhältnis zur diesseitigen Berufsgenossenschaft und liegt somit ein für und nicht zu entscheidender Unfall vor.

Dieser wurde beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß das Eingreifen des Sch. um den Wagen wieder flottzumachen, durchaus im Betriebsinteresse der Firma Scheidemandel gelegen war, daß aber auch in der Aufforderung an die Umstehenden zur Hilfeleistung ein Auftrag vorgelegen hat. Sch. war, als er dieser Aufforderung nachkam, wenn auch nur vorübergehend, in Beschäftigung der Firma getreten, gehörte mithin zu den versicherungspflichtigen Personen. Das Schiedsgericht vernahm eine Reihe von Zeugen, die den Sachverhalt bestätigten — Auf Grund dieser Aussagen erklärte sich dann vor dem Schiedsgericht der Vertreter der Berufsgenossenschaft bereit, den Unfall als Betriebsunfall anzuerkennen. Sch. erhält eine 70prozentige Rente.

Hätte die Berufsgenossenschaft die Reklamationen gemacht, die das Schiedsgericht vornahm, wäre die Rente nicht notwendig geworden.

## Letzte Nachrichten.

### Sozialdemokratischer Gerichtsvorhänger.

Ludwigshafen, 21. Dezember. Der Stadtrat von Frankenthal hatte vor einiger Zeit den Sozialdemokraten Ackermann zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts gewählt. Die Regierung der Pfalz hat jetzt diese Wahl bestätigt.

### Vom italienisch-türkischen Krieg.

Konstantinopel, 21. Dezember. (W. Z. M.) Amüslichen Meldungen zufolge hat ein italienischer Kreuzer das Nachhaus auf der Insel Sazer an der Küste von Yemen beschossen. Ferner hat ein italienischer Kreuzer im roten Meer das von dem roten Halbmond gezeichnete türkische Schiff „Kaiserlich“ aufgebracht.

### Unwetter in Belgien.

Antwerpen, 21. Dezember. (W. Z. M.) Durch den Sturm sind im Hafen zwei Leichter von ihren Ankern gerissen worden und mußten auf Grund gesetzt werden, um nicht andere Fahrzeuge zu gefährden. Der aus Valencia kommende deutsche Dampfer „Trooper“ lief auf ein verankertes Signal. Die Schiffschraube wurde beschädigt, so daß die „Trooper“ in den Hafen geschleppt werden mußte. Auch verschiedene andere Fahrzeuge erlitten Unfälle. Die englische Post „Janie“, nach Antwerpen unterwegs, ist auf Grund gelaufen und verfiel sich in kritischer Lage.

Brüssel, 21. Dezember. (W. Z. M.) Seit gestern herrscht in ganz Belgien harter Sturm, begleitet von heftigen Niederschlägen. Überall werden Einkürze von Neubauten gemeldet. In Gent ist eine im Bau begriffene Halle der künftigen Weltausstellung eingestürzt. Viele Oefender Fischerjäger werden vermisst. In Wareghem stürzte ein einjähriger Zabrüschhornstein einen Arbeiter, mehrere andere wurden verletzt.

**Akademikerverfammlungen.**

Beider Einladung der Parteiorganisationen von Tübingen, Heidelberg und Freiburg i. B. hielt Gen. Dr. Max Adler aus Wien in diesen Städten am 13., 14. und 15. d. Mt. Akademikerverfammlungen ab, in denen er unter dem Thema „Wissenschaft und Politik“ das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus und seine Kulturbedeutung darlegte. Die Verfammlungen waren überall sehr gut besucht, geradezu imposant in Heidelberg, wo den großen Saal der Stadthalle über 500 Personen bis auf das letzte Plätzchen füllten und wo auch zahlreiche Professoren erschienen waren.

Gen. Max Adler begrüßte zunächst die Tatsache dieser Akademikerverfammlungen, die auch in anderen Städten, wie Darmstadt, Karlsruhe und Strassburg durch Gen. Bernstein abgehalten wurden, als einen Anfang, der hoffentlich nicht ohne Fortsetzung bleiben und die Akademiker aus ihrer bisherigen Teilnahmslosigkeit herausreißen werde. Zum Thema übergehend, erörterte der Vortragende zunächst den bisherigen Begriff der Politik, der sowohl bei Politikern als auch bei Vertretern der Wissenschaft als gänzlich unvereinbar mit Wissenschaft gilt, da er nichts anderes bedeute, als rückwärtslose Vertretung von Sonderinteressen. Eine solche Anschauung mußte sich ganz notwendig aus dem Klassencharakter der Gesellschaft ergeben und konnte nicht als falsch erkannt werden, solange es noch keinen Standpunkt gab, der die Möglichkeit der Überwindung dieses Klassencharakters der Gesellschaft eröffnete. Als Ideal war freilich ein solcher Standpunkt schon längst von den größten Geistern aller Zeiten eingenommen worden. Und noch vor hundert Jahren hat Fichte die deutsche Nation gemahnt, endlich aus dem Stande eines unfreien geschichtlichen Lebens herauszugehen und ein neues Zeitalter einer bewußten, also freien Staatsgestaltung anzubahnen. Dies aus einem hohen Ideal zu einer realen Möglichkeit umzugestalten, konnte aber erst verwirklicht werden, nachdem die erreichte Höhe der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung auch eine wissenschaftliche Erkenntnis von dem Wesen und den geschäftigen Entwicklungsbedingungen der Klassen in der Gesellschaft möglich machte. Dieser gewaltige Fortschritt des Erkennens, der neben die Naturwissenschaft nun eine Sozialwissenschaft setzte, knüpft sich geschichtlich an das Hervortreten des Proletariates als Klasse in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, gedanklich aber an die Vermählung eines Forschergeistes, diese große historische Erscheinung theoretisch zu begreifen, an die Lebensarbeit von Karl Marx. Es ist seine ökonomische Geschichtstheorie, welche in Wahrheit eine Entwicklungstheorie der menschlichen Gesellschaft genannt werden kann, die das Fundament des modernen Sozialismus geworden ist. In großen, aber überaus eindrucksvollen, weil logisch festgefühten Zügen erörterte nun der Vortragende die Theorie des historischen Materialismus, wobei er besonders einschärft, daß die so häufige Verleumdung dieser Theorie als einer angeblich die Menschen vergewaltigenden, sie gleichsam fatalistisch zwingenden Kausalmacht für immer vermieden werde, wenn man sich erst klar geworden ist, daß der Grundbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung, nicht der der ökonomischen Verhältnisse, sondern des vergesellschafteten Menschen ist, so daß die ökonomischen Verhältnisse nichts anderes sind als die Formen dieser Vergesellschaftung. Von da aus erscheinen dann die Produktionsverhältnisse sofort zugleich als menschliche Verhältnisse und die Klassengruppierung als notwendige Differenzierung der Gesellschaft. Der Kampf entgegenstehender Interessengruppen ist unausweichlich, und deshalb ist der Klassenkampf nicht ein bloß zufällig oder aus Schlechtigkeit der Menschen entspringend, sondern die bisherige Daseinsweise der Gesellschaft. Im Klassenkampf muß sich aber die Gesellschaft stets erweitern und verstärken, weil der Klassengegensatz ja gerade darin besteht, daß die jeweils erreichte Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung einen größeren sozialen Kreis befriedigen könnte, als in Wirklichkeit geschieht. Die vom gesellschaftlichen Reizen der Pro-

duktivkräfte ausgeschlossene, d. h. die unterdrückte und daher aufstrebende Klasse muß also jederzeit gleichzeitig als Vertreterin von Vernunft, Recht und Moral erscheinen, da alles dies nur ebensoviel ideale Ausdrücke für die erkannte Notwendigkeit der Beseitigung tatsächlicher Schranken in der Organisation der Gesellschaft sind. Nun ist in der kapitalistischen Gesellschaft die Klassenspaltung so weit gediehen, daß das Proletariat als unterste Schicht dieser Gesellschaft sich, wie Marx bereits im kommunistischen Manifest schrieb, nicht erheben kann, ohne die ganze Massenschichtung umzuwerfen, und gleichzeitig ist die technische und wirtschaftliche Entwicklung so weit gelangt, daß, wie Engels schon vor einem Menschenalter sagen konnte, die Möglichkeit der auskömmlichen Existenz für alle zwar zum ersten Male da ist, „aber sie ist da“. Daraus folgt ein wunderbarer Mechanismus der im Massenkampfe zutage tretenden sozialen Geschäftigkeit. Das Proletariat muß aus Klasseninteresse die Klassenspaltung überwinden; es ist sein Sonderinteresse, welches dahin geht, daß es aufhöre, Proletariat zu sein, was aber nur in einer nicht mehr Klassenmäßigen, sondern bewußt solidarischen Gesellschaft möglich wird. Diese theoretische Erkenntnis von der geschichtlichen Bestimmung des Proletariats als eines Kausal-faktors zum notwendigen Umgestaltungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft, macht das theoretische Wesen des modernen Sozialismus aus. Und die Verbreitung dieser Erkenntnis im Proletariat macht seine politische Kampfstellung als Sozialdemokratie aus. Nun erscheint Politik als Einheit von Wissenschaft und Praxis, indem sie gar nicht anderes mehr ist, als bewußte Vollziehung erkannter geschichtlicher Notwendigkeit. Man sieht also, daß von diesem Standpunkte aus Politik etwas viel Größeres ist, als im herkömmlichen Sinne, und daß es das Wesen der Sozialdemokratie gar nicht erschöpft, wenn man sie nur als eine politische Partei unter anderen politischen Parteien betrachtet.

Der Vortragende erörtert nun die gewaltige außerpolitische Tätigkeit der Partei in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Arbeiterbildungs- und Unterrichtsbestrebungen und den auf die Volkshygiene gerichteten Bemühungen, in der Vermittlung von künstlerischer und literarischer Bildung. Es ist derart eine allgemeine und vielseitige Kulturinteressiertheit, die schon innerhalb der heutigen Gesellschaft einen großartigen Aufstieg des Volkes zur Kultur bewerkstelligt hat und sogar die wirksamste Schützerin der bürgerlichen Kultur geworden ist.

Wenn man demgegenüber nun sieht, wie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft alle Kulturansforderungen sehr bald an die Schranke privaten Profitstrebens oder staatlicher Ungünstigkeit stoßen, und wie die geistigen Berufe selbst in immer größere ökonomische Abhängigkeit vom Kapital geraten, muß man erkennen, daß nicht nur ideale Forderungen, sondern die geistigen Lebensinteressen der Intellektuellen selbst sie zum Sozialismus führen müssen. Und besonders die Studenten, die durch Berufsinteressen noch nicht gehemmt werden, wählen hier der Stimme des Ideals um so mehr folgen, als sie zugleich die Stimme der Wissenschaft ist.

Wie einem mächtigen, die Hörer sichtlich stark ergreifenden Appell, sich endlich der beschämenden Teilnahmslosigkeit zu entreißen und bewußten Anschluss an die große Kulturbewegung ihres Volkes zu nehmen, schloß Gen. Adler unter stürmischem Beifallsgelächter seine Ausführungen.

Überall folgte dem Vortrag eine angeregte Diskussion, die freilich jedesmal verschiedenen Charakter hatte. In Tübingen versuchte Professor Böhm in einer fast einstündigen Gegenrede, die von den gewöhnlichsten nationalliberalen Schlagworten gegen den Sozialismus wimmelte, den Eindruck der Rede Adlers abzuschwächen. Er erreichte aber das Gegenteil, indem der Vortragende in überaus temperamentvoller Weise und wiederholt vom Beifall der Versammlung unterbrochen, den Herrn Professor abfuhrte. In Heidelberg suchte Professor Alfred Weber in geistvoller und vornehmer Weise einige Differenzpunkte gegen den Vortragenden

hervorzuheben, betonte aber unter demonstrativem Beifall der Versammlung sein prinzipielles Einverständnis mit dem Vortragenden, da es ein Skandal sei, wenn an den deutschen Universitäten noch immer die Beschäftigung mit dem Sozialismus als nicht vereinbar mit der Stellung eines akademischen Bürgers gilt. Hier sprach auch ein Student, der die Parolen zum Studium des Sozialismus herausrief. In Freiburg erschien keiner der Professoren. Dagegen beteiligten sich hier Studenten sehr lebhaft an der Debatte.

Überall werden diese Verfammlungen manch fruchttragendes Saat Korn ausgestreut haben und manche gerade in den sich gebildet nennenden Schichten über die Sozialdemokratie bestehenden Mißverständnisse und Vorurteile gründlich gerührt haben.

**Der Zusammenbruch eines Krankenkassen-Reichsverbandschwindsels.**

Vor einigen Wochen ging eine Schauerbotschaft durch die Reichsverbandspresse, daß die Vorstandsmitglieder und der Rentant der Ersurter Gemeinsamen Ortskrankenkasse einen „nationalen“ Kassenverband, den Assistenten Ruhig, aus dem Dienst entlassen hätten, weil er Mitglied des Reichsverbandes sei. Der Mann wurde nach dem Muster der Dr. Mugdanchen Erzählungen als ein bedauernswertes Opfer des sozialdemokratischen Parteiterrorismus hingestellt. Jetzt hat diese neueste Terrorisimusaffäre einen solchen Abschluß gefunden, daß ihren Urheber angst und bange werden dürfte. Ruhig verlangte nämlich seine Wiedereinstellung. Das Ersurter Schiedsgericht hatte sich mit der Angelegenheit zu befassen. Das Ergebnis der Verhandlung war eine schwere Blamage des Reichsverbändlers Ruhig und der „Terrorismus“phantasten. Die Behauptungen über den angeblichen Terrorisimus des Kassenverbandes brachen schon darum in sich zusammen, weil die dem Vorstände angehörenden Arbeitgeber es ablehnten, der sozialdemokratischen Partei zugezählt zu werden, aber sonst mit der Entlassung Ruhigs völlig einverstanden waren. Zunächst wurde festgestellt, daß Ruhig durch ein jahrelanges unfollesgeles Verhalten gegen die anderen Bureauangestellten sich mit diesen überworfen hat. Durch verlesenerische Denunziationen suchte er den Rentanten Solhammer und andere Angestellte bei der Aufsichtsbehörde und zuletzt sogar bei der Staatsanwaltschaft anzuschwärzen. Im Dezember 1910 schrieb er an den Oberbürgermeister Dr. Schmidt einen Brief, in dem er unter anderem behauptete, er werde von dem Rentanten und andern Angestellten so schikaniert, daß er schon zum Neolover gegriffen habe. Er habe sich schon an den Reichsverband in Berlin gewandt, doch da er von dort rasche Hilfe nicht erwarten könne, so bitte er den Oberbürgermeister um Schutz. Daß die Anschuldigungen auf Schwindeln beruhten, hat Ruhig in einer Vorstandssitzung, in der er wegen des Briefes zur Rede gestellt wurde, selbst zugegeben. Ferner beging Ruhig einen schweren Vertrauensbruch, indem er einen Brief, der an die Geschäftsleitung der Kasse gerichtet war, öffnete und den Inhalt abschrieb, weil er für ihn von Interesse war. Dann hat er weiblichen Kassenmitgliedern durch pflichtwidrige Manipulationen besondere Vorteile verschafft. Den weiblichen Kassenmitgliedern widmete Ruhig überhaupt besondere Aufmerksamkeit. Einer Frau gegenüber erlaubte er sich zotige Redensarten. Eine andere Frau suchte er dadurch seinen Wünschen gefügig zu machen, daß er ihr einen Tag mehr Krankengeld auszahlte, als ihr zustand. Dann stellte er im Geschäftsbüro der Kasse und später auf der Straße unsittliche Anträge, die von der Frau empört zurückgewiesen wurden. Um diesen Fall richtig würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß Ruhig mit seinen unsittlichen Anträgen eine kranke Frau belästigte. Diese Patientin war so entsetzt über die ihr angetane Beleidigung, daß sie sich ferner weigerte, das Kassenlokal zu betreten. Ihr Vater mußte das Krankengeld für sie holen. Diese Feststellungen wurden durch eidliche Zeugenaussagen bestätigt. Bemerkenswert ist noch, daß vor der Zeugenernehmung

Elises Sündenregister wird durch die Neben einer Hausmagd eröffnet. Dann kommt der kranke Sohn, der alles bestätigt. Ihre Tochter hat die ehrenwerte Dame einem künftigen Mitgiftjäger verpuppelt. Das Mädchen, blind verheiratet in den brutalen Kerl, ist eifersüchtig auf die eigene Mutter, die darüber freudige Genugtuung empfindet. Zur gerechten Strafe trumpsft der galante Schwiegersohn, als sich herausstellt, daß kein Vermögen vorhanden, gegen die Alle mit Tierbändigermanieren auf. Der Sohn, der immer zu dem Vater hielt, und die der Mutter arbeitsverwandte Tochter, finden sich in ihrem Schmerz zusammen. Ein hinterlassener Brief des Toten — eine Zusammenfassung aller Gemeinheiten Elises — bekräftigt ihren Mund. Der Schwiegersohn wird aus dem Hause gejagt; die von bösem Gewissen und Gespensfernsucht gehegte Frau muß zitternd das Verdammungsgericht über sich ergehen lassen. Einen Augenblick scheint sich in dem jungen Menschen etwas wie Mitleid mit der Unglückseligen zu regen. Trägt sie die Schuld, die ganze Schuld? Sie konnte wohl nicht anders sein. Elise wirft sich an seine Brust und wiederholt die Worte wie einen Preispruch. Dann aber ist sie wiederum die gleiche, die sie immer war, die freche Lügnerin. Ein Feuerstein stammt aus dem Flur ins Zimmer. In Wohnsinnung stürzt sich die Mutter aus dem Fenster. So mußte es kommen, sagt der Sohn, es war die einzige Möglichkeit. Er selber hat das Feuer angelegt. Es soll die Schuldige und ihre verpuppelte Wirt zugleich vernichten. Die Schwelger billigt das Programm. Sie halten sich umschlingend und reden — reden — reden, bis sie vom Rauch erstickt zu Boden sinken.

Rosa Vertens Elise, diese schreckhafte, immer störelnde Alle mit der harten Stimme, der starken Miene, den großen, in Momenten der Erregung hysterisch funkelnden Augen vor eine meisterliche Leistung. Ueberraschend echt gelang Helene Ritscher die unheimliche, zurückgedämmte Leidenschaftlichkeit der Tochter. Auch die Rollen des Sohnes und Schwiegersohnes halten an den Herren Lass und Abel ausgezeichnete Vertreter. Inbes das Stück ließ völlig fall.

**Notizen.**

Das Auffspielhaus, das infolge der Verurteilung Nidels frei wurde, geht vom 2. Januar an in die Wästen. Vaeders G. m. b. H. über. Da der Ramengeber gleichfalls ein Geschäft in französischen Scharnüberfahrungen (Genre Reibend-theater) unterhält, gibt er die Versicherung ab, daß er im Lustspielhaus bei der deutschen Hausmarke verbleiben will. (Schla und Charybdis.)

Wedekinds Drama „Daha“, eine sehr gelegentliche Satire auf die „Simplicissimus“-Redaktion, machte in einer Privat-aufführung des Münchener Neuen Vereins keinen besonderen Eindruck.

Eine interessante Stiftung für das (technische) Deutsche Museum in München hat der erfolgreiche Flieger Hirth gemacht. Er überwies seinen Einbecker „Lauze“, mit dem er den Flugpreis für die Strecke München-Berlin gewann, dem Museum.

**Kleines feuilleton.**

Neue Gekwulstforschungen. Seit längerer Zeit beschäftigt sich die medizinische Forschung mit dem Problem, für die bösarigen Gekwulste, den Krebs und das Sarkom, andere als operative Heilmethoden zu finden. In den Dienst dieser Forschung ist schon seit langem das Tierexperiment gestellt worden, und es ist gelungen namentlich bei Mäusen, Gekwulstkrankungen hervorzurufen, die von Professor Ehrlich als mit Krebs und Sarkom identisch betrachtet werden. Während eine Reihe von Forschern die Ansicht vertritt, daß auch diese Krankheiten Infektionskrankheiten seien, also durch kleinste Lebewesen erzeugt werden, und daher zu Heilversuchen auf dem Wege der Serumtherapie zu gelangen suchten, schien anderen die Entdeckung chemischer Mittel mehr Aussicht auf Erfolg zu bieten. Am Mittwoch hielt nun Professor Wasser-mann einen Vortrag in der Medizinischen Gesellschaft, in dem er über die Heilung solcher Gekwulstbildungen bei Mäusen berichtete. Diese Gekwulste sind im Körper neugebildete und sich außerordentlich rasch vermehrende Zellen. Es galt nun, ein chemisches Mittel zu finden, das zwar die Gekwulstzellen, aber nicht die normalen Körperzellen angreift und zerstört. Wassermann fand in einer Verbindung des Selen mit dem Farbstoff Eosin ein solches Mittel. Verweis nach der dritten Einspritzung in die Blutbahn begann sich die Gekwulst zu erweichen, nach der vierten trat eine Auffangung ein und durch weitere Einspritzungen wurde eine völlige Heilung der Versuchstiere erzielt. Wassermann verwies selbst ausdrücklich darauf, daß die Wirkung des Mittels bisher nur beim Tierexperiment bewährt haben, beim Menschen manchmal versagen. So wird auch erst die weitere Forschung zeigen, ob in der Tat diese Experimente zu einem Fortschritt in der Heilung der bösarigen Gekwulste bei dem Menschen führen.

Unerwünschte Göttheit. Mit knapper Not sind eine Anzahl Kopenhagener Schauspieler und Schauspielerinnen bei einer kinematographischen Aufnahme einem furchtbaren Tode entgangen. Die Kinematographengesellschaft hatte die Künstler engagiert, um eine möglichst furchtbare Schiffbruchskatastrophe aufzunehmen und zur Erbauung der Nientoppasse wollte man einen Film gewinnen, der natürlich möglichst naturgetreu und möglichst atembeklemmend das Scheitern eines Schiffes und die Rettung der Schiffbrüchigen darstellen sollte. Doch der schöne Plan scheiterte, weil es der Natur gefiel, ihre Macht über menschliches Spiel zu zeigen: aus der Darstellung sollte furchtbare Wirklichkeit werden. Die Gesellschaft hatte in Lemvig einen Dampfer gemietet, man kreuzte bereits einige Stunden lang auf dem Meere, wobei man Aufnahmen vom Leben an Bord machte. Man war noch eifrig damit beschäftigt, allerlei komische kleine Zwischenfälle aus dem Schiffsleben darzustellen und auf den Film zu bannen, als die Elemente die Zeit für gekommen hielten, den Künstlern einen kleinen Vorgegeschmack von der Wirklichkeit eines Schiffbruchs zu geben. Ein Orkan brach aus, dem der kleine Dampfer nicht gewachsen war; zehn Stunden lang trieben

**Theater.**

Leffing-Theater (Aufführung des künstlerischen Theaters): „Der Scheiterhaufen“ von August Strindberg. Strindberg zieht in dem Stücke, einem seiner neueren Werke, mit vieldeutiger noch widerer Grimm als früher wider die Töde entarteter, hochstahormierter Weiber zu Felde. Die Witwe Elise hat, wie man nebenher erfährt, ihren Seligen zu Tode gequält. Inbes das Hauptverfahren richtet sich gegen sie als Mutter, die das Leben ihrer Kinder systematisch vergiftete. Er kann sich im Zusammenhang kleiner und großer Ehrenschlichtbeweise nicht genug tun. Die Empörung des Anklägers läßt es nicht zu einer psychologisch überzeugenden Gestaltung kommen. In flüchtiger, mit mancherlei schrulligen Einfällen versehen, sind die Szenen aufgesetzt worden. Statt einer Handlung ein buntes Durcheinander von Bemühungen, denen der Theaterkou eines haarsträubenden Familienelbsterb folgt.

Der mit unstilllichen Anträgen belästigte Frau eine Kartenlegerin erschien, die sie zu beeinflussen versuchte, zugunsten Ruhigs auszusagen, da sie andernfalls Gefahr laufe, meinelidig zu werden und auch den „armen Mann“ unglücklich mache.

Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Entlassung Ruhigs berechtigt sei, und wies seine Klage ab. Begründend hob der Vorsitzende, Regierungsrat v. Strauß und Tornow, hervor, daß das ganze Verhalten Ruhigs keine Gewähr für ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den andern Kamern biete. Die Brieföffäre und das unstillliche Verhalten liege wohl Jahre zurück, doch der Vorstand konnte nicht früher einschreiten, weil er erst jetzt Kenntnis von den Vorfällen erhielt. Es hieße ja Treu und Glauben auf den Kopf stellen, wenn man einen solchen pflichtvergessenen Menschen noch weiter in einer Krankenkasse tätig sein lasse.

Der Vorfall zeigt von neuem, was Geistes Kinder die Leute sind, die nach Behauptung der Mugdars, Graf v. Westarp, Weder und des Reichsverbandes von Sozialdemokraten „terrorisiert“ werden.

## Stadtverordneten-Versammlung.

(37. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Dezember 1911, nachmittags 5 Uhr.)

Vorsitzer Nischele eröffnet die Sitzung nachmittags 5 1/2 Uhr. Der Saal ist nur schwach besetzt.

In die gemischte Deputation, die auf Grund des feinerzeit angenommenen Antrags Arons (Sog.) über Mittel und Wege beraten soll, den städtischen Grundbesitz in Treptow der Behauptung zu erschließen, ohne daß der Stadtgemeinde der Wertzuwachs entgeht, sind auch die Stadtv. Dr. Arons, Heimann, Leid entsandt worden.

Der Antrag der Sozialdemokraten (Dr. Arons und Genossen) wegen Veräußerung

### amtlicher Wahlkarten

an sämtliche eingeschriebene Reichstagswähler bei den bevorstehenden Berliner Reichstagswahlen ist von dem niedergesetzten Ausschusse abgelehnt worden.

Der Referent, Stadtv. Löfer (A. L.) rekapituliert die Gründe der ablehnenden Mehrheit: unverhältnismäßige Kosten (27 000 M.) gegenüber fragwürdigem Nutzen, zumal die Wahlbeteiligung auch ohne solche amtliche Karten bereits bis zu 85 Proz. der Wahlberechtigten betragen habe.

Stadtv. Kommissen (H. Fr.) ist prinzipiell ein Freund der Ausgabe von Wahlkarten und kann sich dem Ausschusse nicht ohne weiteres anschließen. Gerade in Berlin sei es gut und notwendig, die Reichstagswähler mit einer Legitimation zu versehen. Mißbräuche des Wahlrechts würden beim Vorhandensein von solchen Karten schwerer zu begehen und leichter zu fassen sein. Referent bittet, den Antrag Arons anzunehmen.

Stadtv. Fannsch (Sog.): Ich kann zunächst meiner Freude über diese Zustimmung zu unserem Antrag Ausdruck geben. In der Kommission hat der Magistratskommissar erklärt, daß technische Hindernisse nicht im Wege ständen; dieses Bedenken des Kollegen Kommissen wäre demnach ausgeräumt. Hoffentlich wird der Magistratsreferent seine Erklärung heute wiederholen. Die 27 000 M. können nicht ausschlaggebend sein und sind es auch für den Magistrat nicht gewesen; für Angelegenheiten, die die Allgemeinheit lange nicht so sehr angingen, hat man hier viel größere Summen gefordert und bewilligt. Was Charlottenburg machen kann, sollte doch auch Berlin können. München ist bereits früher vorgegangen, ebenso Königsberg. Daß 30 000—40 000 Karten als unbestellbar zurückkommen können, ist eine Schätzung, die jeder bestimmten Unterlage entbehrt. 85 Proz. Wahlbeteiligung ist keineswegs das Maximum des Erreichbaren; wir haben Kreise, auch solche mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, wo die Beteiligung über 90, ja 96 Proz. betragen hat.

Stadtv. Düring: Zu meinem Bedauern kann ich die im Ausschusse abgegebene Erklärung nicht in vollem Umfange wiederholen. Seit der Ausschussung ist immerhin ein Zeitraum von etwa zehn Tagen vergangen; die für die Sache noch in Betracht kommende Zeit wird durch ungewöhnlich viel Feiertage unterbrochen. Die bestimmte Forderung, daß der Vorschlag ausführbar sein wird, kann ich heute nicht abgeben; der Magistrat wird aber die Frage prüfen, wenn die Versammlung zu einem positiven Votum kommt. Ich möchte daran erinnern, daß diesmal in dieselbe Zeit neben den vielen Feiertagen auch noch der Umzugstermin fällt.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Wir haben unsererseits beschlossen, den Antrag Arons abzulehnen und dem Ausschusse zuzustimmen.

Stadtv. Gassel (A. L.): Nach dem eben Gesagten erscheint ein Vorgehen im Sinne des Antrages Arons bedenklich. Der Magistrat hat seine Vorbereitungen getroffen; Feiertage und Umzug schieden sich störend dazwischen. Die Verhältnisse in der Großstadt lassen sich mit denen aus dem Lande nicht vergleichen. Geschähe die Befragung nicht zuverlässig, so könnte geradezu ein Nachteil aus der Maßnahme entstehen.

Stadtv. Kommissen: Wir stimmen für den Antrag, in der Annahme, daß er technisch ausführbar ist; ergibt sich für den Magistrat die technische Unausführbarkeit, so wird niemand ihm daraus einen Vorwurf machen. Bei jeder Wahl, auch wenn die Zeit kürzer ist als jetzt, wird bei den Gemeindegewählten genügend Zeit sein, um die Karten auszufertigen, zu kollationieren und zu versenden.

Stadtv. Rosenow: Die Feiertage mögen ja einige Unbequemlichkeiten machen; der Umzugstermin kommt weniger in Betracht, denn im Januar wird nicht viel gezogen. Gerade für die Zukunft sollte der Magistrat unter allen Umständen von vornherein Vorsorge treffen.

Stadtv. Fannsch: Die Bedenken wegen des Umzugs am 1. Januar halte auch ich für hinfällig, denn der Umzug an diesem Termin kann sich nicht entfernt mit demjenigen am 1. April oder 1. Oktober an Umfang messen. Die verbleibende Zeit ist auch diesmal trotz der Feiertage durchaus hinreichend. Unser Antrag wird sehr rechtzeitig wiederkommen, selbst wenn er diesmal abgelehnt werden sollte.

Stadtv. Gassel: Es ist nicht zu übersehen, ob nicht wirklich die größte Verwirrung entsteht, wenn die Sache jetzt noch in Angriff genommen wird. Wir haben es mit 900—1000 verschiedenen Wahllokalen und mit 500 000 Karten zu tun.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag des Ausschusses wird abgelehnt und der Antrag Arons mit geringer Mehrheit für angenommen erklärt.

Die Petition des Vereins der Magistrats-Hilfsdiener, Altienswagenbegleiter, Pfortner und Fahrstuhlführer wegen

### Aufbesserung ihrer Diäten,

Einführung einer Stala und Erhöhung ihrer Endbezüge von 1620 auf 1800 M. wird nach dem Antrage des Petitionsausschusses dem Magistrat für die nächste allgemeine Schallsregelung zur Erwägung übermiesen.

Von zwei bürgerlichen Fraktionen, der Alten Linken und der Freien Fraktion, ist folgender Antrag Adre-Gassel-Kommissen am 20. November eingebracht worden:

„Den Magistrat um Beratung in gemischter Deputation darüber zu ersuchen, welche Organisation und Stellung der Bauleitung der Nord-Süd-Bahn gegeben werden muß, um die im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerschaft dringend gebotene schnellste und sicherste Ausführung des hochbedeutenden, technisch ungemein schwierigen Unternehmens nach Möglichkeit zu sichern und dabei die fortlaufenden und einmaligen Bezüge der mit seiner Durchführung Vertrauten mitzubedenken.“

Stadtv. Adre (H. Fr.): Der Antrag soll ein Votum der Versammlung über die Bedeutung des Unternehmens und die enormen Schwierigkeiten seiner Durchführung ergreifen. Bestimmte

Direktiven für die Organisation geben wir nicht, das soll eben auch der gemeinsamen Beratung mit dem Magistrat vorbehalten bleiben. Mit dem empfohlenen Vorgehen folgen wir nur dem Beispiele, das bei ähnlichen großen städtischen Unternehmen, Kanalisation usw., gegeben worden ist. Den Mitarbeitern des Magistrats muß unbedingt größte Bewegungsfreiheit gegeben und garantiert werden. Stadtv. Gassel billigt das Ziel des Antrags durchaus und bittet um seine Annahme.

Der Oberbürgermeister spricht über die Tendenz des Antrages seine große Befriedigung aus, bittet aber um seine Ablehnung. Das Projekt sei jetzt im großen und ganzen genehmigt; der vorgeschlagene Weg scheint gerade ein schneller und tatkräftiger Vorgehen der Verwaltung auszufestehen. Der Magistrat habe die Bauleitung einem besonders geeigneten Baubeamten zu übertragen die Absicht. Deshalb sei nicht die Ausführung in eigener Regie im Auge gefaßt, die Bauausführung solle vielmehr in mehreren Losen vergeben und von der Verwaltung nur die erforderliche Kontrolle geübt werden. (Zustimmung und Widerspruch.) Eine gemischte Deputation wie die hier vorgeschlagene würde mehr hindern als fördern, auch nicht den Vorschlägen der Stadtordnung entsprechen. Der Magistrat müsse die Verantwortung doch tragen und werde sie tragen.

Stadtv. Rosenow spricht sich aus ähnlichen Erwägungen gegen den Antrag aus.

Stadtv. Adre: Unser Antrag ist u. a. der Wahrnehmung entsprungen, daß die Vorarbeit für das Projekt so unendlich viel Zeit erfordert hat. Trotz der Gegnerschaft des Oberbürgermeisters bitte ich doch, unseren Antrag anzunehmen.

Oberbürgermeister Adre: Die Verzögerung ist durch Umstände eingetreten, auf die unsere Bauverwaltung gar keinen Einfluß gehabt hat. Da kam die Trasse durch die Charlottenstraße, da kamen die Entschädigungsansprüche der „Großen“ in Betracht; alle diese Hindernisse sind jetzt beseitigt. Der Antrag hat die gute Wirkung, den Bau zu fördern; er hat aber die entgegengesetzte Wirkung.

Stadtv. Gassel: Nicht einer der Antragsteller verbindet mit dem Antrag die Absicht, den Bau auch nur einen Augenblick zu verzögern. Der Oberbürgermeister sieht offenbar in dem Antrage eine Art Richtauensdotum; solches liegt uns absolut fern.

Der Oberbürgermeister: Tatsächlich werden wir durch den Antrag in unserem Vorgehen behindert. Seit Wochen haben wir Sie um die Bewilligung der Mittel gebeten, um den Erwürdigen an die Spitze der Bauleitung zu stellen; Sie haben die Bewilligung noch immer nicht ausgesprochen, sondern die Sache vertagt.

Stadtv. Heimann (Sog.): Wir halten am Dienstag in der Fraktion beschlossen, dem Antrage unsere Zustimmung zu geben, aber nur unter der Voraussetzung, daß die volle Oberleitung des Unternehmens bei dem Stadtv. Arons verbleibe und ebenso die volle Verantwortung für dasselbe. Nach den Ausführungen, die wir jetzt wiederholt von dem Oberbürgermeister gehört haben, sind wir zu der Auffassung gekommen, daß wir besser tun, gegen den Antrag zu stimmen. (Beifall.) Nachdem wir genauer orientiert sind, müssen wir glauben, daß der Antrag Adre entweder viel zu spät oder zu früh kommt. Unsere Bauverwaltung ist an den fortwährenden Verzögerungen des Unternehmens absolut ohne Schuld; wir können im Gegenteil dem Bau nur unsere Bewunderung aussprechen, daß er allen diesen Kontroversen gegenüber immer mit neuen Projekten und Gegenentwürfen gekommen ist, mit einer Schnelligkeit und Schlagfertigkeit, die wir gar nicht hoch genug anschlagen können. (Beifall.)

Stadtv. Kommissen: Wir zweifeln eben daran, ob unsere Bauverwaltung neben ihren umfassenden laufenden Aufgaben noch ein so außerordentliches Unternehmen selbständig in die Hand nehmen kann.

Der Antrag Adre bleibt in der Minderheit. (Heiterkeit und andauernde Anruhe.)

Dem Ersuchen der Versammlung um eine baldige Vorlage wegen Errichtung von

### Licht- und Luftbädern

auf freiliegendem städtischen Gelände will der Magistrat nicht entsprechen, weil bei unachgemäßer Anwendung Gefahren für Leben und Gesundheit der Betreffenden entstehen können, und weil die hohen Kosten die Benutzung nur den bemittelten Kreisen erlauben würden. Anträge von Vereinen auf Ueberlassung geeigneten Geländes sollen von Fall zu Fall wohlwollend geprüft werden.

Stadtv. Barth (A. L.) bedauert diese ihm unverständliche Stellungnahme des Magistrats.

Stadtv. Dr. West (Sog.): Auch wir nehmen von dem Magistratsbeschlusse mit lebhaftem Bedauern Kenntnis. Der bezügliche Beschluß ist seinerzeit von der Deputation und von der Versammlung einstimmig gefaßt worden. Ganz entschieden müssen wir uns gegen die geäußerte schiefhe und unglückselige Argumentierung des Magistratsbundespunktes wenden. Wenn wir ihr beistimmen, würden wir uns geradezu lächerlich machen. Ihr Verfasser hat von der Sache nicht die Spur einer Ahnung. Die Luftbäder sind ein Vorbeugungsmittel, welches die Widerstandsfähigkeit des gesunden Menschen stärkt. Es handelt sich um ein Abhärtungsmittel. Es handelt sich nicht um Heilmittel für Kranke, sondern um eine Art hygienischen Sports. Da ist es unerhörte, wenn der Magistrat ärztliche Aufsicht oder ärztliche Verordnung für notwendig erklärt. Die vorgeschlagenen Luftbäder sind in mehr als 60 Städten eine längst vorhandene Einrichtung,

### zum Teil in städtischer Regie,

zum Teil in privaten Händen; nirgends hat man einen Arzt als Aufsicht für notwendig erklärt. Es ist ein unbestreitbares Verdienst des früheren Polizeipräsidenten v. Stubenrauch, das Freibad am Wannsee, aller Mordallegerei zum Trotz geschaffen zu haben. Auch hier nimmt man Bäder und legt sich nachher in die Sonne, ohne daß dabei ein Arzt zur Beaufsichtigung von der Polizei oder von irgend einer Instanz gefordert worden wäre.

Der Magistrat beruft sich auf medizinische Sachverständige. Es sind auch zwei angefragt worden, aber entweder verziehen die Herren nichts von der Sache, oder die Fragestellung war eine solche, indem man sie nach ihrer Stellung zu „Sonnenbädern“ fragte. Der Hydrotherapeut Geheimrat Weieger ist zudem auf dem Gebiete der Lufttherapie nicht zuständig. Warum hat sich der Magistrat nicht an solche Persönlichkeiten gewandt, die auf diesem Gebiete etwas geleistet haben, so Professor Jungh?

Was die angeführten hohen Kosten anbelangt, so hat München schon seit vielen Jahren ein solches Luftbad, wo der Eintrittspreis nur 10 Pf. beträgt und doch Unterhaltung, Verzinsung und Tilgung bedarf; solche Bäder sind also ohne nennenswerte Kosten zu unterhalten. Wenn der Magistrat auf der ärztlichen Kontrolle besteht, wird er doch auch nur solchen privaten Vereinen, die ärztliche Kontrolle ausüben, städtisches Gelände zur Verfügung stellen. Wir beantragen, schon aus Rücksichten der Selbstachtung, unsern früheren Beschluß dem Magistrat zur nochmaligen Prüfung hinfürzugeben.

Stadtv. West: Luftbäder sind nie den Sonnenbädern zu trennen. (Widerspruch und Zurufe.) Es sprechen hier nicht bloß hygienische, sondern auch Sittlichkeitsgründe mit. Wir bitten Sie, von der Magistratsentscheidung Kenntnis zu nehmen.

Stadtv. Solmitz (H. Fr.): Meine Freunde sind für die Kenntnisnahme, ohne sich aber der Begründung des Magistrats anschließen zu können. Luftbäder habe ich jahrelang genommen, und sie sind mir sehr gut bekommen.

Stadtv. Sonnenkätz Ostberg (A. L.) hält die Luftbäder für kein Allheilmittel und die Kosten dafür für viel zu hoch.

Stadtv. Prof. Lazarus (H. Fr.) sehr ausführlich auseinander, daß Luftbäder bei weitem stärker wirken als Sonnenbäder; welches seien aber keine „heroischen“ Mittel. A priori mag man keinem Menschen ohne ärztliche Anordnung ein Luftbad gestatten. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Dr. Ritter (H. Fr.) konstatiert, daß die Fraktion bis auf 1—2 Mitglieder den Standpunkt des Magistrats teilt.

Stadtv. Dr. West: Die Einwände der Herren Rosenow, Herz,

Barth und Lazarus kann schon ein Satz gerückweisen. Ein Satz, das wird in der Regel in einem sonnenlosen Raum genommen. Die Zusammenstellung „Luft- und Lichtbad“ kann zu Irrtümern führen; richtiger spräche man nur von „Luftbad“. Wenn die Herren jetzt nichts von Luftbädern wissen wollen, so ist das sehr zu ihrem Bedenken.

Der Antrag West wird abgelehnt; die Versammlung nimmt von der Magistratsentscheidung Kenntnis.

### Die Vorlage wegen Errichtung von

### Bauten und von zwei Feldbahnanlagen

auf den städtischen Gütern im Etatsjahr 1912 wird nach kurzer Debatte angenommen.

### Die vorgelegten speziellen Entwürfe zum

### Neubau von Gemeindehospitalschulen

in der Pechliner Straße und in der Zellestr. 12/13 werden genehmigt.

Der Magistrat beschließt, am 1. April 1912 in Berlin das Institut der

### General- (Sammel-) vormundschaft

für die unehelichen Kinder einzuführen, und zwar soll das Recht, für diese einen Vormund vorzuschlagen, auf die Waisendeputation übertragen werden. Die Generalvormundschaft soll in der Regel bis zum vollendeten sechsten Lebensjahre durchgeführt werden. Gleichzeitig wird die Einstellung eines Betrages von 100 000 M. zur Deckung der entstehenden Kosten in den Etat für 1912 beantragt.

Stadtv. Solmitz charakterisiert die Vorlage als eine solche, die einem längst aufgetretenen Bedürfnis entgegenkomme. In Berlin würden jährlich durchschnittlich 9000 uneheliche Kinder geboren. Bei der Revision des Strafgesetzbuches sollte darauf Bedacht genommen werden, die Gewissenlosigkeit des unehelichen Vaters auch kriminell zu fassen. Die Vorlage sollte glatt angenommen werden. (Beifall.)

Stadtv. Ledewig (A. L.) begrüßt ebenfalls die Absicht der Magistratsvorlage. (Die weiteren Ausführungen des Redners werden mehrfach von Heiterkeit der Versammlung, in der sich wachsende Anruhe bemerkbar macht, unterbrochen.)

Stadtv. Bruns (Sog.): Angesichts der Stimmung, in welcher sich die Versammlung befindet, hat es ohnehin keinen Zweck, längere Ausführungen zu machen. Auch wir nehmen die Vorlage ohne Ausschusssberatung an, da ihre Begründung sehr zweckentsprechend und klar ist. Bedenken hatten wir zuerst dargelegt, ob, was hier vorgeschlagen wird, dem Bedürfnis auch entspricht; wir haben aber dieses Bedenken zurückgestellt, weil wir abwarten wollten, wie die Einrichtung sich einleben wird. Das Bedenken müssen wir aussprechen, daß wir auch auf diesem Gebiete erst andere Kommissen nachhaken; freilich sind daran diesmal die besondern Verhältnisse Berlins schuld.

Stadtv. Rosenow empfiehlt den Verband für weibliche Vormundschaft der Beachtung des Magistrats. Er begrüßt die Vorlage mit großer Freude, denn nun werde der unwürdige Zustand, daß Vormünder manchmal jahrelang ihre Mündel nicht gesehen hätten, ein Ende nehmen.

Stadtv. Düring: Die vom Stadtv. Solmitz aufgeworfene Frage, ob die in der Vorlage den Vormündern als Pflicht aufgetragene Katechese auch ehelichen Kindern zugute kommen soll, kann ich, obwohl sie Gegenstand besonderer Erörterung in der Waisendeputation nicht gewesen ist, bejahen. Als Deputierter danke ich der Versammlung für die großzügige und weitberühmte Auffassung, die sie befaßt hat. Hoffentlich wird das große Werk auch in unserer Stadt all den Segen entfalten, den es anderswo entfaltet hat. (Beifall.)

Nachdem noch Stadtv. Jacobi die Zustimmung der Alten Linken zur Annahme der Vorlage ohne Ausschusssberatung erklärt hat, wird demgemäß unter lebhaftem Beifall der Versammlung beschlossen.

Der neuen Fluchtlinienfestsetzung für die Ostseite der Joachimsthaler Straße nördlich der Hardenbergstraße und der Reichsbahnanlage derselbst wird zugestimmt und darauf gegen 9 Uhr die letzte Sitzung der Versammlung in diesem Jahre geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

### Salzgewinnung und Salzbesteuerung.

Im deutschen Salzgebiete wurden im Rechnungsjahr 1910 an Steinsalz 1 200 827 Tonnen (1909: 1 295 178 Tonnen) und an Siedesalz 675 163 Tonnen (1909: 628 363 Tonnen) gewonnen.

Die Einfuhr ausländischen Salzes in das Steuergebiet betrug 10 368 Tonnen (1909: 8573 Tonnen); sie besteht wie früher meist in englischem Salze: 6408 Tonnen (1909: 5513 Tonnen), doch kommen größere Mengen auch aus den Niederlanden: 1779 Tonnen (1909: 1657 Tonnen) und aus Portugal: 1084 Tonnen (1909: 2308 Tonnen).

Das ausgeführte Salz ist zum größten Teil Steinsalz: 841 067 Tonnen (1909: 820 658 Tonnen), wovon nach Belgien 60 469 Tonnen, nach den Niederlanden 42 315 Tonnen, nach Oesterreich-Ungarn 91 117 Tonnen, nach Rußland 29 094 Tonnen, nach Schweden 90 241 Tonnen und nach Britisch-Indien 64 455 Tonnen abgeführt worden sind. Von dem ausgeführten Siedesalze: 68 769 Tonnen (1909: 61 008 Tonnen) sind 12 890 Tonnen nach Dänemark und 18 882 Tonnen nach Schweden ausgeführt worden. Die Ausfuhr von Salz ist nach der Handelsstatistik geringer, weil die überwachungsrechtlichen Abraumfalle mit über 60 v. H. Kochsalzgehalt in dieser mit den anderen Abraumfalten (unter der statistischen Nr. 290b) zur Rückweisung gelangen.

In Speisesalz gelangten 620 503 Tonnen (1909: 500 220 Tonnen) oder 8,0 (1909: 7,8) Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung zum Verbrauch. Zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken wurden 1 098 807 Tonnen gegen 1 064 532 Tonnen im Jahre 1909 steuerfrei verabfolgt. Hierunter haben Soda-, Glaubersalz- und Chloralkaliumfabriken 505 611 Tonnen, chemische und Farbenfabriken 216 803 Tonnen, Häutehäндler usw. 54 222 Tonnen und Metallwarenfabriken 34 686 Tonnen bezogen. Das zu landwirtschaftlichen Zwecken steuerfrei abgelassene Salz betrug 213 094 Tonnen.

Die Einnahmen an Salzsteuern und Salzsteuer betrafen im Rechnungsjahr 1910 auf 61 530 093 M. gegen 50 213 498 M. im Vorjahre.

### Teure Hülsenfrüchte.

Seit Mai 1911 sind die Preise für die wichtigsten Hülsenfrüchte ständig gestiegen. In den Herbstmonaten erfolgte diese Verteuerung in einem ganz besonders scharfen Tempo. Angesichts der großen Knappheit an frischem Gemüße verdient diese Erscheinung besondere Beachtung. Für 50 preussische Marktlorte stellte sich der Durchschnittspreis der wichtigsten Hülsenfrüchte für 1000 Kilogramm in Mark berechnet in den Monaten Juni bis November 1911 wie folgt:

	1911	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktr.	Novbr.
Erbsen, gelbe	282,1	283,0	283,4	336,0	344,7	351,3	
Speisebohnen, weiße	318,2	322,4	329,5	376,5	383,2	388,2	
Linsen	278,2	281,5	284,4	426,2	445,6	460,3	

Die stärkste Steigerung hat demnach der Monat September gebracht. Von Juni auf August sind die Preise um 69,1 M. für Erbsen, 80,0 M. für Speisebohnen und um 101,1 M. für Linsen gestiegen. Im November 1910 kosteten durchschnittlich 1000 Kilogramm gelbe Erbsen 285,0 M., weiße Speisebohnen 324,5 M. und Linsen 293,9 M. Die Kleinhandelspreise weisen entsprechende Steigerungen auf. An den genannten Marktlorten kostete nämlich 1 Kilogramm Erbsen, Bohnen und Linsen in den Monaten Oktober und November 1911, verglichen mit dem Vorjahre, durchschnittlich in Pfennigen:

	1910	1911
Erbsen, gelbe . . .	87,4	87,3
Speisebohnen, weiße	40,9	40,3
Linien . . . . .	43,1	42,7

Während im Vorjahre die Preise von Oktober auf November noch etwas zurückgingen, ergibt sich heute eine Steigerung um 0,2 bis 2,1 Pf. pro Kilogramm. Die Spannung gegen das Vorjahr betrug Ende November 1911 für Erbsen 6,6, für Bohnen 7,8 und für Linien 15,5 Pf.

## Gerichts-Zeitung.

### Ueberwachte Ueberwachung einer Gewerkschaft.

Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Halle a. S. des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte zum 3. und 5. Oktober 1910 außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen. Die Polizeiverwaltung sandte Beamte zur Ueberwachung der Versammlungen. Der Vorsitzende Gröbel erhob deswegen Beschwerde und machte geltend, die Versammlungen hätten nicht dem Ueberwachungsrecht der Polizei unterliegen, weil es Vereinsversammlungen gewesen seien. Aber auch öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen unterliegen nur der Ueberwachung, wenn sie zur Erörterung politischer Angelegenheiten dienen, was hier nicht der Fall gewesen sei.

Der Regierungspräsident und der Oberpräsident verwarfen aber die Beschwerde. Der Oberpräsident ging davon aus, daß die Zahlstelle nicht als geschlossener Verein angesehen werden könne. Schon die große Mitgliederzahl von 4000 und die Ausdehnung über Halle und die Vororte widerspreche dem. Unter diesen Umständen fehlten die wechselseitigen Beziehungen, die eine der Voraussetzungen einer geschlossenen Gesellschaft seien. Somit habe gemäß § 13 des Vereinsgesetzes, der sich auf die §§ 5, 6, 7, 8, 9 und 12 beziehe, die Polizei Abgesandte schicken dürfen, da Gröbel selber sage, daß es sich um eine Versammlung handele, wie sie § 6 Abs. 3 erwähne, nämlich um eine Versammlung zur Erörterung von Verhandlungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch solche öffentlichen Versammlungen unterliegen dem Ueberwachungsrecht. (Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Nistau.) Aber auch die Befürchtung der Polizei, die Erörterungen könnten auf politische Gebiet hinübergehen, würde die Ueberwachung rechtfertigen.

Gegen diesen Bescheid klagte der Beschwerdeführer, Bevollmächtigter Gröbel, vertreten durch Rechtsanwalt Wolfgang Reine. Unter anderem wurde zu der Hauptfrage, ob Mitgliederversammlungen der Gewerkschaftszahlstelle als öffentliche angesehen werden könnten, geltend gemacht: Das Oberverwaltungsgericht habe den 4000 bis 6000 Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Wahlverein Kaddeburg für einen geschlossenen Personenkreis erachtet und seine Mitgliederversammlungen als geschlossen angesehen. Bei der Zahlstelle hier sei nun eine noch größere Geschlossenheit vorhanden. Insofern nämlich, als die Beiträge viel höher seien, und auch die Rechte der Mitglieder höhere, da allerlei Unterstützungseinrichtungen damit verbunden wären. Der geschlossene Charakter trete also noch stärker hervor. Beide Versammlungen seien als nicht-öffentliche anzusehen, denn die in der ersten Verhandlung vom Gericht beschlossene und jetzt erfolgte Beweisaufnahme habe ergeben, daß durch eine Kontrolle Nichtmitglieder vom Besuch dieser Versammlung am 3. und 5. Oktober 1910 ausgeschlossen worden seien. Im übrigen handele es sich um Versammlungen, die der Erörterung der Schritte dienen, welche gegen eine angeordnete Aussperrung zu ergreifen seien, also um eine Versammlung im Sinne des § 8 Abs. 3 des Vereinsgesetzes. Wenn nach dem erwähnten Urteil in Sachen Nistau auch solche Versammlungen, falls sie öffentlich seien, dem Ueberwachungsrecht unterworfen sollten, so sei das Urteil unrichtig. Das Gesetz habe solche Versammlungen nicht der Ueberwachung unterwerfen wollen. Der Anwalt legte das näher dar.

Das Oberverwaltungsgericht hob am 19. Dezember den Bescheid des Oberpräsidenten auf und setzte die Verfügung der Polizeiverwaltung, durch welche die Ueberwachung angeordnet worden war, außer Kraft. Es erachtete die Verwaltungsstelle Halle des Metallarbeiterverbandes, obwohl sie mehr als 4000 Mitglieder hat und sich außer über Halle auf 40 um Halle liegende Vororte erstreckt, für einen geschlossenen Verein, dessen auf die Mitglieder beschränkte Versammlung keine öffentlichen seien. Bei beiden Versammlungen sei auch kontrolliert worden, um Nichtmitgliedern den Zutritt zu wehren. Die Ueberwachungsanordnung sei deshalb ungerichtet. Im übrigen sei aber zu bemerken, daß der Senat dabei bleibe, daß Versammlungen gemäß § 6 Abs. 3, wenn sie öffentlich seien, dem Ueberwachungsrecht unterliegen.

### Sum Begriff der Erörterung politischer Angelegenheiten.

Der Deutsche Metallarbeiterverband (Zahlstelle Finsterwalde) hielt am 1. Oktober 1910 in Raundorf eine Versammlung ab, in welcher Pawlowski einen Vortrag hielt über „Leben und Leiden im Strafgefängnis und Zuchthaus“, der aus zwei Teilen bestehen sollte. Erörtert wurde der erste Teil: „Die Auswüchse im Strafrecht“. — Der Gesellschafter Karl Just als Veranstalter wurde wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt, weil er eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstaltet habe, ohne sie bei der Polizei anzumelden oder in einem der von der Behörde bestimmten Blätter anzuzeigen. Nachdem das Kammergericht sich bereits einmal mit der Sache beschäftigt hatte, verurteilte das Landgericht Cottbus den Angeklagten zum zweiten Male zu einer Geldstrafe. Es nahm als unstrittig an, daß die Versammlung eine öffentliche gewesen sei. Sie sei aber auch, wurde dann weiter ausgeführt, als solche zur Erörterung politischer Angelegenheiten anzusehen. Der Vortrag habe auf die Mängel im Strafrecht hingewiesen und ferner darauf hingedeutet, daß infolge dieser Mängel das Strafrecht abgeändert werden müsse. Nun sei gerichtsnotorisch, daß der Metallarbeiterverband sozialdemokratischen Tendenzen huldige. Die Sozialdemokratie bezwecke nun eine Umwälzung der Gesetzgebung und der Verfassung. Sie versuche auch durch öffentliche Kundgebungen direkt auf die staatlichen Funktionen einzuwirken. Ihren Zwecken diene auch öffentliche Versammlungen der Vereine. Wenn also ein solcher Verein in einer öffentlichen Versammlung Erörterungen über Mängel im Strafrecht und über die Notwendigkeit ihrer Abänderung anstelle, so beabsichtige er dadurch direkt die staatlichen Funktionen, die Gesetzgebung, zu beeinflussen und auf diesem Wege eine Veränderung des Strafrechts durchzusetzen. Ein Vortrag aber, der einen solchen Zweck verfolge, sei als politisch im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen. — Wenn der Angeklagte den Redner in der unstrittig öffentlichen Versammlung diesen Vortrag halten ließ, dann habe er eben eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstaltet.

Auch gegen dieses Urteil wurde Revision beim Kammergericht eingelegt. Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertrat vor dem Kammergericht den Angeklagten und machte geltend, daß u. a. der Begriff der politischen Angelegenheit verkannt sei. Dazu habe das Kammergericht in dem Probenurteil gesagt: Daß Mängel der Gesetzgebung mit dem Ziele einer Gesetzesänderung erörtert würden, genüge noch lange nicht, um die Versammlung zu einer politischen zu machen. Dieses Ziel erstrebten durch das gleiche Mittel der Deutsche Juristentag, die Tagungen der internationalen kriminalistischen Vereinigung und ähnliche Versammlungen, die bloß um dieses Ziel und dieses Mittels wegen noch niemand für politische Veranstaltungen erklärt habe. Daß theoretische Erörterungen praktische Zwecke erstrebten, die nur durch eine Gesetzesänderung verwirklicht werden könnten, mache allein noch nicht die Versammlung, in der die Erörterung stattfände, zu einer politischen. Notwendige Voraussetzung für den Begriff „politische Angelegenheit“ sei vielmehr immer die direkte Absicht, unter Beeinflussung der staatlichen Funktionen vorzugehen und gerade auf diesem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen. — Diesen Grundlinien des Kammergerichtlichen Urteils sei das Landgericht in der jetzt angefochtenen Entscheidung nicht gerecht geworden. Das Landgericht ziehe allerlei Schlüsse, die mit dem Inhalt des Vortrages gar nichts zu tun hätten, während es doch gerade darauf ankomme. Es verkenne auch ganz den Begriff der Gerichtsnotorität. Ganz verfehlt sei es auch, wenn das Landgericht auf einen politischen Vortrag schloße, weil Pawlowski darauf „hingedeutet“ habe, daß das Strafrecht abgeändert werden müsse. Damit werde insbesondere verkehrt der Sach im Urteil des Kammergerichts, daß nicht die letzten Ziele der Erörterung entscheidend. Nach dem, was das Landgericht ausführte, habe der Vortrag nicht mal theoretisch einen einzigen bestimmten gesetzgeberischen Vorschlag gemacht. Von einem politischen Vortrage im Sinne der oben wiedergegebenen Ausführungen des Kammergerichts könne selbst nach dem, was das Landgericht tatsächliches sage, keine Rede sein.

Das Kammergericht gab dann auch dem Antrage des Anwalts statt und hob auch dies letzte Urteil des Landgerichts auf. Die Sache wurde zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht in Guben verwiesen. Zur Begründung wurde ausgeführt: In Bezug auf die Frage der „Erörterung politischer Angelegenheiten“ sei das Landgericht in der Tat nicht weiter gekommen, wie in dem ersten, bereits vom Kammergericht aufgehobenen Urteil. Es sei der Strafkammer nicht gelungen, auf Grund der tatsächlichen Erörterungen die Tatsachstände wirklich nachzuweisen, aus denen gefolgert werden könne, daß wirklich eine Erörterung politischer Angelegenheiten stattgefunden habe. Eine Erörterung des fraglichen Themas könne auch aus wissenschaftlichen Gründen erfolgen. Daß die Erörterungen gerade stattgefunden hätten zu dem Zwecke und in der direkten Absicht, unter Beeinflussung der staatlichen Funktionen gerade auf diesem Wege das gesteckte Ziel zu erreichen, habe die Strafkammer nicht dargelegt. Es empfehle sich, die Sache an ein anderes Gericht zurück zu verweisen, und zwar an das Landgericht in Guben.

### „Der Weg nach Zion“.

In dem literarischen Prozeß gegen den Verlagsbuchhändler Axel Jander wurde gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III das Urteil verlesen. Landgerichtsdirektor Desse

fährte unter anderem aus: Der Gerichtshof hatte zu prüfen, ob das Ringerische Buch „Der Weg nach Zion“ so wie es vorliegt, aus sich heraus geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen. Das Gericht ist an sich nicht der Ansicht, daß die Frage, ob das Buch künstlerischen Wert hat, nicht in Betracht komme. Es handelt sich bei dem Buch nicht um ein pornographisches Produkt; durch die Anhäufung der Schilderungen der sexuellen Vorgänge werde die Lüsternheit des Lesers nicht aufgestachelt, die betreffenden Stellen des Buches seien dazu auch nicht geeignet. Dagegen sei das Moment der Ekelregung und damit auch eine Verletzung des Schamgefühls nach Ansicht des Gerichts durch zahlreiche Stellen in dem Buche gegeben. Es ist nicht zu verkennen, daß auch die Erregung von Furcht, Schrecken und Ekel ein künstlerisches Mittel sein und als solches verwendet werden kann; die dramatische Kunst kann dieses Mittel manchmal nicht entbehren. Aber das Gericht ist nach eingehender Prüfung zu der Ansicht gekommen, daß der Angeklagte über die Grenzen des Zulässigen hinausgegangen ist. Die Schilderung der zum Teil schauerhaften Ergebnisse überschreitet das Maß des Erlaubten. Das Gefühl des Efels wird auch durch die unerbittliche Tendenz des Verfassers, die verrotteten Verhältnisse in möglichst flossen Farben zu skizzieren, um abschreckend zu wirken, nicht ausgeschaltet. Es ist zu berücksichtigen, daß nicht bloß ein beliebig konstruierter Normalmensch in Betracht kommt, es sich vielmehr um einen Roman handelt, der sich an einen größeren Leserkreis richtet, insbesondere auch an die Frauen wendet. Der Verfasser hat das Buch „seiner Schwester Uebe“ gewidmet. Die Fülle der erwähnten Ergebnisse und die Form, in der sie geschildert werden, sind derartig, daß das Gefühl des Efels selbst bei demjenigen nicht ausgemerzt wird, der die Tendenz des Verfassers nicht bekennt. Was die Strafbarkeit des Angeklagten als Verleger des Buches betrifft, so mußte dieser aus Mangel der subjektiven Ueberführung freigesprochen werden. Dagegen hat das Gericht auf Einziehung aller vorfindlichen Exemplare des Buches, sowie Unbrauchbarmachung der Klauen erkannt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

Interessante Kriminalprozesse von kulturhistorischer Bedeutung. 5. Band. Verfasser: Hugo Friedländer, Gerichtsbekanntmacher. Verlag von Hermann Voßhoff in Berlin. In diesem fünften Band behandelt der Verfasser zuerst das Kapitel der Heiratsschwinder. Die zwei gefährlichsten Heiratsschwinder, die dem Verfasser in der langen Zeit seiner Tätigkeit als Gerichtsberichterstatter vorgekommen sind, waren der junge, schneidige Engländer Henri Tourville, der seine etwa um 25 Jahre ältere Gattin, die den mittellosen Tourville zum Universalerben ihres unerwünschten Vermögens eingesetzt hatte, auf der Hochzeitsreise von der ärmlichen Spitze des Stilles Jochs in die Tiefe geführt hatte, und der praktische Arzt Dr. Stammstein-Windgen, der augenscheinlich seine sehr vermögende Frau nur heiratete, um sie auf der Hochzeitsreise, zwecks Erlangung des großen Vermögens aus der Welt zu schaffen.

Im zweiten Kapitel werden dem Leser in den sogenannten Kuznetzprozessen die Spiellebensgeschichten vorgeführt, denen in einer deutschen Residenzstadt in den „ersten“ Gesellschaftskreisen in einer Weise gekrönt wurde, daß einige Herren Spielschulden halber sich das Leben nahmen, andere nach Amerika auswanderten. In dritter Reihe behandelt der Verfasser eine Anzahl Kautzgeräucher. Im Mittelpunkt stehen die Prozesse wider die Stifsoberin von Heusler vor dem Schwurgericht in München. Bekanntlich wurde die Stifsoberin im März 1903 wegen Verbringung von Gift zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und, nachdem sie die Hälfte der Strafe verbüßt, im Wiederholungsfahren freigesprochen. In der vierten Episode wird das Duell geschildert, bei dem Landrat von Bennigsen (Sohn des Oberpräsidenten und langjähriges Führer der nationalliberalen Partei Rudolf von Bennigsen) erschossen wurde. Alsdann wird der Totschlag eines 60 Jahre alten Schriftsetzers im Dorfe Stegers bei Konitz, nebst dem deshalb vor dem Schwurgericht zu Konitz im Januar 1904 geführten Prozeß behandelt. Dieses Vorkommnis liefert den Beweis, welcheurchbaren Verbrechen der Glaubensfanatismus noch im 20. Jahrhundert in Deutschland zulage fördern kann. Das letzte Kapitel behandelt den bekannten Vorgang der fasschen Hofdame und ihres Verleibungsstriches, bezw. die deshalb in Potsdam stattgefundenen Prozesse. Der Verfasser führt eine Reihe interessanter Geschlechtsmetamorphosen an, die er in seiner beruflichen Tätigkeit erlebt hat.

### Erpresser.

Die Strafkammer in Frankfurt (Hfz) beurteilte den Verlangestellten Friedrich Wilhelm Behland wegen Erpressung begangen am Bankdirektor Ferdinand Heintz, zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Heintz, mit dem Behland in unerlaubten Beziehungen gestanden haben soll, hatte sich wegen Erpressungen, die Behland an ihm verübt hatte, vergiftet.

### Eingegangene Druckschriften.

Neublat für Holzarbeiter. Illustrierte Monatshefte für praktische Fortbildung. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. Redigiert von Franz Altherr. 6. Jahrgang 1911. Preis 4 M., geb. 5,50 M. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O 2.

# H. Esders & Dyckhoff

Gertraudenstraße 8-9 an der Petri-Kirche.

## Herren- und Knaben = Kleidung

fertig und nach Maß.

### Passende Weihnachtsgeschenke:

.. Anzüge ..	.. Ulster ..	.. Paletots ..	.. Gehpelze ..
Schlafrocke	Morgenrocke	Hausjoppen	Pelzjoppen

Einzelne Hosen und Westen, Leder-Westen, Gesellschaftskleidung.

Spezial-Abteilung im Parterre: Jünglings- und Knaben-Kleidung.

Bewährte Qualitäten, 1a Verarbeitung, moderner gutpassender Schnitt.

Sonntag geöffnet von 8-10 und 12-6 Uhr.

# Warenhaus Wilhelm Stein

Chausseestrasse 70-71

BERLIN N.

Chausseestrasse 70-71

## Extra-Preise für Lebensmittel

Freitag, den 22., Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. Dezember er.

### Wurst- und Fleischwaren

Rotwurst . . . . .	Pfd.	45 Pf.
Zwiebelwurst . . . . .		45 Pf.
Thür. Rotwurst . . . . .		65 Pf.
Landleberwurst . . . . .		75 Pf.
Feine Leberwurst . . . . .		95 Pf.
Thür. Knoblauchwurst . . . . .		1.15

Kasseler Rippespeer . . . . .	Pfd.	68 Pf.
Frische Schweine-Kotelettes . . . . .		70 Pf.
Fettgänse . . . . .	Pfd.	60, 65 Pf.

Thür. Cervelatwurst . . . . .	Pfd.	1.05
Holsteiner " . . . . .		1.15
Eisbeine (Dickbein) . . . . .		45 Pf.
Rehblätter . . . . .	Stück	1.60-2.00
Hirschfleisch . . . . .	Pfd.	55 Pf.
Magerer Speck . . . . .		78 Pf.

Spiegel- und Schuppenkarpfen (lebende) . . . . . Pfd. 78, 85 Pf.

### Kolonialwaren

Kochzucker . . . . .	5 Pfd.	1.40
Mischobst . . . . .	Pfd.	45 Pf.
Pflaumen . . . . .	Pfd.	30, 45 Pf.

### Gebrannter Kaffee

Konsum-Melange . . . . .	Pfd.	1.35
Mischung	I II III IV	1.70 1.60 1.50 1.40

Amerikanische Aepfel . . . . .	Pfd.	20 Pf.
Rote Hähnchen . . . . .		10 Pf.
Wallnüsse . . . . .		30 Pf.
Haselnüsse . . . . .		35 Pf.

### Konserven

Grünkohl . . . . .	1/2 Dose	35 Pf.
Gem. Gemüse . . . . .	1/2 "	50 Pf.
Junge Erbsen . . . . .	1/2 "	45 Pf.
Bruchspargel mit Köpfen	1/2 "	95 Pf.
Stangenspargel . . . . .	1/2 "	1.25
Stangenspargel . . . . .	1/2 "	65 Pf.
Pflaumen . . . . .	1/2 "	45 Pf.
Erdbeeren . . . . .	1/2 "	90 Pf.

Lachs in Stücken Pfd. 80 Pf. | Schweizer-Käse in Stücken Pfd. 85 Pf. | Tilsiter Käse in Stücken Pfd. 55 Pf.

## Spielwaren Pfefferkuchen Lichte Baumschmuck

Unsere Verkaufsräume sind bis 9 Uhr abends geöffnet. Sonntag, den 24. Dezember, von 8<sup>1/2</sup>-9 Uhr und 12-6 Uhr.

### Elegante Herren- und Damen-Konfektion

In überraschend grosser Auswahl und allen Preislagen (nur moderne, schicke Piecen) finden Sie

### auf bequeme Teilzahlung

mit 5.- 8.- 10.- 12.- Mark Anzahlung (Wochenraten 1.- Mark oder 4.- Mark Monatsraten)

bei der streng reellen und renommierten Firma

**Max Friedeberg** G.m. b. H.

Bülowstrasse 24 Ecke Potsdamer Strasse, an der Hochbahnstation

(Anfertigung auch nach Maß)



### Möbel

In allen Holz- und Stofarten  
Wohnungs-Einrichtungen  
von 250.- bis 15.000.- M.  
(Anzahlung von 20.- M. an)  
Einzelne Gegenstände  
in riesiger Auswahl  
Anz. von 3.- M. an

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

### Fest-Zigarren

trotz hoher Tabaksteuer zu außergewöhnlich billigen Engrospreisen

	Nebenst. Original-Sumatra-Zigarre No. 92 rein überseeisch	100 Stück 2.30
	Nebenstehende Original-6 1/2 Pi-Zigarre pikant, fein, aromatisch	100 Stück 2.85
	Nebensteh. Original-10 Pi-Zigarre Braganza mild-fein	50 Stück 3.50

Dieselbe in zwei Farben Exzellenz Kraetke in Kisten zu 100 Stück M. 5.50

Kl. Mexiko-Zig., 100 St. M. 3.- Sa. Clara (Manilla) 100 St. 4.- Diaz (mild) . . . 100 St. 4.50 Casilda (würzig) . . . 100 5.- Pflanzer-Import . 100 St. M. 8.50 Gisela (feinblum.) 100 " 8.- beste Qualität 25 Stück zu Mark 1.20, 1.25, 1.35, 1.40, 1.50, 1.65 usw. elegante Packung 50 St. M. 2.45, 2.50, 2.75, 3.00, 3.25, 3.50, 3.75 usw. Verkauf nur in Originalkisten (kein Einzelverkauf) 400 St. frko. Nachn. (Tabak allein 9 Pfd. frko.)

Görsen-Randtabak p. Pfd. 80 Pf. 90 Pf. 1.- Pa. Görsen-Shagtabak p. Pfd. 1.50  
**Czollek & Geballe** Zigarren Berlin C., Neue Promenade 7<sup>1</sup> Tr. Engros vis-à-vis Haupteingang Stadtbahnhof Börse.  
Wochentags bis 10 Uhr, Sonntags bis 8 Uhr abends geöffnet.

### Brillanten

als Spezialität außergewöhnl. billig  
**Max Brinner, Jerusalemer**  
Straße 42. Der Ruf der Firma  
(gegr. 1863) bürgt für strengste Redlichkeit.  
Ringe, mafl. Bild., 14fr. m. 12fr. u. 9fr. an  
Ohrringe, . . . 2 . 18 . .  
Broche, . . . 1 . 20 . .  
Dyr.-Nabl., . . 1 . 13 . .  
usw. bis zum feinsten Genre.

**Charlottenburg.**  
**Uhren und Goldwaren.**  
Größte Auswahl, solide Bedienung.  
**Friedrich Stabenow,**  
Berliner Str. 146.

**Jeder Handwerker, jeder Arbeiter**  
kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von  
**Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.**  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53, Ecke Belmannstrasse;  
Landsberger Allee 148, am Friedrichshain; Rixdorf: Vergstr. 66, am Ringbahnhof.

Gewerkschaftliches.

Der achte internationale Gewerkschaftsbericht.

Seit dem Jahre 1904 gibt der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen seinen Bericht über die Entwicklung der Organisationen in verschiedenen Ländern heraus. Kur langsam konnte dies schwierige Unterfangen zu einiger Vollständigkeit gedeihen, und auf der vom 10. bis 12. August 1911 in Budapest abgehaltenen siebenten internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurde zum erstenmal ein gewisser Erfolg äußerlich zum Ausdruck gebracht, als der Beschluß zustande kam, daß der internationale Bericht vor Schluß des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres erscheinen soll, ohne Rücksicht darauf, ob die Berichte aller Landeszentralen zur Stelle sind. Es fehlten in der am 29. November d. J. abgeschlossenen Zusammenstellung denn auch die Einzelberichte aus Belgien, Bulgarien, Rumänien und den Vereinigten Staaten, die, wie erinnerlich, in dem erst im Frühling dieses Jahres erschienenen Bericht für das Jahr 1909 noch mit enthalten sind. Aber auch aus den Ländern, die jetzt für das Jahr 1910 berichtet haben, vermehrt man wichtige Einzelheiten, so namentlich die erforderlichen Mitteilungen über das Klassenwesen. Es ist ja nicht angenehm, daß einem beträchtlichen Teil der internationalen Arbeiterschaft erst das Alphabet der gewerkschaftlichen Organisationsfähigkeit beigebracht werden muß, und so mag es denn den geschulten deutschen Gewerkschaften selbst am liebsten sein, wenn der internationale Sekretär diesmal folgende Selbsterklärungen noch besonders verkündet:

„Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmaterial keine wesentliche Bedeutung beilegen. Die Erfahrung in den Ländern, in welchen der Statistik große Bedeutung beigegeben wird, hat aber gelehrt, daß die statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist, und ihnen gezeigt, wo einzusehen ist, Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in welchen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt, die größere innere Stetigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, welche bei der Arbeiterschaft die erforderliche Erkenntnistreue herbeiführt haben.“

Sehen wir auf die im Bericht für das Jahr 1910 gegebenen Zahlen im einzelnen ein, so ist folgendes hervorzuheben: Im Bericht für 1909 war angegeben, daß in den Ländern, für welche Zahlen veröffentlicht worden sind, insgesamt 9 845 243 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden waren, gegenüber 9 308 157 im Jahre 1908. Wenn für die Länder, von denen Berichte für 1910 nicht vorliegen, die Zahlen des Vorjahres eingestellt werden, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 10 089 430 Gewerkschaftsmitgliedern im Jahre 1910. Von diesen entfallen auf die Zahlen in Klammern sind die für das Jahr 1909: Deutschland 2 688 144 (2 447 578), England 2 347 461 (2 406 746), Vereinigte Staaten 1 710 433 (1 710 433), Frankreich 977 350 (977 350), Italien 783 358 (783 358), Desterreich 451 230 (455 401), Niederlande 143 850 (145 000), Belgien 138 928 (138 928), Dänemark 128 864 (121 295), Schweden 121 810 (148 649), Schweiz 98 797 (112 613), Ungarn 86 778 (85 296), Norwegen 47 458 (44 223), Spanien 40 984 (40 984), Finnland 24 928 (24 928), Bulgarien 18 753 (18 753), Serbien 7418 (4462), Kroatien 6805 (4361), Bosnien-Herzegowina 6269 (4470). Für Australien sind ebenfalls nach den Angaben des Vorjahres 239 293, desgleichen für Argentinien 22 457 Mitglieder berechnet.

Die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Mitglieder der Landeszentralen rangieren in folgender Reihe: Deutschland 2 017 298, Vereinigte Staaten 1 710 433, England 710 499, Desterreich 400 565, Frankreich 400 000, Italien 359 383, Belgien 102 511, Dänemark 101 563, Ungarn 86 478, Schweden 85 176, Schweiz 63 863, Norwegen 46 397, Niederlande 44 120, Spanien 40 984, Finnland 15 514, Rumänien 8515, Serbien 7418, Bosnien 6086, Kroatien 5108.

Die Angaben über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften sind, wie schon erwähnt worden, sehr unvollständig, sie erstrecken sich nur auf 14 Länder mit 5 315 402 Mitgliedern; es fehlen Angaben für 5 Länder mit rund 4 500 000 Mitgliedern. Es wurden in England, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Desterreich, Bosnien, Kroatien, Ungarn, Serbien, der Schweiz und Italien insgesamt 148 685 067 M. vereinnahmt und 140 010 680 M. verausgabt. Der Vermögensbestand dieser Länder betrug am Schluß des Jahres 1910 zusammen 187 991 935 M. Für Unterstützungen wurden 69 694 503 Mark verausgabt, für Streiks und Aussperrungen 27 862 400 M. Unter den Unterstützungen steht die bei Arbeitslosigkeit mit 29 416 312 M. an erster Stelle; dann folgt die Krankenunterstützung mit 21 229 155 Mark, die Invalidenunterstützung mit 8 671 314 M., die Reiseunterstützung mit 4 186 499 M., Sterbegeld mit 3 734 427 M. und sonstige Unterstützung mit 2 456 796 M.

Steht Deutschland hinsichtlich des Pflichtbewußtseins der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auch so ziemlich an erster Stelle, so doch durchaus nicht, soweit das soziale Pflichtgefühl der Unternehmer in Betracht kommt. Wie sehr nach dieser Richtung hin sich die Gewerkschaften noch Respekt zu verschaffen haben, möge der Umstand zeigen, daß in Deutschland für Ausstände 21 992 774 M. verausgabt werden mußten, in England hingegen nur 3 161 816 M. Die unverhältnismäßig hohe Ausgabe in Deutschland ist auf die Aussperrungen der Bauarbeiter, Werftarbeiter und Holzarbeiter zurückzuführen.

„It nun auch noch außerordentlich viel zu arbeiten, bis in den hauptsächlich kulturellen Ländern der Erde das Organisationswesen den Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen ist, so darf andererseits nicht der beträchtliche Fortschritt verkannt werden, der innerhalb weniger Jahre gemacht wurde. Im Jahre 1904 waren dem Internationalen Sekretariat erst 12 Landeszentralen mit 2 333 261 Mitgliedern angeschlossen, im Jahre 1910 hingegen 19 Zentralen mit 6 212 406 Mitgliedern. „Berücksichtigt man“, so heißt es in dem vorliegenden Bericht, „daß in den einzelnen Ländern der Stand der Entwicklung der Organisation und die Tendenz und die Taktik der Gewerkschaften eine äußerst verschiedene ist, so kann man von einem großen Fortschritt auf internationalem Gebiet in verhältnismäßig kurzer Zeit sprechen.“ Die deutsche Arbeiterschaft aber kann stolz darauf sein, daß sie zu diesem

Fortschritt in erster Reihe beigetragen hat und auch hier in den meisten Etappen für die übrigen Länder vorbildlich geworden ist.

Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Groß-Berlins!

Die in den Kinematographen-Theatern beschäftigten Angestellten sind gezwungen, das ganze Jahr hindurch Tag für Tag, auch Sonn- und Feiertagen, sich den Theaterbesitzern zur Verfügung zu stellen. Nur zwei Tage im Jahr bilden hierin eine Ausnahme, es sind dies der Karfreitag und Osttag; in den wenigsten Fällen kommt noch der Heiligabend hinzu.

Da nun dieses Jahr der 24. Dezember auf einen Sonntag fällt, ist aus diesem Grunde mit einem Theaterschluß gar nicht zu rechnen. Nun besteht unter den Angestellten der schlaueste und wohl auch berechtigte Wunsch, den 24. Dezember für sich frei zu bekommen, um den Abend im Kreise ihrer Familien zu verbringen. Da bereits in einem hiesigen Verein der Theaterbesitzer die Heiligabendfrage erörtert wurde und weil ein Teil von ihnen an vorangegangenen Jahren angeblich an diesen Tagen besonders gute Geschäfte gemacht haben wollte, trat eine Einigung ein, am 24. Dezember ihre Geschäfte offen zu halten. Um nun den Angestellten dennoch zu dem für sie so sehnlichst erwünschten freien Abend zu verhelfen, appellieren dieselben an die organisierte Arbeiterschaft Berlins, am 24. Dezember die Kinematographen-Theater nicht zu besuchen, damit die Theaterbesitzer sich veranlaßt fühlen, wegen schlechten oder keines Besuchs ihre Geschäfte zu schließen.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Der geschäftsführende Ausschuß des Zentralverbandes sozialdemokratischer Wahlvereine.

Die Brauereien und die Sonn- und Feiertagsruhe.

Am 8. Dezember teilte der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend dem Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter (Zahlstelle Berlin) kurz und bündig mit, daß er beschloßen hätte, am Sonntag, den 24. Dezember d. J., bis 4 Uhr nachmittags ausfahren zu lassen. Für den Dienstag (zweiter Feiertag) war die Zeit des Ausfahrens bis 2 Uhr nachmittags festgesetzt, während, wie es in einer Nachschrift des Schreibens heißt, für das Ausfahren am Neujahrstage ein Beschluß demnächst erfolgen werde.

Der Arbeiterverband erhob gegen diese Verfügung sofort Einspruch mit der Motivierung, der gefasste Beschluß verstöße gegen den Tarifvertrag. Außerdem sei es ganz unnötig, daß am Sonntag, den 24. Dezember, überhaupt Bier ausgefahren werde. Er ersuchte darum, die Verfügung entsprechend ändern zu wollen. Als Antwort lief folgendes Schreiben ein:

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend. Berlin, den 16. Dezember 1911.

An den Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter und verwandter Berufsgenossen, Ortsverwaltung Berlin. Berlin O. 54, Mulackstr. 10.

Auf Ihr Schreiben vom 8. d. Mis. haben wir folgendes zu erwidern:

Der in der Sitzung des Vorstandes des unterzeichneten Vereins vom 1. d. Mis. gefasste Beschluß stellt nichts anderes dar, als die Inanspruchnahme eines dem Vorstande des Vereins zustehenden tariflichen Rechtes. Wie Sie dem klaren Wortlaut des Artikel B § 8 Satz 2 des Tarifvertrages vom 12. Mai 1910 gegenüber behaupten können, daß der Beschluß gegen den Tarifvertrag verstöße, ist unerfindlich.

Ihre weitere Behauptung, die Ausfuhr von Bier am Sonntag, den 24. Dezember d. J., sei durchaus unnötig, müssen wir gleichfalls zurückweisen. Für jeden mit den Bierverkaufsverhältnissen Berlins einigermaßen Vertrauten muß es klar sein, daß durch die Aufeinanderfolge von drei Feiertagen die Ausfuhr von Bier am Sonntag, den 24. Dezember d. J., nötig ist.

Wir erachten daher den Inhalt Ihres Schreibens vom 8. d. M. sachlich sowohl wie im Hinblick auf die gewählte Form als unangebracht, zumal zu dem Vorstandsbeschluß vom 1. Dezember d. J. ganz außerordentliche, nur alle 7 Jahre wiederkehrende Kalenderverhältnisse den Anlaß gegeben haben.

Hochachtungsvoll

Dr. Hermann Müller.

Und im Anschluß hieran teilte der Unterzeichnete noch in einem weiteren Schreiben mit, daß der Verein der Brauereien ferner beschloßen habe, das Vierfahren auch am Sonntag, den 31. Dezember d. J., bis 2 Uhr nachmittags zu gestatten.

Die Brauereiarbeiter sind nun auch jetzt noch der Meinung, daß es unnötig sei, am Sonntag, den 24. Dezember Bier ausfahren zu lassen. Sie sind weiter der Meinung, daß der gefasste Beschluß nur ein Entgegenkommen für die „Schultheiß“-Brauerei sei, die den Beschluß ja auch sofort durch Ausschlag zur Kenntnis ihres Fahrpersonals gebracht hat. Sie sind auch der Meinung, daß Fahrer und Mälzfahrer, die am Sonntag, den 24. Dezember nichts zu tun haben, trotzdem am Sonntag hinausgeschickt werden und sei es auch nur, um leere Flaschen zu holen. Der Verband betrachtet dies als unzulässig und wird in diesem Falle seine Maßnahmen treffen. Die Organisationsleitung, die ja selbst aus dem Brauereiberuf hervorgegangen ist und auch praktische Erfahrung besitzt, hat auch nachträglich erklärt, an ihrer oben wiedergegebenen Ansicht nichts ändern zu können. Bei dieser Gelegenheit hätte übrigens der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend betonen können, inwieweit es ihm ernst ist, die bei den Tarifverhandlungen gegebenen Versprechungen über „Beschränkung des Sonntags-Bierausfahrens“ einzulösen.

Die noblen Konfektionäre.

Der „Confectionair“, das Fachblatt der Damenmäntelherstellerin schreibt in Nr. 51 vom 21. Dezember wörtlich:

„Eine Streikliste der Damenmäntelbranche ist herangezogen. Aber die Liste geht diesmal nicht von den Streikenden, sondern von den vom Streik bedrohten Firmen aus. Diese haben sich entschloßen, in Anbetracht des während des Streikes den arbeitswilligen Zwischenmeisterin und Heimarbeitern gewährten Schutzes, dem Polizeipräsidium für seine Beamten eine besondere Spende zu überweisen, die voraussichtlich für den Fonds zur Errichtung eines Schutzhelms-Erholungsheims bestimmt werden wird. Die Zeichnungen, an denen sich bisher fast alle interessierte Firmen beteiligt haben, haben bis jetzt die Summe von 1100 Mark ergeben.“

Da circa 300 Firmen in Frage kommen und fast alle sich bereits beteiligt haben, so dürften eventuell noch 10-15 M. hinzukommen. Immerhin sieht man, daß die Vertreter dieser Weltbranche mit circa 280-300 Millionen Umsatz Gemüt haben. Den armen Schaulenten, die man aus Anlaß des Streikes in der Damenmäntelkonfektion ganz unruhig um ihre freie Zeit brachte, ist dadurch im weitesten Umfange geholfen, denn die Jinsen dieses Kapitals reichen ja wohl eben aus, um jedem Beteiligten zu Weihnachten — ein bis zwei Schrippen zu spenden.

An das Raucherpublikum!

Bedenkt bei Euren Weihnachtsbesuchen der Bewegung der Zigarrenarbeiter! Kauft nur bei Firmen und Geschäftsleuten, die den Bestrebungen der Zigarrenarbeiter Verständnis entgegengebracht haben.

Frägt nach den grünen Plakaten!

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Neue Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Mitte Februar nächsten Jahres laufen eine Anzahl der im Jahre 1909 zwischen dem Holzarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossenen Verträge ab. Da die Verträge durchweg vierjährliche Kündigung vorsehen, sind Mitte November die Verträge von Briesg. Kassel, Eisenburg, Frankfurt a. M., Heidelberg, Karlsruhe, Lauban, Ludwigshafen, Mannheim, Reutlingen a. d. Orla, Nordhausen, Mühlberg, Pforzheim und Schönlanke gekündigt worden. Beteiligt sind an dieser Bewegung in den benannten Orten rund 8500 Arbeiter. Die Verhandlungen zur Aufstellung neuer Verträge sind zwischen den Parteien bereits aufgenommen, doch ist zurzeit noch nicht zu sagen, wie der Verlauf sein wird. Für die Holzarbeiter kommt es nach den Beschloßen ihres letzten Verbandstages darauf an, vierjährige Verträge zu schließen, die natürlich den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserungen und den Verhältnissen in der Holzindustrie entsprechende Arbeitszeitverkürzungen bringen müssen.

Das Tarifvertragswesen in der Holzindustrie ist auf der Grundlage des örtlichen Vertrages aufgebaut. Die Verhandlungen finden an den einzelnen Orten nach einheitlich aufgestellten Richtlinien statt. Für den Fall, daß sich diese Verhandlungen zerschlagen oder nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt wird, ist eine zentrale Schiedskommission vorgesehen, der von beiden Parteien je drei Personen angehören und der die Aufgabe zufällt, in den Fällen, in denen eine Einigung bei den örtlichen Verhandlungen nicht erzielt wird, einen Schiedsspruch zu fällen und dadurch den Streit zu erledigen. Auch ist dieser Kommission die Aufgabe zugewiesen, die Vertragsdauer festzusetzen und eine Regelung der Arbeitszeiten für die in Frage kommenden Orte herbeizuführen. Kann die diesmögliche Tarifbewegung sich an Umfang mit den vorjährigen auch nicht messen, so ist sie doch bedeutend genug, um die Kräfte aller Holzarbeiter anzuspannen. Es gilt für den Fall gerüst zu sein, daß die Verhandlungen sich zerschlagen. Die Verhandlungen haben überhaupt nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Unternehmer von vorn herein begrifflich gemacht wird, daß die Masse der Holzarbeiter hinter den Forderungen steht. Die Kräftigung des Verbandes ist deshalb eine dringende Pflicht aller Holzarbeiter.

Zur Tabakarbeiteraussperrung.

In der Absicht, unter den Aussperrten Verwirrung herbeizuführen und sie der Unterstützung der deutschen Arbeiter zu berauben, wird das Gerücht ausgebreitet, daß in vielen Orten die Aussperrten zur Arbeit zurückgekehrt seien. Diesen Gerüchten gegenüber sei festgesetzt, daß die Aussperrten an keinem Orte in die Betriebe gelaufen sind und noch gerade so geschlossen und einmütig im Auslande stehen wie am ersten Tage. Die Haltung der Aussperrten in den mehr als 120 Ortschaften des westfälischen Industriegebietes und in Bremen, Hamburg und Umgebung ist eine musterhafte. Die eingeleiteten partiellen Verhandlungen haben bis jetzt noch zu keinem brauchbaren Resultat für die Arbeiter geführt. Die Aussperrung dauert fort. Vor Zuzug von Zigarrenportierern und Zigarrenmachern nach den Aussperrungsgebieten und vor Annahme von Arbeit für die von der Aussperrung betroffenen Zigarrenfirmen in anderen Gebieten wird dringend gewarnt.

Ist das kein Terrorismus?

In der Gegend von Schwandorf in der schwarzen Oberpfalz hat sich eine starke Industrie entwickelt; namentlich ist bedeutend die Tonwarenfabrikation. Unter den Arbeitern macht sich seit einiger Zeit eine starke Abkehr von den früher allein dominierenden christlichen Gewerkschaften bemerkbar, was natürlich die schwarzen Christen zusehender in die größte Verunruhigung versetzt hat. Die allbewährten Schredmittel muß wieder in Anwendung kommen. Die Arbeiter haben sich einst zum größten Teil für den katholischen Arbeiterverein gewonnen lassen, der eine echte Zentrumsgründung ist, aber als „Schredmittel“ und Sterbefalle hat. Dieser Verein hat sich nun als Zuträger für die christlichen Gewerkschaften aufgetan und es unternommen, die freie Gewerkschaft niederzuterrorisieren. Nachdem man die Statuten dahin geändert hatte, daß alle Mitglieder, die einer freien Gewerkschaft angehören, aus dem Verein ausgeschlossen werden, wurde ihnen eine Erklärung vorgelegt, durch die sie unterchristlich bestätigen sollten, daß dies auf sie nicht zutraf. Wer sich weigert zu unterzeichnen, wird ausgeschlossen und verliert dadurch alle seine Rechte an die Kranken- und Sterbefälle, die er durch viele jährige Vertragsleistung erworben hat, auch wenn nicht nachgewiesen ist, daß er einer freien Gewerkschaft angehört. Dies wird dann einfach „angenommen“. Die endlich aufgelauchten Arbeiter würden gerne den Ausschluß aus dem katholischen Arbeiterverein hinnehmen, wenn damit nicht der Verlust ihrer Rechte verbunden wäre. Die Christlichen fahren fortgesetzt über den angeblichen Terrorismus der „Freien“, wo sie aber in der Mehrheit sind, über sie selbst den schlimmsten Terrorismus aus.

Kampfvorbereitungen der Unternehmer im Steinschlaggewerbe.

Der Arbeitgeber-Verband für das Steinschlaggewerbe, der im letzten Jahre ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat, will unter keinen Umständen in der Verhinderung der Arbeiter hinter seinem großen Feinde im Berggewerbe zurückbleiben. So hat auch er die Parole herausgegeben, für alle Tarifverträge das Datum des 31. Dezember 1914 oder 31. März 1915 als Ablauftermin festzusetzen. Von allen Seiten werden deshalb, soweit es irgend angeht, die laufenden Tarifverträge von den Unternehmern gekündigt, eine Erklärung, die im Steinschlaggewerbe neu ist.

Es ist auch mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß schon das Frühjahr 1912 ernste Kämpfe bringt; denn die Unternehmerorganisation befolgt offenbar die Taktik — das haben die Kämpfe des verflohenen Jahres gelehrt — die Organisation der Arbeiter in jedem Falle, der sich bietet, schon vor dem Jahre 1915 in langwierige und opfervolle Kämpfe zu vertiefeln, um sie so zu schwächen. Die Unternehmer hoffen gewiss, auf diese Weise die Entscheidungsschlacht im Jahre 1915 dann um so leichter schlagen zu können. Bis jetzt hat die Taktik der Unternehmer allerdings nur den Erfolg gehabt, die Organisation der Arbeiter zu kräftigen.

Dabei hätten gerade die Unternehmer im Steinschlaggewerbe alle Klagen, großen Kämpfen aus dem Wege zu gehen. Die Unternehmer rechnen bei ihren Kämpfen stets mit der Hilfe der auftraggebenden Behörden. Wäher hat sie diese Rechnung auch nicht betrogen; es ist ihnen der erbetene Ausschub fast stets gewährt worden. Aber der Pferdeschuh kam sehr bald zum Vorschein. Die Behörden, die die Widerstandskraft der Arbeiterorganisation nicht in Rechnung gestellt hatten, kamen durch die langandauernden Kämpfe stets in Verlegenheit, und um solchen für die Zukunft vorzubeugen, haben sie dann an sehr vielen Stellen eigene Kolonnen eingestellt, um immer in der Lage zu sein, die dringenden Strafgelehrten unabhängig von den Kämpfern im Steinschlaggewerbe herstellen lassen zu können. Sie haben die Unternehmer vielfach selbst den Ast abgeägt, auf dem sie saßen. Sollten sie also wirklich ihre „großen“ Pläne für das Jahr 1915 verwirklichen, so kann sich das Schauspiel des Abganges dann viel-

leicht in großem Maßstab wiederholen. Die Arbeiter haben dabei nichts zu verlieren.

### Ausland.

#### Die Lage in der britischen Bergwerkindustrie.

London, 18. Dezember 1911. (Sig. Ber.)

Heute, zwei Tage vor der Konferenz der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens scheint der Generalstreik unvermeidlich zu sein. Die weiteren Verhandlungen mit den Unternehmern haben zu keinem Resultate geführt und die Sitzung, die heute das mittlere englische Einigungsamt in London abhält, wird die Frage des Minimallohns auch kaum ihrer Lösung näher bringen. Denn in fast allen Distrikten und Grafschaften, die diesem Einigungsamt angeschlossen sind, haben die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter rundweg abgelehnt. Dasselbe trifft auf Schottland, Northumberland, Durham und Südwales zu. In Südwales, wo die Scharfmacher am Ruder sind, haben die Unternehmer erklärt, den Minimallohn „unter keinen Umständen“ zuzugestehen. Die südwalisischen Kohlenbesitzer sind wohl die treibende Kraft in dem Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Arbeiter. Es heißt auch, daß sie es waren, die auf der ersten nationalen Konferenz zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und Unternehmer Großbritanniens eine Einigung in betreff der „abnormen Stellen“ verhinderten. Der 100 000 Mann starke schottische Bergarbeiterverband hat seinen Kongreßdelegierten den Auftrag gegeben, für den Generalstreik zu stimmen, und zwar für den Generalstreik am 1. März des nächsten Jahres. Der Generalstreik könnte frühestens am 1. Februar ausbrechen, wenn alle Verbände die Streikfrist einfielen. Auf der letzten Konferenz der Bergarbeiter-Föderation stimmten die Schotten gegen eine sofort vorzunehmende Abstimmung über den Generalstreik und gaben den Ausschlag. Auf der Konferenz, die hier am 20. Dezember stattfinden wird, wird die Generalstreikresolution sicher eine Mehrheit bekommen.

#### Telegramme melden:

London, 21. Dezember. Das Ergebnis der nationalen Konferenz der Grubenarbeiter ist bis jetzt noch nicht bekannt. Die Sitzung gestaltete sich sehr stürmisch. Die Bezirke Mittelenglands sind Gegner des Streiks, während die schottischen Grubenarbeiter, sowie diejenigen von Northumberland, Wales und Durham Anhänger des sofortigen Streiks sind.

London, 21. Dezember. Auf der heutigen Tagung des Bergarbeiterverbandes wurde beschlossen, eine Abstimmung über eine allgemeine Arbeitseinstellung wegen der Forderung eines Mindestlohnes für alle Arbeiter unter Tage, auch die jugendlichen, stattfinden zu lassen. Die Abstimmung soll am 10. Januar nächsten Jahres beginnen.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Wer zerstört die Familie?

In der bürgerlichen Gesellschaft gilt die Familie als eine heilige Institution. Ihr Bestand soll nicht angetastet werden und die Zerstörung der Familie gilt als Frevel. In Zeiten der Wahlbewegung und auch gegenwärtig wieder geht man mit den albernsten abgedroschenen Phrasen hausieren, die Sozialdemokratie will die

Familie zerstören. Das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft, der raffgierige Kapitalismus, ist jedoch unausgesetzt am Werke, die Familie zu zerstören.

Tausende von Männern und Frauen des Proletariats stehen Tag für Tag fern von ihren Kindern an den Maschinen und in giftigschwärmerten Fabrikgebäuden; meist können sie nicht einmal die langen Feierstunden, die ihnen die Ausbeutung des Kapitalismus läßt, gemeinsam mit ihrer Familie erleben. Leidet das Familienleben schon durch diese tägliche Trennung, den Mangel an Zeit und Ruhe, so wird es weiter aufgelöst durch die Saisonarbeit vieler Betriebe. Es gibt ganze Dörfer, ja ganze Gegenden, wo die Arbeiter im Sommer nicht zu Hause sind. Sobald der Schnee schmilzt, verlassen die Männer das Heimatdorf und wandern in die Fremde nach Arbeit und Brot. Erst im Herbst kehren sie wieder zu ihrer Familie abgepaant und ausgebeutet zurück. Doch nicht nur der Vater wird, der Rot gehorchend, aus dem Kreis der Familie geführt, auch halbwüchsige Kinder, die den Schutz und die Liebe der Familie so notwendig brauchen könnten, müssen auswandern, um ihr Brot zu verdienen. In Lirio werden alljährlich hunderte Kinder über die Grenze nach Schwaben entführt, wo sie bei den Bauern Dienst nehmen müssen. Dasselbe finden wir auch bei uns in Deutschland, in dem gepriesenen Lande der Humanität. Aus einem einzigen Ort, Rügenwalde, wurden im letzten Sommer nicht weniger als 62 Kinder zu den Bauern vermiestet, wofür sie 20—24 Mark Lohn für eine Dienstzeit vom 1. Mai bis Ende September erhielten.

An diesen wenigen Beispielen sehen wir schon, wie die Arbeiterfamilie heute auseinander gerissen wird, wie sie die Not zwingt sich zu trennen, damit sie ihren Lebensunterhalt gewinnen kann.

Bei wenigen Vorgängen aber zeigt sich die Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft so deutlich, wie in den Fragen, die die Familie betreffen. Auf der einen Seite wird gepredigt, die Familie darf nicht angetastet werden, denn sie ist die sittliche Grundlage des Staates, auf der anderen Seite aber läßt man es ruhig geschehen, daß Tausende von Familien wieder und immer wieder von einander getrennt werden, daß Tausende von Kindern den Eltern und Tausende von Männern ihren Frauen entzissen werden. Die Familie zerstört die kapitalistische Gesellschaftsordnung und nicht der Sozialismus.

#### Das Frauenstimmrecht in Großbritannien.

Aus London schreibt man uns:

Mit dem Schluß der parlamentarischen Session hat eine rege Agitation für das Frauenstimmrecht in Großbritannien eingesetzt, an der sich auch die J. L. P. eifrig beteiligt. Die führende Rolle in dieser Agitation haben die beiden Minister Lloyd George und Sir Edward Grey übernommen. Das Ministerium ist sich jedoch bekanntlich in dieser Frage nicht einig. Es ist auch möglich, daß sich Herr Asquith an die Spitze derer stellen wird, die die Einführung des Frauenstimmrechts bekämpfen. Einer aus Gegnern des Frauenstimmrechts bestehenden Deputation versprochen vor einigen Tagen, er wolle es sich überlegen, ob er in öffentlichen Reden gegen das Frauenstimmrecht auftreten werde. Dieser Deputation eröffnete er auch, daß eine beträchtliche Mehrheit seiner Kollegen im Kabinett Anhänger des Frauenstimmrechts seien.

Der Feldzug zugunsten des Frauenstimmrechts wurde letzten Samstag von Lloyd George und Sir Edward Grey in der Horticultural Hall in London eröffnet. Sir Edward Grey hielt eine vorzügliche Rede für das Frauenstimmrecht. Dieser Minister nimmt in innerpolitischen Fragen häufig den radikalen Standpunkt ein, und konservative Blätter behaupten sogar, daß er trotz seiner imperialistischen Ansichten der radikalsten einer unter den Liberalen sei. Wie dem auch sein mag, seine Verteidigung des Frauenstimmrechts konnte von jedem Demokraten unterschrieben werden. Seine grundsätzliche Stellung kam in folgendem Satze seiner Rede zum Ausdruck: „Solange die Frauen keine Stimme haben, können sie über Demokratie so lange reden wie sie wollen, sie können aber die Regierung durch das Volk und für das Volk reden, aber die Vertretung des Volkes ist hoffnungslos unvollständig.“

Ihm folgte der Schatzkanzler in einer charakteristisch lebhaften und optimistischen Rede. Ein Passus der Rede verdient besonderer Erwähnung. Der Schatzkanzler sprach von den Unglückspropheten, die von der Einführung des Frauenstimmrechts den Ruin des Landes befürchteten. So oft man das Wahlrecht in England erweitert habe, sei eine Katastrophe prophezeit worden. Er habe sich vor kurzem damit amüsiert, die Debatten zu lesen, die während der Beratung der Reformbill des Jahres 1832 gehalten wurden. Da habe es einen Herrn mit dem passenden Namen Croker (auf deutsch etwa: Kräcker) gegeben, der sich zu folgender Prophezeiung hinreihen ließ: „Aber wird das alles sein? Mit nichten! Der Pöbel wird es immer schlimmer treiben, da er keinen anderen Führer hat als seine Leidenschaften, denn Sie werden jeden Grund, auf dem er ausgereitet hat, durch den die Menschheit geleitet wird kommen, das Verlangen nach Veränderung wird sich ständig vermehren, solange noch Rührung bleibt, von der es zehren kann, und es wird sich zuletzt wie ein wildes Tier niederlegen, wenn es ruhig und satt damit zufriedener ist, alles, was es erreichen konnte, verschlungen zu haben.“

Es ist unnötig, hinzuzufügen, daß die versammelten Frauen über diese Weisheit des verstorbenen Herrn „Kräcker“ in lautes Gelächter ausbrachen.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in „Kellers Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97, Weihnachtsfeier mit Kindern. Für Gesang ist das deutsche Frauenrechtsgewinn, ein Kasperle-Theater und Spiel und Tanz soll die Kinder erfreuen. Erwahnte Mitglieder zahlen 10 Pf., Gäste 20 Pf. Kinder haben freien Eintritt.

Zentralverband der Hausangestellten. Dienstag, den 26. Dezember, (2. Weihnachtsfeier), im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15 (großer Saal), Weihnachtsfeier, unter Mitwirkung von Hildegard Stolle (Gesang), Margarete Koppel-Fech (Tänze im Arminienkleid), Robert Koppel (Rezitation und Gesang), Rudolf Tobias (am Klavier), Wilhelm Pica (Feitzede). — Saalöffnung 5 1/2 Uhr, Anfang 6 Uhr. — Da das Fest einen genügenden Abend verspricht, wird die Arbeiter-Schaft ersucht, alle Hausangestellte darauf aufmerksam zu machen und auch selbst daran teilzunehmen.

### Todes-Anzeigen

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kadetter

**Artur Grimm**  
am 20. Dezember gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Friedhofes in Rigdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Heiner starb unser Mitglied, der Monteur

**Fritz Masche**  
am 17. d. M. Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer**  
Berlin K.  
Am 19. Dezember verstarb unser Mitglied

**Gustav Wünsche.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, von der Halle der Friedens-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Am rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stodarbeiter

**Paul Wittstock**  
Gebinger Str. 9, im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weihenitz, Falkenberg Straße, aus statt.

Am rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kadetter

**Artur Grimm**  
am 20. Dezember gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Friedhofes in Rigdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Heiner starb unser Mitglied, der Monteur

### Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

**Klara Schulze**  
sage ich allen Verwandten, Bekannten und Kollegen sowie dem Zentral-Unterstützungsberein der Schmiede meinen besten Dank.

**Der trauernde Gatte.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

**Rudolf Boeldicke**  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

**Frau Witwe Boeldicke**  
und Kinder.

### Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

**Touren.**

1. Abt.: Am 25. 6 Uhr: Anhalter Refektorie.  
2. Abt.: Am 26. 2 Uhr: Blumensdorf (Gefellshaus).  
3. Abt.: Am 26. 1 Uhr: Baum-Schulweg. Am 27.: Tour wird am Start bekanntgegeben.  
4. Abt.: Am 25. 1 1/2 Uhr: Baumersdorf (Viktorgarten). Am 26. 1 1/2 Uhr: Friedrichshagen (Gefellshaus). Am 27. 1 1/2 Uhr: Kobanndthal (Fischer).  
5. Abt.: Am 26. 2 Uhr: Johannishof (Schulz).  
6. Abt.: Am 26. 1 1/2 Uhr: Gliemitz (Nordbahn). Altermann. Am 27. 2 Uhr: Schönholz (Rastanienmädchen).

Für  
**Weihnachten a. Silvester**  
empfohlen wir

**Lebende Spiegel- und Schuppenkarpfen**  
80—100 Pf.

**Dampffischerei-Gesellschaft**

**„Nordsee“**  
Stadtbahnhof Börse

**Eiskarpfen 65 Pf.**

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbureau: Amt Norden, Nr. 1209. Charlottenstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087

Der Feiertage wegen bleibt das Bureau an folgenden Tagen geschlossen:

**Montag, den 25. Dezember, den ganzen Tag.**  
**Dienstag, den 26. Dezember, den ganzen Tag.**  
**Mittwoch, den 27. Dezember, nachmittags.**  
**Montag, den 1. Januar, den ganzen Tag.**

Die Ortsverwaltung.

### Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Zahlstelle Berlin.  
Geschäftsstelle: O. 54, Pulaski-Str. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden, 4518

### Erwerbslosen-Unterstützung.

welche am Montag, den 25. und Dienstag, den 26. Dezember 1911, tätig ist, wird am Sonntag, den 23. d. M., und die am Montag, den 1. Januar 1912, fällige Unterstützung bereits am Sonntag, den 30. Dezember d. J., ausbezahlt.

Die Ortsverwaltung.

### Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Die Differenzen zwischen dem Verband der Bäcker und Konditoren und dem unterzeichneten Meister sind nunmehr geregelt. Herr Skibbe verspricht, nunmehr den Tarif auf das genaueste einhalten zu wollen.

Somit gilt diese Bäckerei wieder als bewilligt.  
Der Vertrauensmann der Bäcker.  
**Skibbe, Langarder Str. 39.**

### Konsumgenossenschaft und von Adlershof Umgegend

(e. d. m. d. G.)  
Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. November 1911 aufgelöst. Zu Liquidatoren wurden bestellt die Herren: **Wilhelm Kohl, Adlershof, Dismarckstr. 11; Karl Jagow, Adlershof, Kronprinzengr. 30; Wilhelm Zabel, Adlershof, Dismarckstr. 11.** Sämtliche Forderungen sind zu richten an Herrn Liquidator **Wilhelm Kohl, Adlershof, Dismarckstr. 11.** Forderungsberechtigten werden aufgefordert, ihre vermeintlichen Ansprüche bei den Liquidatoren anzumelden. Adlershof, den 19. Dezember 1911

Die Liquidatoren:  
**Wilhelm Kohl, Karl Jagow, Wilhelm Zabel.**

### Nathan Wand

129 Stalher Str. 129. Die schönsten Herren-Winter-Paletots u. Winteranzüge in neuem Schnitt, auf Selde gearbeitete Garbender, von 40/31. Kavaliere getragen, sah neu, für jede Figur passend. (Vorzugsweise) Ganz angehängt sind in großer Auswahl stets zu haben. Nathan Wand 129 Stalher Str. 129. Hochachtungsvoll Nathan Wand. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

### Auf Teilzahlung

wöchentlich nur 1 Mark



**Grammophone, Pathephone,**  
echte Manzenhauer Zithorn, Geigen, Mandolinen, Gitarren, Handharmonikas

**M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte:**

- 1. Geschäft: Brunnenstr. 117
- 2. Reinkendorfer Str. 107
- 3. Meabit, Goltzkowskystr. 31
- 4. Weidenberger Str. 2

### Südmilch-Festsäle

Bornholmer Str. 7.  
Durch Jubiläum am Sonntag, den 27. Januar 1912, mein

**großer Saal**  
(156 Personen fassend) für eine Festlichkeit zu vergeben.

**Kleine Säle Hochzeiten**  
ständig zu haben. [12019] Anerkannt gute Küche.

Effektiere in nur schöner, schöner Ware: Nur ein Preis!

### Fette Gänse 0,70

8—16 Pfund schwer. 177/6°  
Nur allererste Qualität  
Gänserrümpfe, halbe Gänse.  
Fette Suppenhähner, 10 Strahhähner.  
E. Wegner, 50. Mariannenstr. 34.

### Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose

**Herkules**

tragen.

Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark Gaz.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorteile kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

### BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes  
Chausseestr. 30-32 — Brückenstr. 17  
Gr. Frankfurterstr. 20  
Schöneberg, Hauptstr. 18.  
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten

### A. E. Deike, Uhrmacher u. Juweller

Berlin SW., Oranienstraße 99, Lindenstraße

empfiehlt sein reich assortiertes Lager in Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidwaren. Spezialität: Goldene Damen-Remontoir-Uhren mit Kette und Etui



**20 Mk.**

Bei Vorweisung dies. Inserats 5 Proz. Kassa-Sconto.

### Wo? ist der schönste Ausflugsort?

Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund**.

# FRÖHLICHE WEIHNACHTEN

*Joseffi*

## CIGARETTEN

Garantieren  
Qualität



### Reste

**Damentuche** schwarz und farbig per Meter von **3 Mark** an  
**Kostümstoffe** neueste engl. Muster per Meter von **2 Mark** an  
**Seidenplüsch** Vel du Nord 80 cm breit per Meter . . . **4 Mark**  
**Engl. Seal** 120 cm breit per Meter . . . **10 Mark**  
**Astrachan** 120-130 cm breit per Meter . . . **5 Mark**  
**Samt und Seide** etc. etc. zu sehr billigen Preisen.  
**C. Pelz**, Kottbuser Straße 5.

### Fahrrad-Haus

Berlin, Brunnen-Strasse 35

### „Frisch auf“

Filiale: Kottbuser Straße 9

## Wohlfeile Weihnachts-Geschenke!

In großer Auswahl:  
**Sprechapparate,**  
**Schallplatten,**  
zu soliden Preisen.

Fahrräder, Nähmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen nebst Zubehörteilen, Laternen, Glocken, Mäntel und Schläuche, sowie sämtliche Radfahrer-Bedarfsartikel.

Großer  
**Inventur-Ausverkauf**  
in  
**Sport-Schuhen**  
**25% Preisermäßigung.**

Besonders empfehlenswert: **Sweater, Mützen, Strümpfe, Regen-Pelerinen.**

Geöffnet: Sonntag, den 24. Dezember von 8-10 Uhr und 12-4 Uhr.

Beste Bezugsquelle zum Weihnachtsfest in allen 3 Geschäften.  
**Auf Teilzahlung** wöchentlich nur 1 M.



**Jahre & König**  
Warschauer Str. 68 I. Et.  
Hilowstr. 46 (Laden)  
Invalidenstr. 7 (Laden)

**Schallplatten**  
Verleih-Institut.  
Auch nach auswärt. Prosp. gratis.  
**Karl Borbs, Berlin 69**  
Neue Königstrasse 38.

**Zigarren-W. Herbst**  
Fabriken  
gegr. 1882 — Tel.: IV, 3973.  
**BERLIN SW., Ritterstr. 83**  
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.  
Tarifarbeit.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**  
**Sie sparen Geld!** Wenn Sie **Möbel** direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**



Wünschst Mäntel und Costüme Du zum Feste Findst Du bei Oskar Wollburg stets das Beste

Spezialhaus für Damen- u. Mädchenbekleidung  
**56 Brunnenstrasse 56.**  
aus engl. Seal und Velours de nois. 125 cm lang.  
**Plüschmäntel** 32.<sup>50</sup>, 44.-, 56.-, 69.- M.  
aus Flausch u. reinwollenen Stoffen mit farbigen Capuchon und Possamenten.  
**Mäntel** 10.<sup>75</sup>, 13.<sup>50</sup>, 19.<sup>75</sup>, 25.- M.  
aus Tuch, Kammingern u. engl. gestreiften Stoffen.  
**Kostüme** 14.<sup>50</sup>, 19.<sup>75</sup>, 29.<sup>50</sup>, 42.- M.  
**Frauenmäntel** in schwarz u. farb., anliegend u. lose, aus Tuch, Eskimo, mit Possamenten und reich ver-schnürtem Kragen 16.<sup>50</sup>, 24.<sup>75</sup>, 29.<sup>50</sup>, 34.- M.  
**Grosse Auswahl** in Kleider- u. Baskettuch-Konfektion sowie Röcken, Blusen, garnierten Kleidern, Morgenröcken, Mänteln, Jupons, Polz-Stolzen etc.  
Jeder Kleider erhält bei Einkauf von 20 M. an 2% in Stoff, 1% in breit, zum Paletot oder Rock passend, von 15 M. an eine Bluse, von 10 M. an praktische Geschenke.  
**Gratis.** **Gratis.**

Eine **Delikatesse** auf dem Weihnachtstisch sind **= Cyliax =**  
Fabrikate in hervorragender Qualität als:  
**Honigkuchen, Makronenkuchen, Pralinés, Marzipan, Schokoladen, Baumkondekte, Kakao.**  
Aeußerst preiswert. — Filialen in allen Stadtteilen.

**Ohne Anzahlung** für alle Kunden, welche ihr Konto beglichen haben.  
**Pelzsachen** vom einfachsten bis zum elegantesten Genre  
**wöchentlich Nur 1 M. Abzahl.**  
Enorme Auswahl.  
**Richard Krumbek,**  
Frankfurter Allee 154 I.



Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Große Wählerversammlung im Café Gärtner, Hofsteiner Ufer 27/28. Genosse Artur Stadthagen spricht über: „Auf zur Reichstagswahl!“

Dritter Wahlkreis. Montag, den 25. Dezember (erster Weihnachtstagsfeier) findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, ein Kunstabend statt. Billets a 50 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Charlottenburg. Wir machen nochmals auf die heutige Versammlung bei Schulz, Kaiser-Friedrich-Strasse 24, aufmerksam. Genosse Fritz Jubeil hat das Referat übernommen. Anfang 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Steglitz. Am Mittwoch, den 27. Dezember (3. Feiertag), findet im „Vierenswäldchen“ eine Weihnachtsfeier statt, bestehend in Kindergeheimen, Märchenvorfürungen (Sichtbilder), Kinderreigen, Verlosung für Kinder und nachfolgendem geselligen Beisammensein. Beginn der Feier um 5 Uhr. Kinder haben freien Eintritt, Erwachsene zahlen 10 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Der Bezirk Ober-Schöneweide des Kreiswahlvereins veranstaltet am ersten Weihnachtstagsfeierabend, abends 8 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof eine Theatervorstellung: „Charleys Tante“. Es wird um regen Zuspruch ersucht.

Schwand. Sonnabend, den 23. Dezember, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von Wittes „Waldfischchen“ aus. Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

wollten ihre gestrige Sitzung die letzte im alten Jahr sein lassen, darum arbeiteten sie hintereinander die ziemlich inhaltreiche Tagesordnung auf, die ihnen vorgelegt worden war.

Ueber den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, amtliche Wahlkarten auch für die Reichstagswahlen zu versenden, berichtete der Ausschuss. Sein Beschluß, der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung zu empfehlen, wurde scharf bekämpft von unserem Genossen Pfannkuch, der noch einmal die Notwendigkeit und Ausführbarkeit der geforderten Maßregel nachwies. Aus den Reihen der Freisinnigen trat Stadtverordneter Rommsen für Annahme des Antrages ein, über dessen Ausführbarkeit ja der Magistrat zu entscheiden haben werde. Stadtrat Düring behauptete, daß es jetzt schon zu spät sei, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Die anderen Redner des Freisinn griffen dann diesen Einwand auf und suchten mit ihm ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zu bemänteln. Bei der Abstimmung wurde mit knapper Mehrheit der Antrag des Ausschusses abgelehnt, so daß der Antrag unserer Genossen angenommen war. Die Gegner protestierten, aber auch die Gegenprobe, die ihnen bewilligt wurde, brachte kein anderes Ergebnis. Tröstet werden sie sich mit der Hoffnung, daß der „nicht vorbereitete“ Magistrat die Ausführung verzweigern werde.

Ueber den Bau der Untergrundbahn Nord-Süd, dessen endlicher Beginn angeblich nahe bevorsteht, wurde gestern noch einmal debattiert. Ein Antrag der Freisinnigen forderte für die Bauleitung eine besondere Organisation, die den Stadtverordneten einen Einfluß auf die Bauausführung sichern sollte. Gegen diesen im letzten Augenblick aufgetauchten Plan wandte sich mit großer Entschiedenheit und merkwürdiger Vereiztheit der Oberbürgermeister Kirchner, der dreimal hierzu das Wort ergriff. Er befürchtete neue Verzögerung und beanspruchte im übrigen für den Magistrat grundsätzlich das Recht, allein die Verantwortung für die Bauausführung auf sich zu nehmen. Auch die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich gegen den Antrag. Genosse Heimann, der ihren Standpunkt kurz darlegte, sprach lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Bau leider nicht in eigener Regie der Stadt ausgeführt werden soll. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu einer ausgedehnten Erörterung über die Licht- und Luftbäder. Der Magistrat will sich nicht entschließen, solche einzurichten. Sein Redner, Stadtrat Benzky, ließ gestern merken, daß er wohl selber noch nicht hinreichend darüber unterrichtet ist, was Licht- und Luftbäder sind. Interessant war, daß er sogar die „sittlichen“ Bedenken streifte. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat in bestimmtester Form aufforderte, Einrichtungen dieser Art zu schaffen, wurde vom Genossen Weyl ausführlich begründet. Die Debatte endete leider mit Ablehnung.

Von weittragender Bedeutung ist der Beschluß, eine Sammelvormundschaft über die vom 1. April 1912 ab geborenen unehelichen Kinder einzuführen. Die Vorlage des Magistrats wurde nach kurzer Debatte angenommen, ohne daß erst Ausschussberatung für nötig gehalten wurde. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach hierzu Genosse Brunz. Er hob hervor, daß die Stadt Berlin auch auf diesem Gebiete wieder erst anderen Gemeinden nachhinkt.

Anstaltsgeschenke.

Zu keiner anderen Jahreszeit wird mehr geschenkt als in den vier Wochen vor Weihnachten. Es wimmelt bei uns von „Tartüffs“, die unter dem Deckmantel des Edelmenschentums sich in ein möglichst warmes Nest legen. Die zähe Leistungsfähigkeit dieser aalglatten Lebensstalten wird nirgends mehr gefährdet als in der Geschäftswelt. Es hat einer besonderen allgemeinen Abwehr bedurft, um die übertriebene, systematische Weihnachtsgeschenkelei sich einigermaßen vom Leibe zu halten. Die Unverkorensten hält das nicht ab, mit erstaunlicher Hartleibigkeit weiter zu schnorren. Nicht bloß auf Geld, auch auf die Warenbestände ist es abgesehen. Mehr oder minder gemeinnützige Institute, die große Vermögen aufgespeichert haben, verschmähen es nicht, diesen gangbaren Weg zu beschreiten. So kommt es, daß in zahlreichen Anstalten bei den Weihnachtsgeschenken wieder auftaucht, was die Geschäftsleute sich abzuwenden lassen, um bloß die Duellgeister loszuwerden. Mit wenigen Ausnahmen ist es freilich „Bruch“, eine Sonderausstellung von Lebensmitteln, meist Unverkäufliches und Fehlerhaftes, das zum Schenkungszweck

zurechtgeschickt wird. Die guten, brauchbaren Sachen, die der Geschäftsmann hingibt, verkrümmeln sich unterwegs. Lessentliche und andere Anstalten unter behördlicher Leitung oder Aufsicht müssen in dieser Beziehung natürlich zurückhaltender sein. Hier gibt es wohl überall „Weihnachtsfonds“, deren Höhe sich gewöhnlich nach den Ersparnissen richtet. Ersparnisse... wovon? Verhältnismäßig selten ist in den Anstalten ein bestimmter Betrag für die Weihnachtsgeschenke eingestellt. Er muß also erst künstlich geschaffen werden, wenn nicht eine bestimmte Stiftung für diesen Zweck einige Mittel enthält. Und vielfach sind es die Anstaltsinsassen selbst, die aus ihrer Hände Arbeit die „Ersparnisse“ aufsummeln, sich sonach höchst eigenhändig beschenken. In den Berliner Krankenhäusern gibt es seit Jahr und Tag ein paar Strümpfe. Auch wer schon halb die Reise ins Neuenhain angetreten hat, wird auf die Socken gebracht. Ertragsorganer sind die städtischen Irrenanstalten. Hier bringen ja die arbeitsfähigen Patienten dem Anstaltsfiskus alljährlich viele Tausende ein. Indes läßt sich anerkennen, daß die Verwaltungen auch weitgehenden Wunschzetteln möglichst Rechnung tragen. Geschenke im Werte von dreißig Mark und mehr sind keine Seltenheit. Weniger schön ist es, wenn der allmächtige Oberpfleger die Kunde bei den Bettlägerigen macht und sie wie am einstigen Mühlendamm in einen mit Rosenkranz gefüllten Sack greifen läßt. Würdig geht es in den Waisenhäusern zu, wo die kleinen Elternlosen in der Regel schon von Hause aus nicht verwöhnt sind. Im Berliner Nachtasyl hat die Schenkerei, die auch danach war, seit einigen Jahren ganz aufgehört, und nur noch im Familienobdack wird verhältnismäßig angemessen beschenkt. Könnens auch brauchen, die hier auf gut Wetter warten und sich einen eigenen Weihnachtbaum unter freiem Himmel schmücken mühten. Reich gedeckt ist gewöhnlich der Weihnachtstisch solcher Anstalten, die unter Protektorat stehen. Wie man sich drängt sich danach, hier keine Freigebigkeit vor den Augen der hohen Protektorin leuchten zu lassen. Man kann ja nicht wissen, wieviele Jinsen dieses Wohlturn trägt. Bloß der „Rader von Staat“ ist ziemlich knauserig. Ob ihm der Lannendamm, den er in der Anstaltskirche seinen Gefangenen wie eine Kata Morgana vor die Nase setzt, nicht zu teuer wird? Talmiglanz! Den Denkbaren, der seine Zeit versteht, überläßt ein eifriges Gefühl bei diesem Sammelsurium von Menschenliebe. Heute werden sie in gemessener Entfernung vor ein Phantombild gestellt, die Entertien des Glücks, morgen wieder in den Abgrund gestochen. Wie löst doch der Dichter seinen scheinbeiligen Heuchlertypus in die Welt setzen? „Alle sind sie Tartüffs! Alle — ob in schwarzen Gewändern, ob vor Heiligen kniend, vor schönen Weibern oder vor ihrem Egoismus.“

Kündigung von Mietverträgen.

Vermeidung doppelter Mietzahlung.

Es gibt gesetzliche und vertragliche Kündigungsfristen. Die gesetzlichen Kündigungsfristen gelten in allen Fällen, in denen keine andere Kündigungsfrist vereinbart ist. Bei Mietverträgen, in denen es z. B. heißt: „Der Mietzins beträgt pro Jahr 80 M., zahlbar in monatlichen Raten von 80 M.“, kann, wenn nichts anderes vereinbart ist, die Kündigung zum Schluß jedes Kalendervierteljahres erfolgen; die Kündigung muß spätestens am dritten Werktage dieses Vierteljahres dem Vertragsgegner zugehen. Geht es jedoch z. B. in dem Mietvertrage: „Der Mietzins beträgt pro Monat 80 M.“, so ist die Kündigung für den Schluß jedes Kalendermonats zulässig; die Kündigungserklärung muß spätestens am 15. des Monats dem anderen Vertragspartei zugehen.

Häufig ist im Mietvertrage gesagt: „Bis das Vertragsverhältnis nicht 3 Monate und 3 Tage vor seinem Ablauf gekündigt, so gilt der Vertrag als auf 1 Jahr — oder 1/2 Jahr — verlängert.“ Auch hier muß der kündigende Teil dafür Sorge tragen, daß der Vertragsgegner mindestens 3 Monate und 3 volle Tage vor Ablauf des Vertrages die Kündigungserklärung erhält. Also bei Mietverträgen mit einer solchen Kündigungsfrist, die zum 1. April endigen sollen, muß die Kündigung dem Vertragsgegner bereits am 28. Dezember zugehen; es wird in solchen Fällen — da geringfügige Verzögerungen der Postbehörde dem Absender zur Last fallen — am zweckmäßigsten, die Kündigung bereits am 27. Dezember zur Post gegeben.

Während des Laufes der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist muß der Mieter zu den im Vertrage bezeichneten, anderenfalls zu den ortsüblichen Tageszeiten die Räume Mietzinspflichtigen zum Zwecke der Besichtigung zur Verfügung halten. Als ortsübliche Zeit gelten die Tagesstunden von 10 bis 6 Uhr an Werktagen, von 10 bis 3 Uhr an Sonntagen.

Bei Todesfällen des Mieters haben dessen Erben, in Fällen, in denen das Grundstück versteigert wird, hat der Erbe das Recht, ohne Rücksicht auf die vertragliche Kündigungsfrist, das Mietverhältnis zu dem gesetzlichen — siehe oben — zunächst zulässigen Kündigungsstermin aufzukündigen. Vertreibt dieser Termin, ohne daß von dem Recht Gebrauch gemacht worden ist, so gilt für die Folge die vertragliche Kündigungsfrist.

Erheben z. B. in Fällen der Abtretung der Miets, der Pfändung derselben oder der Anordnung der Zwangsverwaltung mehrere Personen Anspruch auf die Miets, so kann der Mieter, um sich nicht der Gefahr der Doppelzahlung auszusetzen, den Mietzins bei der amtlichen Hinterlegungsstelle, das ist für Berlin und die nächsten Vororte die Kasse der königl. Ministerial-, Militär- und Baukommission, Invalidenstr. 62, hinterlegen. Die Interessenten sind von der erfolgten Hinterlegung in Kenntnis zu setzen.

Räusliche Stürme und Ueberschwemmungen. Ein selten häufiges Weihnachtswetter hat sich in der verfloffenen Nacht eingestellt. Schon in den Abendstunden setzte ein starker Regen ein, der nach Mitternacht zeitweise solche Wüste aufwieß, daß es an mehreren Stellen zu Ueberschwemmungen kam. In der Vorstadt drangen die Wassermengen über die Bürgersteige hinweg und machten die letzteren sowie den Fahrdamm unpassierbar. Der Straßenbahnverkehr hatte unter den Ueberschwemmungen nicht unerheblich zu leiden. Auch im Innern der Stadt kam es vielfach zu Ueberschwemmungen. In der Invalidenstrasse drangen die Wassermassen über die Bürgersteige hinweg in Kellerräume. — Der heftige Sturm, von dem die Regenschauer begleitet waren, hat ebenfalls Schäden angerichtet. Auf den Weihnachtsmärkten am BelleAllianceplatz sowie am Arkonaplatz wurden einige Verkaufsbuden durch den Orkan umgeworfen und demoliert. Von den Häusern wurden Dachziegel losgerissen und auf die Straße geschleudert. Auch Schilder wurden heruntergerissen. Ferner hat der Sturm wieder ziemlich erheblichen Windbruch in den Parkanlagen und in den Forsten der Umgebung herbeigeführt.

Die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen hat beschlossen, vom 1. April 1912 ab die sogenannten ungelernen Arbeiter (Bauhelfer, Kontorhelfer, Arbeitshelfer usw.) nicht mehr wie bisher nach ihrer jeweiligen Arbeitsstelle, sondern nach ihrer Wohnung einzuschulen. Die zurzeit bereits eingeschulten Lehrlinge und ungelernen Arbeiter werden von dieser Maßregel nicht betroffen, sie bleiben nach wie vor

bei der Schule, in deren Bezirk ihre gegenwärtige Arbeitsstelle liegt. Eine Umschulung innerhalb des Schuljahres findet in keinem Falle mehr statt, ausgenommen, wenn ein Schüler in einen anderen Beruf übertritt. Diese Veränderung wurde notwendig, weil ein Teil der Arbeitsburden im Semester oft vier- bis fünfmal ihre Arbeitsstelle wechselt und auch eventuell ebenso oft umgeschult werden mußte. Nach Durchführung der Maßregel wird sich der Unterricht in den Arbeiterklassen ebenso fruchtbringend gestalten, wie dies in den Lehrlingsklassen bereits der Fall ist.

Hauswirtschaftlicher Unterricht in der Gemeindeschule.

Aus dem Rathaus wird berichtet: In der letzten Sitzung der städtischen Schuldeputation wurde unter anderem die Frage erörtert, ob der fakultative Hauswirtschaftsunterricht für alle Kinder der 1. Klasse vom Jahre 1913 ab eingeführt werden soll. Bisher hat der Verein „Für das Wohl der schulentlassenen Jugend“ mit städtischen Unterstufen diesen Unterricht in 21 Schulklassen erteilt. Die Deputation beschloß, diesen Unterricht vom 1. April 1913 ab an allen Gemeindeschulen einzurichten. Bis zu dem Termin werden sämtliche Schulen mit entsprechenden Küchen ausgestattet werden.

Diese Maßregel ist nur zu begrüßen. Neues bringt sie nicht, denn in anderen Städten, beispielsweise in unserer Nachbarstadt Charlottenburg, besteht in den Gemeindeschulen diese Einrichtung bereits, nur mit dem Unterschiede, daß alle die Kinder, die das letzte Jahr die Schule besuchen, daran teilnehmen müssen. Das wäre auch in Berlin sehr nötig. Der Kochunterricht muß in den Lehrplan aufgenommen werden, muß also im Gegensatz zu der Absicht der Schuldeputation obligatorisch sein und zwar nicht nur für die Kinder der ersten Klasse. Die Berliner Schulverwaltung sollte sich die Charlottenburger Einrichtungen zum Vorbild nehmen.

Die vom Verfehr fast abgeschnittene Gegend des Berliner Nordens zwischen Stettiner und Nordbahn, eine der schönsten um Berlin, soll nun endlich bessere Verkehrsverhältnisse erhalten. Die erst nach Ueberrwald geplante Gürtelbahn von Oranienburg soll nach Bernau gelegt werden. Diese neue Linienführung wird für die Gegend, besonders aber für Oranienburg und Bernau, sowie für die Ortshäuser an der Reinickendorfer-Liebenwalder-Groß-Schönebecker Bahn von der größten Bedeutung sein. Sie wird jetzt arg vernachlässigt und daher in der Entwicklung hinter vielen anderen zurückgeblieben. Die Kleinbahn nach Liebenwalde mit ihren hohen Tarifen, wenigen Personenzügen kann als modernes Verkehrsmittel für die Dauer kaum in Frage kommen. Würde man die Verkehrsverhältnisse auch nur einigermaßen bessern, dann würde die Entwicklung ganz bedeutend vorwärtsschreiten und den vielen tausend Erholung suchenden Berlinern nahe, bequeme und prächtige Erholungsstätten an den Seen und in den Wäldern um Wandlitz geschaffen werden. Besonders für die arbeitende Bevölkerung wäre es eine große Erleichterung, wenn sie billig und bequem nach dem Ueberrwald kommen könnte. Jetzt ist es unheimlich, teuer und zeitraubend. Die Wirkung billiger Tarife usw. kann man am besten an der Nordbahn studieren. Sie ist jetzt viergleisig und trotzdem plant man den Bau einer Schnellbahn vom Wedding nach Frohnau, um den Verfehr zu bewältigen. Die Bewohner wünschen deshalb die Verstaatlichung der Reinickendorfer-Liebenwalder Bahn und den Bau einer Verbindungsbahn Oranienburg-Bernau, damit die arg vernachlässigte Gegend im Norden endlich für den Verfehr erschlossen wird.

Ein Opfer des Sturmes ist der 59 Jahre alte Bahnarbeiter Hermann Dehl aus der Remeler Straße 79 geworden. Als er auf dem Bahnsitz des Briesener Bahnhofes stand, warf ein heftiger Windstoß ihn so unglücklich um, daß er auf die Schienen fiel, gerade in dem Augenblick, als ein Zug nach Briesen ankam. Der Verunglückte geriet unter den Zug und wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß er auf der Stelle unter den Händen eines Bahnarztes, der gleich gerufen wurde, verschied. Die Leiche wurde einstweilen im Dienstgebäude geborgen und später nach dem Schauhaus gebracht. Dehl hinterläßt eine Frau und drei erwachsene Kinder.

Räusliche Explosion. Unter der Brücke am Mühlendamm, dicht am Gebäude des städtischen Nahrungsmittel-Untersuchungsamts, erfolgte Mittwoch nacht im Wasser eine heftige Explosion mit zwei starken Erschütterungen. Dabei schoß ein mächtiger, etwa vier Meter höher Feuerstich aus dem Wasser empor, und die ganze Gegend wurde auf kurze Zeit in eine dicke Rauchwolke gehüllt. Man rief die Feuerwehr herbei, die auch sofort anrückte und eine sorgfältige, bisher noch ergebnislos verlaufene Untersuchung anstellte.

Waffenfische suchten gestern früh das Geschäft von Metzgermeister in der Friedrichstr. 55 heim. Der Geschäftsmann wohnt seit 14 Tagen in einem anderen Hause, während er früher hinter dem Laden zu schlafen pflegte. Diese Gelegenheit und das stürmische regnerische Wetter, bei dem die Straßen menschenleer waren, benutzten gestern in der sechsten Morgenstunde Eindreher zu einem Beutezuge. In die Ladenräume schlugen sie mit einem harten Gegenstand ein 20mal 40 Zentimeter großes Loch, durch das sie dann für 2000 M. Revolver und Browningpistolen, alles wertvolle Waffen, herausnahmen. Der Bestohlene ist verhaftet.

Ein weißlicher Raution- und Abkoptionschwinder, der den männlichen nicht ohne Erfolg Konkurrenz machte, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Eine 33 Jahre alte Frau Vera Semler aus der Reitenloferstraße, die schon wiederholt wegen asserhand Schwindeldiebstahl bestraft wurde, benutzte sogar ihren Aufenthalt im Gefängnis, um neue Streiche vorzubereiten. So machte sie sich bei Verhörung ihrer letzten Strafe an eine Wittgefängene heran, von der sie erfahren hatte, daß sie Geld besaß. Nach ihrer Entlassung besuchte sie diese Frau, die schon vor ihr in Freiheit gesetzt worden war, und teilte ihr mit, daß sie lohnende Beschäftigung für sie habe. Sie habe ein Garderobe zu vermieten, könne sie aber nur an jemand geben, der imstande sei, 200 M. Bürgschaft zu stellen. Die Frau, die ihrer früheren Rittgefängene volles Vertrauen schenkte, ging darauf ein und war ihr Geld los. Nach diesem ersten neuen Erfolg suchte die Gaunerin eine Dame auf, von der sie gehört hatte, daß sie sich um Beschäftigung bewerbe und schwindelte ihr vor, daß sie in Heringsdorf eine Pension besitze und für diese eine Hausdame suche. Diese Stellung bot sie ihr an, und da sie alle Verhältnisse im rosigsten Lichte schilderte, so griff die Dame gleich zu, stellte sofort die Bürgschaft und fuhr nach Heringsdorf hinaus, um sich ihren künftigen Wirkungskreis einmal anzusehen. Sehr enttäuscht lehrte sie bald zurück, nachdem sie vergeblich nach der Pension gesucht hatte. Zu Hause fand sie eine zweite unangenehme Ueberraschung. Die einstweilen zurückgelassenen Sachen hatte die Gaunerin unterdessen gründlich durchsucht. Aus dem aufgedrohenen Koffer hatte sie außer anderen Sachen auch ein Sparkastensbuch über 800 Mark mitgenommen. Die Bestohlene machte sofort Anzeige, die Diebin war ihr aber zugekommen und hatte das Geld bereits abgehoben. Mit dieser Beute fuhr die Schwindlerin nach anderen Wadorten weiter. In Zimmowitz lernte sie ein Ehepaar kennen, das gern ein Kind gehabt hätte. Sie spiegelte ihm vor, daß sie eins zu vergeben habe. Sie nannte ein Dienstmädchen in Berlin, das ein Kind verschleichen wollte, zeigte auch Briefe und das Bild des Kindes, nahm dem hoch erfreuten Paar eine Gebühr ab und verschwand. Als die Leute in Berlin das angegebene Mädchen in seiner Wohnung aufsuchten, ergab sich, daß dieses niemals Mutter gewesen ist. Diese und andere Anzeigen veranlaßten die Kriminalpolizei, die Gaunerin aufzusuchen, und gestern gelang es ihr, sie in ihrer alten Bekannten zu ermitteln und festzunehmen.

**Geschäftseinbrüche** waren auch in den letzten Nächten wieder eifrig an der Arbeit. In das Putzgeschäft von Gilly Krieg in der Blumenstraße 1 drangen sie mittels Nachschlüssels ein und stahlen außer verschiedenen Stöcken, Kissen, Röcken und Federn ein Fahrrad im Werte von 180 M. Dies trug die Fabrikmarke „Voran“. Insgesamt stahlen die Diebe Waren für über 1000 M. — Aus dem Laden des Schneidemeisters Hugo Sonnabend in der Alexanderstraße 20, in den sie ebenfalls mittels Nachschlüssels gelangt waren, schleppten sie für über 500 M. Hosen- und Kleiderstoffe heraus. Sie vernichteten sodann noch den Laden und entluden unbemerkt.

Zwei weitere Geschäftseinbrüche wurden in vergangener Nacht in der Reanderstraße verübt. In das Herrenartikelgeschäft von Paul Rathansohn im Hause Nr. 8 ließen sich die Diebe einschleichen, dann öffneten sie eine Tür mit einem Nachschlüssel, aus einer anderen schritten sie die Füllung heraus. So gelangten sie in den Laden, stahlen hier für über 1000 M. Wäsche aller Art und entluden mit der Beute unbemerkt. Im Hause Nr. 9 öffneten die Diebe mit einem Nachschlüssel den Schaufenster des Herrenartikelgeschäfts von Hermann Müller und räumten aus diesem die dort aufgestellten Oberhemden, Kragen und Krawatten. Auch dort hat man die Einbrecher nicht gesehen.

Für 1000 M. Straußenseiden erbeuteten Warenräuber, die es darauf abgesehen zu haben scheinen, die Weihnachtsgüter auszunutzen. Es handelt sich um zwei junge Männer und ein Mädchen, die Hand in Hand arbeiten. Einer der Männer mietete in der Steglitzer Straße ein möbliertes Zimmer auf einige Tage, bezahlte für 8 Tage, erzählt, daß er geschäftlich in Berlin zu tun habe und später das Zimmer wahrscheinlich für längere Zeit mieten werde. Dann ging er gleich weg und kam erst am anderen Tage wieder. Diesmal brachte er den zweiten jungen Mann und das Mädchen mit. Unterdessen hatte er in einer Straußenseidenhandlung in der Potsdamer Straße für 1000 M. Federn ausgesucht und zur endgültigen Auswahl nach seiner Wohnung bestellt. Als ein Lehrling mit der Ware kam, schickte die Bande es unter dem Vorgeben, daß die Auswahl noch nicht groß genug sei, noch einmal zurück. Gleich darauf gingen alle drei mit der Beute weg und ließen sich nicht wieder sehen. Vorsichtiger war das Kaufmädchen einer Pelzwarenhandlung eine Stunde vorher gewesen. Es sollte ebenfalls noch mehr Pelze holen, behielt aber die mitgebrachten und bemerzte so ihr Geschäft vor Schaden. Die Bande wird ohne Zweifel auch an anderen Stellen mit ihrem Kniff noch arbeiten.

Der bei dem Brande des Zigarrengeschäfts von Rothe in der Gerbinsstr. 5 schwer verletzte Otto Rothe ist im Krankenhaus Westend an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Nach dem Barenhause von W. Bertheim, Potsdamer Straße 10-12, wurde heute abend gegen 7 Uhr die Berliner Feuerwehr alarmiert. Dort zerschlug im Materialkeller der Hausdicker Claffer einen Ballon Schwefelsäure. Er hatte die Absicht, hiermit Feuer anzulegen. Als ein Glühstück es betradet wurde, daß die Schandtat sofort bemerkt wurde und somit größeres Unglück bei dem regen Weihnachtsverkehr verhütet wurde. Die Polizei ermittelte am Tatort und nahm den Täter fest. Die Feuerwehr beseitigte die Gefahr, ohne daß das Publikum beunruhigt wurde, oder der Geschäftsverkehr irgendeine Unterbrechung erlitt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Stadtverordneten hatten am Mittwoch in gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat die Wahl von acht Provinziallandtagsabgeordneten vorzunehmen. Da vorher zwischen den Fraktionen und dem Magistrat ein Einverständnis erzielt war, konnten die Wahlen in einem Wahlgang erfolgen. Gewählt wurden Oberbürgermeister Schuster, Bürgermeister Rattling, Stadtrat Dr. Jaffe, Rammerey, Schulz und die Stadt. Kaufmann (lib.), Dr. Hubatsch (unpol.), Otto (lib.), Dr. Vorchardt (Soz.). Mit dem Genossen Dr. Vorchardt zieht der erste Sozialdemokrat in den Brandenburgischen Provinzialtag ein.

Die Stadtverordnetenversammlung, die letzte in diesem Jahre, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen; es galt mit allen Vorlagen und Anträgen, soweit sie sprachreif waren, aufzuräumen.

Beinahe einstimmig ersuchte die Versammlung den Magistrat, die Wähler durch eine besondere Benachrichtigung auf die bevorstehende Reichstagswahl hinzuweisen. Ob der Magistrat dem Antrag beitreten wird, erscheint freilich zweifelhaft. Stadtrat Seidel gab nämlich die Erklärung ab, daß der Magistrat sich bereits mit der Frage beschäftigt, aber beschließen habe, von der Versendung von Einladungen abzusehen. Die von dem Magistratsdirektor angeführten Gründe wurden von den Stadtverordneten Rossgau, Bill (Soz.), Dollmann und Dr. v. Nitz als nicht stichhaltig widerlegt; insbesondere wiesen alle Redner darauf hin, daß die Kosten, die der Magistrat auf 6000 M. schätzt, keine Rolle spielen dürfen.

Ein weiterer, von der liberalen Fraktion eingebrachter Dringlichkeitsantrag betraf die Feuerungsanlagen. Durch diesen Antrag wird der Magistrat ersucht, der Versammlung schleunigst eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche in Anbetracht der Feuerung vieler Lebensmittel den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt, soweit sie ein Einkommen von nicht mehr als 2000 M. jährlich beziehen, eine einmalige Beihilfe gewährt wird. In der Begründung wies Stadtrat Meyer (lib.) auf die von anderen Gemeinden Groß-Berlins getroffenen Maßnahmen und auf die Feuerung der Preise für alle Nahrungsmittel hin, die außer von den extremagratischen Kreisen von niemandem geleugnet werde. Bürgermeister Rattling sprach sich gegen den Antrag aus, einmal, weil nach der Statistik des Magistrats die Feuerung nur gering sei, und zweitens aus finanziellen Gründen. Die Verwirklichung des Antrages würde 270 000 M. erfordern. Außerdem zahlte der Magistrat seit dem 1. Dezember an die bisher am höchsten bezahlten Arbeiter bereits höhere Löhne, er habe den Stundenlohn auf 45 Pf. für ungelernete Arbeiter erhöht, so daß der Tagelohn bei 9 Stunden 4,05 M. ausmache.

Stadtrat Hirsch wies darauf hin, daß er in der Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelerhöhung selbst in Verbindung mit Herrn Stadtrat Meyer einen Antrag in gleicher Richtung gestellt. Daraus gehe hervor, daß seine Freunde mit dem Antrage grundsätzlich einverstanden seien. Redner bedauerte das ungewöhnlich langsame Arbeiten der Deputationen in Charlottenburg. Bei den Beschlüssen der Feuerungskommission werde, das sehe schon jetzt fest, nichts herauskommen. Die Zahlen des Herrn Bürgermeisters Rattling hielten nur bei oberflächlicher Prüfung stand. Die agrarischen Kreise würden sich freuen, wenn sie hören, daß ein Magistratsdirektor von Charlottenburg gleich ihnen die Feuerung leugnete. (Lebhafte sehr richtig!) Die amtliche Statistik zeige deutlich, wie gewaltig die Feuerung sei; auch jede Hausfrau sei imstande, dem Magistrat den Beweis für die Feuerung zu erbringen. Erzwunglich sei es, daß sich bei den Arbeitern der Magistrat zu einer Lohnverhöhung entschließen und nicht mit Feuerungsanlagen begnügt habe. Wehe! von Charlottenburg herum würden solche Julagen gezahlt; zu Weihnachten den Angestellten eine solche zu zahlen, sei ja nicht mehr möglich. Dann möge es aber wenigstens recht bald geschehen. Er bitte dringend, dafür zu sorgen, daß Charlottenburg nicht hinter den anderen Kommunen zurückbleibe. — Nachdem von anderer Seite die Feuerungsanlagen grundsätzlich bejaht und statt dessen Erhöhungen befürwortet worden, gab Bürgermeister Rattling Auskunft über die bisherigen Beschlüsse der Feuerungskommission. Hiernach wird der Magistrat mit der Gesellschaft für Einrichtung von Volkskaffee- und Speisehallen wegen Errichtung einer solchen Anstalt im Zentrum der Stadt in Verbindung treten und nach Abschluß der Verhandlungen eine entsprechende Vorlage der Stadtverord-

netenversammlung zugehen lassen. — Der Antrag wurde sodann mit großer Mehrheit angenommen.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte die Mitteilung des Vorstandes der Versammlung betr. Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtvorordnetenversammlung. Der Vorstand hat den Magistrat unter anderem gefragt, ob und wann er eine bereits vor drei Monaten eingereichte Interpellation des Stadtv. Dollmann beantworten wolle, die das Verbot der Beamten in den Diensträumen betrifft. Der Magistrat hat erwidert, daß es sich hierbei um eine von dem Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als Magistratsdirektor erlassene Anordnung handle, über die der Versammlung ein Kontrollrecht nicht zusteht. Durch diese Antwort beantragte der Vorstand die Anfrage für erledigt zu erklären. Hiergegen wandte sich Genosse Hirsch, der es als unzulässig bezeichnete, in dieser Weise Interpellationen aus der Welt zu schaffen. Wenn er auch sachlich mit dem Interpellanten nicht übereinstimme, so wolle er doch, daß das Interpellationsrecht der Stadtvorordneten hochgehalten werde. Ganz abgesehen von der Nichtachtung, die darin liegt, daß der Magistrat nach drei Monaten erst noch einmal angefragt werden solle, ob er eine Interpellation beantworten wolle, müsse die Innehaltung der Bestimmungen der Geschäftsordnung verlangt werden. Er beantrage deshalb, die Angelegenheit in richtiger Form auf die Tagesordnung einer Sitzung zu setzen und dann nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung zu erledigen. Diesen Ausführungen schlossen sich Redner aller Fraktionen an, während Oberbürgermeister Schuster für den Magistrat das Recht in Anspruch nahm, selbst zu entscheiden, in welcher Form er eine Anfrage beantworten wolle. Schließlich gelangte der Antrag Hirsch einstimmig zur Annahme.

Im übrigen erledigte die Versammlung noch eine große Reihe von Vorlagen, die aber kein allgemeines Interesse beanspruchten, sowie eine Anzahl von Petitionen, die sich auf die Regulierung des Charlottenburger Ufers, auf die durch die Gasanstalt I hervorgerufenen Rauch- und Rußbelästigungen, auf die Festsetzung eines Bebauungsplanes für Neu-Westend beziehen und sämtlich nach den Anträgen des Petitionsausschusses erledigt wurden.

Die erste Sitzung im nächsten Jahre, in der die neu- und wiedergewählten Stadtverordneten eingeführt werden, findet am Mittwoch, den 10. Januar, statt.

### Rixdorf.

Wegen plötzlicher Erkrankung einiger Schauspieler gelangt am 2. Weihnachtstage nicht „Meyers“, sondern „Das fünfte Rad“ zur Aufführung. Die verlaufene Willeits haben hierfür Vältigkeit. Programme werden am Saaleingang gratis verabfolgt. Für die Theaterbesucher bedeutet dieser Wechsel keinen Nachteil. Die Handlung des Stückes „Das fünfte Rad“ spielt in Rixdorf. Inhalt und Darstellung des Stückes geben Gewähr, daß die Zuschauer voll und ganz auf ihre Rechnung kommen.

Wir weisen noch darauf hin, daß die Wäherausstellung in Poppes Festalen, Hermannstr. 49-50, nur noch bis Sonnabend, täglich von 4 Uhr ab geöffnet ist. Diejenigen Parteigenossen, welche die Ausstellung noch nicht besucht haben, mögen die Veröffentlichung im „Vornarr“ vom 13. d. Mts. lesen. Eine Besichtigung ist in jedermanns Interesse zu empfehlen. Der Bildungsaussch.

Die Feuerwache in der Grlstraße soll zu einer Automobilstation hergerichtet werden. Dort soll ein Automobil-Wäherzug bestehend aus einer Gaspumpe mit Rammkraftwagen, einer Dampfmaschine und einer Automobildrehleiter untergebracht werden, wodurch die Feuerwache von Rixdorf eine wesentliche Erhöhung erfährt. Die Turmleiter wird von der „R. A. G.“ in Ober-Schöne-weide geliefert und soll Anfang des nächsten Jahres in Dienst gestellt werden.

### Nieder-Schöne-weide.

Eine Weihnachtsfeier veranstaltet der Turnverein „Oberspre“ (M. d. A. L. V.) am ersten Weihnachtsfesttage, Abends 7 Uhr, im Restaurant-Hallenwerder. Die Feier besteht in Konzert, humoristischen Vorträgen, turnerischen Aufführungen und Theater. Freunde und Gönner der freien Turnerei sind hiermit freundlichst eingeladen. Willens sind bei den Mitgliedern für 80 Pf. zu haben.

### Pantow.

Die durch den Bildungsaussch. im Gewerkschaftshaus ausgestellten Bilder und Schriften sind sämtlich durch die Expedition, Wäherstr. 30, zu beziehen. Dort befinden sich auch zum sofortigen Ankauf und zur Besichtigung eine große Auswahl guter Kinder- und Jugendbüchlein, sowie Bilder zur Schmückung des Arbeiterheims.

In der Ferientzeit wolle man die Kinder darauf hinweisen, daß sich im Orte Ausgabestellen für Jugendbüchlein befinden und zwar: Wäherstr. 30, in der Expedition, Drehmeier, 60 in Zigarrenschäft und Kaiser-Friedrichstr. 88, II. Eingang parterre, bei Walter. Die Ausgabe dieser Jugendbüchlein, Märchen, Erzählungen usw. erfolgt unter den bekannten Bedingungen, das Lesen ist vollständig kostenlos.

Die Mitglieder des Wahlvereins wollen die zur Verfügung stehende Freizeit dazu benützen, die Bibliothek des Wahlvereins, Wäherstr. 30, recht oft in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß die Gemeindebibliothek, die sich im Rathaus befindet, gute sozialistische Lesüre aufweist, die seinerzeit auf Antrag der Gemeindevertreter dritter Klasse angefordert wurde.

### Reinickendorf-Ost.

Eine Märchenvorlesung veranstaltet der Bildungsaussch. der Partei am Weihnachtseilabend (Sonntag, den 24. Dezember), nachmittags 2 Uhr, in den „Hubertusfälen“, Provinzstraße 77-79, unter Mitwirkung der Künstlerin Fräulein Maria Holgers. Die durchaus populär-künstlerische Veranstaltung sollte alle Parteigenossen und Genosseninnen veranlassen, ihren Kindern die Teilnahme zu ermöglichen, um so mehr als der Eintrittspreis auf nur 10 Pf., also so niedrig wie möglich bemessen ist. Willeits sind noch bei den Bezirksführern und am Tage der Veranstaltung an der Kasse zu haben.

### Lübars-Waidmannslust.

Zu der letzten Gemeindevertreterversammlung hatten sich wieder zahlreiche Gemeindeangehörige als Zuhörer eingefunden, stand doch die Entscheidung darüber, ob für oder gegen die Erweiterung der Dr. Leonhardschen Anstalt auf die Tagesordnung. Die beiden Ortsvereine sowie der Grundbesitzerverein hatten um Ablehnung petitioniert. Die Kommission, welche gewählt war, um das Verwerfungsmaterial zu prüfen, konnte aber auf Grund deselben der Gemeindevertretung die Ablehnung nicht empfehlen. Beschlossen wurde gegen 3 Stimmen die Erweiterung abzulehnen. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß die Kommission, welche den Seefisch- und Kartoffel-einkauf vorzubereiten hatte, mit Hermsdorf gemeinschaftlich gelangt und beschlossen hat, den Einkauf von Seefischen nicht zu befürworten, dagegen aber zu empfehlen, Gelder für den Kartoffel-einkauf zu bewilligen. Dem Antrage des Gemeindevorstehers, hierzu 700 Mark bereit zu stellen, wurde zugestimmt. Genosse Lischer sprach noch den Wunsch aus, daß nunmehr die Sache schneller von hinnen gehen möge, als wie bisher, da sonst die ganze Aktion durch Witterungs-umschlag in Frage gestellt werden könnte. Ueber das sonderbare Verfahren, wie mitunter Anträge unserer Genossen behandelt werden, konnte man in dieser Sitzung Studien machen. Der erste Antrag will denjenigen Gemeindeangehörigen, welche am 1. Januar 1912 noch nicht ein Jahr in dem Gemeindebezirk Lübars wohnen, auf Grund der §§ 41 und 42 der Landgemeindeordnung das Gemeindevorteil verleihe. Der zweite will die Zahl der Gemeindeverordneten vom 1. April 1912 ab auf zwölf erhöht wissen. Der dritte wünscht neue Zustimmungsbeschlüsse für die Parallelstraße, da dieselbe in der jetzigen Breite für die Zukunft dem Verkehr nicht genügt. Diese drei Anträge wurden 10 Tage vor der Sitzung eingereicht, kamen aber trotzdem nicht mit auf die Tagesordnung. Nun glaubten unsere Genossen, der Herr Gemeindevorsteher würde unter „Geschäftliches“ mitteilen, was er mit diesen Anträgen zu tun gedenkt, darin hatten sie sich aber gründlich getäuscht. Gen. Rehm

mußte erst nach dem Schicksal der Anträge fragen, um als Antwort zu erhalten, daß die Anträge erst geprüft würden und dann auf die Tagesordnung kämen. Es ist charakteristisch, daß man den Gemeindeverordneten sechs Stunden vor der Sitzung eine Nachtragstagesordnung ins Haus schickt, welche noch dazu einen Antrag enthält, der einigen Grundbesitzern Vorteile verschafft und wozu die Gemeindevertretung Gelder bewilligen soll. Ueber die Anträge unserer Genossen, welche zehn Tage früher eingekandt sind und die für die Allgemeinheit von Interesse sind, setzt man nicht auf die Tagesordnung.

## Versammlungen.

Genossin Rosa Luxemburg ersucht uns um Aufnahme folgender Zusätze:

„Zu dem Bericht über meine Versammlung im ersten Wahlkreis möchte ich die folgende kurze Bemerkung nachtragen: Völlig unerwähnt ist in dem sonst so sorgfältigen Bericht ein Passus meiner Rede geblieben, wo ich, auf die Frage unseres Verhaltens im Kriegs-falle eingehend, entgegen den Äußerungen unserer Fraktion im Reichstag erklärte, kein erster Politiker könne zwar im voraus versichern, die Sozialdemokratie würde im Kriegsfall einen Waffenstillstand machen, genau so wenig könne aber erklärt werden, wir würden in diesem Falle keinen Waffenstillstand machen. Im Gegenteil sei es zu hoffen und zu wünschen, daß früher oder später Kriegsgelüste sowohl in Deutschland wie in Frankreich einem entschlossenen Nein der Volksmassen begegnen. Ich weiß wohl, daß nicht jede Rede im Zeitungsbericht berücksichtigt werden kann und kümmerer mich sonst wenig um Berichte. Ich glaube jedoch, daß eine Erwähnung in diesem Falle notwendig ist. 1. weil gegenwärtig die imperialistische Gefahr, also auch alles, was sich auf die Friedensaktion des Proletariats bezieht, im Vordergrund der Agitation steht, und 2. weil der betreffende Passus meiner Rede von einer so demonstrativen, minutenlangen Verfallskundgebung der großen Versammlung begleitet war, daß es klar war: auch die Versammlung hielt die Betonung der unerlöschlichen Friedensabsichten der Sozialdemokratie für den wichtigsten Teil des Referats.“

R. Luxemburg.

## Aus aller Welt.

### Raubanfall auf offener Straße.

Mit ungewöhnlicher Dreistigkeit haben vier Räuber in Paris einen Heberfall auf einen Kassenboten des Bankhauses Societe Generale durchgeführt. Als der Kassenbote gestern vormittag den Pontmartré passierte, wurde er von vier Leuten überfallen, durch Revolvergeschüsse verwundet und seiner Tasche beraubt. Die Räuber flüchteten in einem Automobil, das auf sie gewartet hatte, und trieben die sie verfolgende Menge mit Revolvergeschüssen zurück. Die Tasche soll 20 000 Francs in Banknoten und für 100 000 Francs Wertpapiere enthalten haben.

### Der Freisinn unter dem Hammer.

In Löwenberg, zum Wahlkreis des Fortschrittlers Kopsch gehörend, bestand seit langen Jahren ein demokratischer Klub, der die Bilder verschiedener freisinniger Größen sein eigen nannte. Wegen des Ein- und Hervorkommens der Liberalen kam es auch im Klub zu Differenzen, die mit der Auflösung desselben endeten. Ueber das Klubinventar, d. h. die Bilder, kam keine Einigung zustande. Es wurde beschlossen, sie zur öffentlichen Versteigerung auszubieten. Gelagt, getan. Inserate in den Lokalblättern kündigten an, daß die Bilder der freisinnigen Größen im „Schwarzen Adler“ unter dem Hammer kommen sollten. Ueber die Preise, die dabei erzielt wurden, gibt folgende Notiz im Löwenberger „Bürger- und Hausfreund“ Auskunft:

Versteigerung. Bei der heut Montag stattgefundenen öffentlichen Versteigerung von Bildern freisinniger Abgeordneter seitens des Bürgervereins wurden folgende Preise abgegeben: Birchow (ein größeres Brustbild) 4,50 M., Eugen Richter 1,20 M., Friedländer 50 Pf., Julius Kopsch 2,50 M. Das Anfangsgebot für letzteres war doppelt und betrug 5 Pf.

Ganze 5 Pfennige waren also für Kopsch das Anfangsgebot. Sicher von Leuten abgegeben, die ihn genau kennen. Und das in seinem eigenen Wahlkreis. Armer Kopsch!

### Schwerer Sturm im Kanal.

Ein heftiger Sturm wüthet seit zwei Tagen im Kanal. Die Dampferverbindungen zwischen der englischen und französischen Küste sind vollständig unterbrochen oder erleiden erhebliche Verspätungen. Zahlreiche Schiffe mußten zum Schutze englische Häfen anlaufen. Man verzeichnet bereits schwere Schiffsunfälle. In der Nähe von Folkestone sind drei Fischerboote an den Strand geworfen worden, es gelang die Mannschaft zu retten. Die telegraphischen Verbindungen mit Frankreich sind vollständig unterbrochen, so daß in der vergangenen Nacht keine Telegramme zwischen Frankreich und England ausgetauscht werden konnten.

### Kleine Notizen.

Ein Werk Leonards da Vinci? Wie ein Telegramm aus Madrid meldet, hat die Frau eines spanischen Deputierten ein Eisenbahnkuffert, das ihre Mutter vor 25 Jahren für fünfzig Pesetas erworben hatte und das sich nun als ein Werk Leonardo da Vincis herausstellte, an einen amerikanischen Millionär für 625 000 Pesetas verkauft.

Ein Deutscher in Petersburg überfallen. Der sächsische Staatsangehörige Gustav Rischer, Mitbesitzer eines Petersburger Handelsgeschäfts, wurde bei einem Raubüberfall auf sein Kontor lebensgefährlich verwundet.

### Singegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Noch lange nicht genug! — Die Strafrechtswissenschaft gegen die Arbeiterklasse. Von Siegfried Weinberg. — Die Verdrängung in den landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetrieben. Von Jakob Völkel. — Zur Statistik der Reichstagswahlen. Von g.

Reinickendorf. Der Reichenhain Nr. 46: Pariser Museen. Von John Schlotmann. Der Klassenkampf auf der Bühne. Von Julie Romm. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Volksanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Marktpreise von Berlin am 20. Dezember 1911, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktbullenpreise. (Reinhandl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Norden 35,00-50,00. Speisebohnen weiche, 40,00-60,00. Linzen 40,00-50,00. Kartoffeln 5,00-11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30-1,80. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,20. Butter 2,00-3,20. 60 Stück Eier 3,50-5,40. 1 Kilogramm Sarpfen 1,20-2,40. Halm 1,20-2,50. Bänder 1,40-3,60. Seife 1,20 bis 2,60. Seife 1,00-2,00. Schleie 1,40-3,20. Halm 0,80-1,40. 60 Stück Seife 2,40-24,00.

Wetterprognose für Freitag, den 22. Dezember 1911. Ein wenig kühler, zeitweise anklarer, vorwiegend trübe mit Nieder-schlägen und ziemlich harten südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 22. Dezember 1911.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**S. Oprendhaud.** Der Rosenkavalier.  
**S. Schaubielhaus.** Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.  
**Neues.** Die kleine Fremdin.  
**Deutsches.** Inwendig.  
**Gaberland.** Spezialitäten.  
**Jirtus Busch.** Gala-Vorstellung.  
**Jirtus Schumann.** Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Tautenkranz 48/49.  
Von Meran zum Orler.  
**Kammerpiele.** Nathan der Weise.  
**Kurfürstener.** Geschlossen.  
**Berliner.** Die Ahnengalerie.  
**Leitung.** Das weiße Land.  
**Komische Oper.** Rigoleto.  
**Neues Schauspielhaus.** Geschlossen.  
**Reifen.** Jahnke.  
**Reifen.** Ein Walzer von Chopin.  
**Neues Opernhaus.** Geschlossen.  
**Kleines.** Lottens Geburtstag.  
**Geny und Janny.** Elyse.  
**Erste Klasse.** Hedenhof.  
**Schiller O.** Don Carlos.  
**Schiller.** Charlottenburg.  
**Madame.** San Gine.  
**Friedr.** Wilt. Schauspielhaus.  
**Sonaparte.** und seine Frauen.  
**Königgrätzer Straße.** Geschlossen.  
**Hofe.** Faust I. Teil.  
**Wier.** Die Nacht von Berlin.  
**Lustspielhaus.** Die Vergnügungsreise.  
**Trionon.** Geschlossen.  
**Thalia.** Polnische Wirtschaft.  
**Luifen.** Geschlossen.  
**Casino.** Der Kampf ums Dasein.  
**Wagon.** Spezialitäten.  
**Herrfeld.** Schmerzlose Behandlung.  
**Das Kind der Firma.**  
**Reichs.** Heiliger Säng.  
**Königstadt-Kasino.** Spezialitäten.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Holles Caprice.** Mandelblüths Vollerabend.  
**Waldhalla.** Teufel, das hat eingeblagen!  
**Road.** Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Kollotheater.** Leidenschaft.  
**Belle-Alliance.** Die schöne Kokotte.  
**Antimes.** Der Brandstifter.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.  
**Kaiser-Panorama.** II. Reize in Bosnien und Herzegowina. Die sonnige Plaz a. Rh.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater O.** Theater  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Don Carlos.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Maskerade.**  
Sonntag: Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Madame Sans-Gêne.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Sonntag: Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Ahnengalerie.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Heute geschlossen.  
**Neues Theater.**  
7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Die kleine Fremdin.**  
Louison Frital Massary.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Falinitza.**  
Sonabend und Mittwoch nachm.  
4 Uhr: **Wag und Morit.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute 8 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**  
Montag u. Dienstag (1. u. 2. Weihnachtstages) nachm. 3 Uhr: **Die Dame von Maxim.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance-Theater**  
Abends 8 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Die schöne Kokotte.**  
Zusätzlicher Schwanke in 3 Akten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Luifen-Theater.**  
Freitag wegen Probe geschlossen.  
Sonabend nachm. 4 und abends 8 Uhr: **Die kleine-Fle das Christkind suchen tag.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Faust (I. Teil).**  
Sonabend 4 Uhr: **Glöcklein und Goldbrunnenchen.** 8 Uhr: **Faust.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
**Die Nacht von Berlin!**  
Große Bühnenrevue in 7 Bildern von Prof. Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauschen gestattet.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
8 Uhr:

Von Meran zum Orler.



Abends ab 8 Uhr.  
Die großen Spezialitäten.  
9 Uhr:

**Harry Walden**  
im Brettisönig.

## Herrfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg:  
**Das Kind der Firma.**

Dazu: Schmerzlose Behandlung.  
An allen 3 Weihnachtsabenden  
prächtige **Das Kind der Firma**  
und: Schmerzlose Behandlung.  
Sonntag, den 31. Dezember er.:  
**Große Silvester-**  
**Vorstellung**  
von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh.  
Niesen-Lachprogramm octg. Art:  
Das Kind der Firma, Schmerzlose  
Behandlung. Orig. Klavier-Partie.  
Fast-Prölog Fanfaren-Gruß.  
3 Uhr früh: Silvester-Kabarett.  
für sämtl. Beschäftigten  
schon zu haben.

**Billets**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Holles Caprice.** Mandelblüths Vollerabend.  
**Waldhalla.** Teufel, das hat eingeblagen!  
**Road.** Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Kollotheater.** Leidenschaft.  
**Belle-Alliance.** Die schöne Kokotte.  
**Antimes.** Der Brandstifter.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater O.** Theater  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Don Carlos.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Maskerade.**  
Sonntag: Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater** Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Madame Sans-Gêne.**  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Sonntag: Geschlossen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Ahnengalerie.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
Heute geschlossen.  
**Neues Theater.**  
7 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Die kleine Fremdin.**  
Louison Frital Massary.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Falinitza.**  
Sonabend und Mittwoch nachm.  
4 Uhr: **Wag und Morit.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute 8 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**  
Montag u. Dienstag (1. u. 2. Weihnachtstages) nachm. 3 Uhr: **Die Dame von Maxim.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein Walzer von Chopin.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Belle-Alliance-Theater**  
Abends 8 1/2 Uhr zum erstenmal:  
**Die schöne Kokotte.**  
Zusätzlicher Schwanke in 3 Akten.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Luifen-Theater.**  
Freitag wegen Probe geschlossen.  
Sonabend nachm. 4 und abends 8 Uhr: **Die kleine-Fle das Christkind suchen tag.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Faust (I. Teil).**  
Sonabend 4 Uhr: **Glöcklein und Goldbrunnenchen.** 8 Uhr: **Faust.**

Anfang 8 1/2 Uhr.

## Zweiter Wahlkreis.

Montag, den 25. Dezember 1911 (1. Weihnachtsfeiertag):

**Winter-fest**  
in **Kliems Festsälen**, in der **Viktoria-Brauerei**,  
Hasenheide 12-13: Lützow-Straße 111-112:

**Konzert** ausgeführt **Berliner Sinfonie-Orchester** (Dirig.: Herr Max. Fischer).

**Volkssänger-Gesellschaft** | **Konzert-Sänger Herr**  
**Gerhardy.** | **Paul Bauer.** 212/12

Nach dem Konzert: **Großer Ball.** Herren zahlen 50 Pf. nach.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pf. Garderobe 10 Pf. Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

**6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**

Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag), in den Pharusälen, Mollerstr. 142

## Weihnachtsfeier

unter gefl. Mitwirkung des **Kabarett-Ensembles Paul Fliegner vom Linden-Kabarett** und der **Konzertkapelle Bruno Manger.**

Nach der Feier: **Großer Ball.**

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.

Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Einlaßkarte 40 Pfennig. Garderobe 10 Pf. Das Komitee.

Montag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag) im Moabiter Gesellschaftshaus  
Wiclfstraße 24 (großer Saal)

## Kabarett-Abend

ausgeführt von den

**„Berliner Rangen“ (Dir. R. Fliegner)**

Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pfennig nach.

Eröffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Rauschen während der Vorstellung nicht gestattet.  
Einlaßkarte 40 Pf. Das Komitee.

Zahlreichen Besuch erwartet

## Midgets Town

Hauptstadt von Liliput  
mit ihren **70 Bewohnern**

Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.  
Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.  
Entree inbegriffen Varieté- und heitere Unterhaltungs-Vorstellungen.  
**1 Mark.**

Zirkus Extra-Entree. Zirkus Extra-Entree.



**A Mords Gaudi!**  
**Ober-Bayern**  
**Sport-Palast**  
Potsdamerstr. 72.

Heute Anfang 8 Uhr abends. Eintritt 50 Pf.  
**Tanz - Rodelbahn - Teufelsrad usw.**  
Drei Musikkapellen - Kambergers berühmte Original-Oberländer-Truppe.

## Reichshallen-Theater.

**Fest-Soiree der**  
**Stettiner Sängers**  
zum Besten  
einer  
Weihnachts-  
bescherung  
Hilfsbedürftiger.  
Der volle Ertrag  
ohne Abzug  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr an  
halbe Preise.  
Restaurant ersten Ranges.

irgend welcher Kosten kommt dem  
mohltätigen Zweck zu gute!  
Anfang 8 Uhr.

## Voigt-Theater.

Geliebteninnen Sadstraße 59.  
Freitag, Sonnabend und Sonntag:  
Geschlossen.  
Montag, 25. Dezember (1. Feiertag):  
3 Uhr: **Judenfamilie.**  
8 Uhr: **Haubenlerche.**  
Dienstag, 26. Dezember (2. Feiertag):  
3 Uhr: **Eine tolle Nacht.**  
7 Uhr: **Goldonfel.**  
Mittwoch, 27. Dezember (3. Feiertag):  
8 Uhr: **Frauentiebe.**

## Zirkus Schumann

Freitag, 22. Dezember, 7 1/2 Uhr:  
Reichhaltiges Programm und

## Marino

Phänomenaler Automobilakt.  
Ein Auto kommt in schnellstem  
Tempo in die Manege ge-  
fahren. **Marino** stemmt sel-  
biges mit zwei Händen hoch.  
Die Motoren arbeiten mit  
voller Kraft. Gewicht 1550 Pfd.  
**Marino** läßt sich von einem  
Auto mit 6 Personen ohne  
Beihilfe überfahren.  
Jeder kann selbst sein Auto  
bringen u. **Marino** überfahren.  
9 1/2 Uhr: Die große Feerie in  
5 Bildern!

**1000 Jahre**  
auf dem Meeresgrund

**Sonntag, 24. Dezember,**  
nachmittags 3 1/2 Uhr,  
nur eine Nachmittags-Vorst.

## Zirkus Busch

Heute, abends 7 1/2 Uhr:  
Humoristischer Gala-Abend.  
Die berühmten Menschenaffen  
**Max und Horitz.**

Komiker Deiboss mit d. kom-  
diesierten Elefant Baby.  
Herr Ernst Schumann, Neu-  
dresdener. Normann-Telma.  
Hector und Loletta.

Um 9 1/2 Uhr zum **73. Male:**  
Origin-  
Aus-  
stattungs-  
stück des  
**Zirkus**  
**Busch**  
in  
5 Bildern.

## U20

**Sonntag, 24. Dezember:**  
Geschlossen.

Montag, 25., Dienstag, 26. und  
Mittwoch, 27. Dezember:  
je 2 gr. Vorstellungen  
3 1/2 Uhr nachm. u. abends 7 1/2.

## Berliner Uk-Trio

Bixdorf-Berlin. Lahnstr. 74. L. 1

## Union-Theater

Direktion: Willy Cremer.

**Heute**  
**letzter Tag.**

**Morgen**  
**Fest-Premiere.**

Das prächtige  
**Weihnachts-**  
**Programm.**

**Roads Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Braunenstraße 16.  
Heute: **Geschlossen.**  
An allen drei Feiertagen:  
**Große Festvorstellung.**

## Königstadt-Kasino.

Offe Holzmarkt- u. Alexanderstraße  
vom 16. Dez. bis 1. Januar.  
Tägl. 7 1/2 Uhr: Das ericklassige  
Spezialitäten-Prögr. u. das gr.  
Volkstüd in 2 Bildern

**Goldene Träume.**

## Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr:  
Mandelblüths Vollerabend.  
Loßgelassen.  
Waffenübung.

## Humor-Quartett

Gg. Treuer Kasanienallee 10

## SARRASANI

bringt  
große Trupps von Tripolitanern und Türken  
von Indianern und Cowboys  
von Japanern und Chinesen

4 Schulreiter und 4 Schulreiterinnen  
die 20 besten Circusreiter u. Reitkünstlerinnen  
der Welt

15 erstklassige Clowns und Auguste  
Ein Ungarncorps Ein Bersagliercorps

